Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,40 Euro

Nr. 17 – 1. Mai 2010

UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Polizeischutz für griechische Banken, auch für die Zentralbank: Einzige vertretbare Konsequenz des Athener Schuldendesasters wäre die Teilentwertung griechischer Staatspapiere. Stattdessen soll nun Deutschland zahlen.

Foto: Getty

Die bessere Lösung

Viele Fragen zur Griechenlandhilfe – Warum kein geordneter Staatsbankrott?

Die deutsche Milliardenhilfe für Griechenland wirft viele Fragen auf. Die wohl wichtigste stellte ifo-Chef Hans-Werner Sinn: Warum lässt man Griechenland nicht geordnet pleite gehen?

Inzwischen kennt man wohl auch in der IWF-Zentrale in Washington die Bedeutung des deutschen Wortes „Landtagswahl“. Was haben Bundeskanzlerin Merkel und Außenminister Westerwelle seit Monaten nicht alles getan, um die volle Wahrheit über die milliardenschwere deutsche Hilfe für Athen erst nach dem 9. Mai öffentlich werden zu lassen!

Das Tricksen um Termine ist indes nicht die einzige große Frage in diesem Zusammenhang. Merkwürdig ist beispielsweise auch, warum wochenlang ausgerechnet Bundesfinanzminister Schäuble in Sachen Athen großzügiger sein wollte als Merkel. Die politische Logik hätte unbedingt das Gegenteil erwarten lassen. Ein abgesprochenes Rollenspiel erscheint jedenfalls ausgeschlossen, denn Schäubles Kulanz hat es beispielsweise der französischen und italienischen Presse erleichtert, die objektiv großzügige Kanzlerin als „Madame Non“ zu karikieren.

Noch interessanter sind die „harten“ finanzwirtschaftlichen Fakten. Folgt man Ökonomen, ist die Gretchenfrage übrigens nicht, ob Athen die Drachme wiedereinführt. Die zentrale Frage ist, ob die Gläubiger des Landes auf einen Teil ihrer Forderungen verzichten oder ob sie vor allem auf Kosten des deutschen Steuerzahlers um dieses Opfer herumkommen.

> Selbst Hans-Werner Sinn warnt vor einem »Fass ohne Boden«

Einer der angesehensten Ökonomen des Landes, der Präsidnet des ifo-Institutes Hans-Werner Sinn, redet hier Klartext. Zahlungen an Griechenland wären ein „unkalkulierbares Abenteuer“, es drohe ein „Fass ohne Boden“. Sinn warnt vor einer „Kettenreaktion“. „Je mehr wir helfen, desto weniger strengen sich verschuldete Staaten an.“ Seine Schlussfolgerung ist einfach: „Da Griechenland pleite ist, müssen die Gläubiger auf einen Teil ihrer Schulden verzichten.“

Tatsächlich sind genau mit einem solchen Schnitt, der geordnet abgewickelt werden kann, schon viele bankrotte Staaten, etwa Argentinien, wieder saniert worden. Es ist das übliche Vorgehen. Ein Staatsbankrott bedeutet ja nicht, dass Lebensmittelkarten ausgegeben werden müssten. Er bedeutet nur, dass die Inhaber von Staatspapieren einen Teil ihres investierten Geldes verlieren. Ein weit größerer Teil der Last bliebe dann – wie es ja nur recht und billig ist – bei inländischen, hier also griechischen Anlegern hängen.

Da geltende Verträge die Griechenlandhilfe in der geplanten Form schlicht verbieten, können nur überragende nationale Interessen diese dennoch rechtfertigen – etwa eine Lage, in der eine geordnete Pleite Griechenlands die Deutschen per Saldo noch teurer käme als die jetzt sich abzeichnenden, kaum zu begrenzenden Hilfen. Dafür gibt es bislang aber keine Hinweise und es frappiert, dass Politiker in der laufenden Diskussion noch nicht einmal in diesem Sinne argumentieren.

Konrad Badenheuer

WILHELM V. GOTTBERG:

Gute Nachricht

Russland und sein Nachbarstaat Ukraine haben einen langjährigen Konflikt beseitigt. Dem neu gewählten ukrainischen Staatspräsidenten Janukowitsch ist es gelungen, die widerstreitenden Interessen der beiden osteuropäischen Nachbarn durch Geben und Nehmen zum Ausgleich zu bringen.

Russland liefert zukünftig langfristig preiswert Gas an die rohstoffarme Ukraine. Im Gegenzug gestattet die Ukraine, dass Russlands Schwarzmeerflotte zunächst bis 2042 den ukrainischen Schwarzmeerstützpunkt Sewastopol nutzen darf. Bisher wollte Russland Gas nur zum üblichen Weltmarktpreis liefern, die Ukraine wollte die russische Schwarzmeerflotte loswerden und darüber hinaus bemühte sie sich, Nato-Mitglied zu werden. Diese Gedankenspiele – in Washington konzipiert – sind vom Tisch. Die damit verbundene Herausforderung Russlands ebenfalls.

Die Sicherheitslage für Europa hat sich durch die ukrainisch-russische Übereinkunft nicht nachteilig verändert. Ein erheblicher Teil der Menschen auf der Krim und in der Ostukraine spricht Russisch und identifiziert sich mit Russland. Die Präsenz der russischen Flotte im Schwarzen Meer ist nicht zu verhindern, da Russland dort über eigene Stützpunkte verfügt. Für das geschichtsbewusste Russland ist die Präsenz in der Region emotional wichtig, denn die russische Geschichte nahm mit dem Kiewer Reich 907 ihren Anfang. Russland wird sich seine Geschichte nicht nehmen lassen.

Der Streit um Gaslieferungen und Gaspreise mit negativen Folgen auch für die EU ist zumindest mittelfristig vom Tisch. Gesicherte Energieversorgung in Europa mindert das Konfliktpotenzial.

Tagesambulanz in Bonn

Die Treffen im »Weimarer Dreieck« werden wenig beachtet

Mit verblüffend wenig medialer Beachtung haben sich in Bonn zu Beginn dieser Woche die Außenminister Frankreichs, Polens und Deutschlands – Bernard Kouchner, Radoslaw Sikorski und Guido Westerwelle – getroffen. Das geringe Interesse erscheint umso überraschender, als sich die Vertreter des so genannten „Weimarer Dreiecks“ zwei Tage lang trafen, die Aufstellung einer gemeinsamen Kampftruppe (!) ab dem Jahre 2013 ankündigten und der neue ukrainische Außenminister Kostiantin Hrischtschenko als vierter im Bunde zugegen war. Letzterer konnte über die ziemlich tiefgreifende außenpolitische Neuorientierung seines Landes berichten, das sich unmittelbar zuvor nach langem Zwist in einem großen Abkommen mit Russland ausgeglichen und verständigt hatte (siehe Seiten 1 und 7).

> An sich ging es um Gewichtiges

Auch sonst war die Tagesordnung der Beratungen an sich gewichtig, es ging laut offizieller Ankündigung unter anderem um die Außenbeziehungen der Europäischen Union und um gemeinsame Initiativen zur Stärkung ihrer gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Dass die deutschen Medien dennoch so desinteressiert waren, dürfte nicht nur dem inzwischen politisch „abgelegenen“ Tagungsort Bonn zuzuschreiben sein. Vielmehr hat das ambitioniert gestartete „Weimarer Dreieck“ selbst viel Schaden genommen, nachdem beispielsweise Polens verstorbener Präsident Lech Kaczynski einmal ein Treffen hatte platzen lassen, weil eine linke deutsche Tageszeitung ihn als „Kartoffel“ karrikiert hatte. Immer wieder geriet das Dreiertreffen so zur Tagesambulanz der deutsch-polnischen Beziehungen. Den Journalisten wurde schnell klar, dass wichtige politische Entscheidungen anderswo fallen. *K.B.*

Indirekt bestätigt

Irreführende Reaktion auf die Anfrage eines *PAZ*-Lesers

Reichlich hilflos hat die Humanistische Union (HU) auf die Anfrage eines *PAZ*-Lesers reagiert, ob denn an den massiven Vorwürfen, die diese Zeitung in ihrer fast ganzseitigen Berichterstattung vom 3. April gegen die HU erhoben hat, etwas dran sei. Ein Sprecher der Humanistischen Union antwortete ihm, dass seine Organisation derzeit „eine ganze Welle von Berichten mit Anschuldigungen“ erlebe – beispielsweise am 21. März in der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ („FAS“). Wie zum Beweis, dass die „FAS“ unrichtig berichtet habe, wurde dem *PAZ*-Leser als Anlage ein seitenlanges Gegendarstellungsverlangen der HU mitgeschickt. Was der HU-Funktionär verschwieg, war, dass die „FAS“ keine Zeile davon als Gegendarstellung abgedruckt hat, sondern auf dem Kulanzwege nur einen Teil davon als Leserbrief. Dies ist bemerkenswert, weil nach deutschem Recht der Abdruck einer Gegendarstellung nur unter sehr engen Voraussetzungen verweigert werden darf, letztlich nur dann, wenn die angefochtenen Tatsachenbehauptungen eben doch nachweislich zutreffend waren.

> Humanistische Union windet sich

Verglichen mit der *Preußischen Allgemeinen* hat aber die „FAS“ noch überaus zurückhaltend geschrieben, wobei die *PAZ* trotz aller Drastik zwei Ungenauigkeiten vermieden hat, die der „FAS“-Autorin vielleicht doch unterlaufen sind. Und so ging bei der *PAZ* bisher auch kein Gegendarstellungsverlangen ein. Der erwähnte HU-Sprecher erklärte das folgendermaßen: „Auf solche Beleidigungen ... wie bei der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden wir jedoch nicht eingehen – das würde diese Blätter ernster nehmen, als sie es verdienen.“ Man darf getrost annehmen, dass die HU anders reagiert hätte, wenn sie einen Ansatzpunkt dafür gehabt hätte. *K.B.*

MELDUNGEN

PAZ am Kiosk: Gewinnspiel

Hamburg – Seit einem Vierteljahr ist die *Preußische Allgemeine* am Kiosk erhältlich, und immer mehr Grossisten entschließen sich dazu, die Zeitung in ihr Angebot zu nehmen, inzwischen sind es 60 von 89 in ganz Deutschland.

Um den freien Verkauf weiter zu fördern, führt die *PAZ* nun eine Verlosung durch: Schicken Sie uns einfach den Kassenbon Ihres Kiosks oder Zeitungsfachgeschäftes ein, den Sie für den Kauf der *PAZ* bekommen haben (das muss gedruckt draufstehen oder quittiert sein), auf der Rückseite gut leserlich Ihre Adresse. Unter allen Einsendern verlosen wir folgende Preise: 1. Preis 500 Euro, 2. Preis 350 Euro, 3. Preis 100 Euro, 4. bis 20. Preis das Buch „50 Thesen zur Vertreibung“ von Alfred de Zayas.

Wer glaubhaft machen kann, dass ein Zeitungshändler auf seine Anregung hin die *Preußische Allgemeine* neu in sein Angebot aufgenommen hat, nimmt mit fünf Losen an der Verlosung teil. Auch sonst kann man ohne Begrenzung mit mehreren Losen teilnehmen, wobei aber nur ein Geldgewinn pro Einsender möglich ist. Einsendeschluss ist der 18. Juni (Eingang bei der *PAZ*). Nicht teilnehmen können hauptamtliche Mitarbeiter von *PAZ* und LO, der Rechtsweg ist wie immer ausgeschlossen. Allen Teilnehmern viel Glück! *PAZ*

Katyn: Noch vieles ungeklärt

Moskau – Auch nach der allseits begrüßten russisch-polnischen Annäherung in Sachen Katyn sind noch nicht alle Akten dazu publik. Klaus Brähmig, der Vorsitzende der Vertriebenen-Gruppe der Unionsfraktion im Bundestag, würdigte nun eine russische Gerichtsentscheidung „einer Klage der Menschenrechtsorganisation ‚Memorial‘ auf Öffnung der Akten stattzugeben“. Damit werde „endlich die juristische Aufklärung des Massenmordes ermöglicht“. *K.B.*

Die Schulden-Uhr: Getrickst!

Nachdem bereits Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) den Kommunen Einsparungen von 400 Millionen Euro ermöglichte, indem er ihnen die Pflicht erließ, alte Verkehrsschilder auszutauschen, gibt ihnen nun auch Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) Spartipps. Er schlug vor, die Kommunen könnten Restgelder aus dem Konjunkturpaket II zur Reparatur von Schlaglöchern verwenden. Verfassungsrechtlich ist es indes verboten, kommunalen Straßenbau vom Bund finanzieren zu lassen, und so dürfen die 100 Millionen, die Ramsauer für die Beseitigung von Winterschäden zur Verfügung stellte, auch nur für Bundesstraßen verwandt werden. Doch wer die Schlaglochbeseitigung als „Maßnahme zur Minderung von Abrollgeräuschen“ deklariert, kann dafür dennoch Geld aus Berlin verwenden, denn Lärmschutz ist Bundesaufgabe. *Bel*

1.699.976.681.101 €

Vorwoche: 1.697.224.207.045 €
Verschuldung pro Kopf: 20 795 €
Vorwoche: 20 761 €

(Dienstag, 27. April 2010, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Politik ermuntert Gewalttäter

Polizeigewerkschaft DPolG beklagt, dass die Polizei von allen Seiten im Stich gelassen wird

Der 1. Mai steht vor der Tür. Konrad Badenheuer und Hans Heckel fragten Rainer Wendt, den Bundesvorsitzenden der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG), wie die Polizei für diesen „heißen Tag“ und darüber hinaus für absehbare weitere Auseinandersetzung mit linksextremen Chaoten gerüstet ist.

PAZ: *Bei den letztjährigen Berliner Mai-Krawallen wurden fast 500 Polizisten verletzt. Beamte beschwerten sich, sie seien regelrecht „verheizt“ worden. Haben die Verantwortlichen aus dem Desaster gelernt?*

Rainer Wendt: Das will ich hoffen, denn so etwas darf nicht wieder passieren. Wo schwerkriminelle Chaoten auftauchen, muss die Polizei entschlossen zupacken, da hat dieser Unfug von Deeskalation nichts verloren. Es gibt aber gute Signale dafür, dass die Berliner Politik die Zeichen der Zeit erkannt hat und die Polizeiführer vor Ort selbständig agieren können. Jetzt bleibt zu hoffen, dass davon auch Gebrauch gemacht wird und die Gewalt im Keim erstickt wird. Die gewalttätigen Auseinandersetzungen zeigen aber auch immer wieder, dass die Polizei noch mehr Möglichkeiten braucht, um Gewalttäter auf Distanz zu halten. Die Innenminister sollten schleunigst über geeignete Distanzmittel nachdenken.

PAZ: *In diesem Jahr werden Ausschreitungen an etlichen Orten des Landes, nicht nur in Berlin oder Hamburg, befürchtet. Ist die Polizei personell dafür ausreichend ausgestattet?*

Wendt: Ausdrücklich nein. Rund 10 000 Planstellen hat die Polizei in Deutschland verloren, unsere Kolleginnen und Kollegen sind vielfach am Ende ihrer Kräfte, weil der Arbeitsdruck einfach zu hoch ist. Tausendfache Langzeiterkrankungen, Frühpensionierungen und körperliche und psychische Dauerschäden sind die Folge. Und noch immer will die Politik weitere 10 000 Stellen einsparen, damit muss endlich Schluss sein. Leider haben vor allem die Landesregierungen in den neuen Ländern nichts begriffen und wollen rund 30 Prozent der Polizei streichen. Ein Irrsinn ist das.

PAZ: *Wie ist die Stimmung unter den Beamten?*

Wendt: Tausende sind ausgebrannt, fühlen sich zu Recht von Politik und Justiz im Stich gelassen. Insgesamt ist die Stimmung leider negativ, viele haben längst resigniert, denn vor allem einige Landesregierungen behandeln ihre Polizei stiefmütterlich. Das Stichwort von „Innerer Kündigung“ macht die Runde, eine gefährliche Entwicklung, denn der Erfolg der Polizeiarbeit in Deutschland hängt vor allem von engagierten Beamtinnen und Beamten ab. In einigen wenigen Ländern kehrt sich der Trend um und die Einstellungszahlen steigen, von einer allgemeinen Neuorientierung kann man leider noch nicht sprechen, die Finanzen wurden an die Wand gefahren und die Polizei soll es ausbaden und auch noch die Knochen herhalten, wenn irgendwo Krawalle toben.



Keinerlei Hemmungen: Polizisten sind ein beliebtes Feindbild, um Frust abzubauen. Bild: action press

PAZ: *Politisch motivierte Straßenkrawalle gingen in der Vergangenheit fast ausschließlich von Linksradikalen aus. Einige meinen zu beobachten, dass auch rechtsradikale Demonstranten ihre frühere Zurückhaltung bei Gewalt zunehmend ablegen. Deckt sich diese Einschätzung mit Ihren Beobachtungen?*

Wendt: Ja, auch die rechtsextreme Szene radikalisiert sich zusehends, die Gewaltbereitschaft ist drastisch gestiegen. Es sind vor allem die so genannten Autonomen, die sich wie Linksextremisten kleiden und aufführen, in Wahrheit aber Neonazis sind, die keine Hemmungen haben, Gewaltexzesse zu veranstalten.



Rainer Wendt Bild: pa

PAZ: *Am linken Rand konnte sich eine gut organisierte Gewaltszene verfestigen. Wurde über den „Kampf gegen Rechts“ die Abwehr linksextremistischer Bestrebungen und Aktivitäten vernachlässigt?*

Wendt: Die Politik vernachlässigt andauernd wichtige Bereiche der Kriminalitätsbekämpfung und der Gewaltvorbeugung. Je nachdem, welches Thema gerade interessant ist und wo gerade wieder schlimme Straftaten festgestellt wurden, hetzen unsere Leute von einem Schwerpunkt zum anderen und reißen an anderer Stelle große Löcher. Heute Links- morgen Rechtsextremismus, islamistischer Terrorismus und Computerkriminalität, Mafiabanden und Rockerkriminalität, Fußballkrawalle oder andere Events, das alles mit immer weniger Personal, miesen Gehältern und manchen Politikern, die die Polizei verachten und das auch zeigen, das ist die Lage.

PAZ: *Was sind aus ihrer Sicht die Ursachen für diese Einseitigkeit?*

Wendt: Die Politik folgt dem Tagesgeschehen und dem schlagzeilenträchtigen Aktionismus. Wo immer ein Problem ist, findet sich ein Minister, der eine Lösung parat hat, ein Programm verkündet, das rasche Lösungen anbietet. Leider vergisst man dabei, den Menschen die Wahrheit zu sagen, denn diese Polizisten, die sie da versprechen, sind längst nicht mehr da oder an anderer Stelle eingesetzt.

PAZ: *Neben augenscheinlich politisch motivierter Gewalt vermelden Beobachter bei linken Demos eine unpolitische, zynisch als „erlebnisorientiert“ bezeichnete Krawallszene. Wie groß ist die? Und ist eine exakte Abgrenzung überhaupt möglich?*

Wendt: Das bereitet uns zunehmend Sorge, denn dieses Problem wächst jetzt, wenn der Sommer kommt, rapide an. Ob in Kneipenmeilen oder auf Volksfesten, es sind vor allem alkoholisierte Personen, die sich aus Angriffen auf unsere Einsatzkräfte einen Spaß machen und völlig ansatz- und anlasslos mit Fäusten, Fußtritten, Waffen und gefährlichen Gegenständen auf Polizisten einprügeln. Hier sind die Gerichte gefordert, mit harten Strafen zu zeigen, dass das keine Kavaliersdelikte sind. Auch die Kommunen müssen den Alkoholkonsum da verbieten, wo er zu derartigen Störungen führt.

PAZ: *Ihre Kollegen beklagen sich darüber, dass der Respekt vor Polizeibeamten beängstigend nachgelassen habe, weshalb sich Übergriffe häuften. Was tun Politik und Justiz dagegen? Sind die Maßnahmen ausreichend?*

Wendt: Politik und Justiz haben die Polizei im Stich gelassen. Manche Richter haben Beweisanforderungen, die die Polizei nicht erfüllen kann, dadurch kommen Gewalttäter immer wieder frei. Wenn, wie in Berlin passiert, zwei junge Chaoten, die mit Brandsätzen auf Polizisten geworfen haben, auf diese Weise unverurteilt bleiben, feiert die Szene das als Sieg über das System, die nächste Gewaltorgie ist dann programmiert. Die Politik distanziert sich nicht genügend von der Gewalt, auch das erleben wir vor allem in Berlin. Wenn führende Sozialdemokraten bei Krawalldemos mitmarschieren und linke Politiker sogar als Anmelder auftreten, darf man sich nicht wundern, wenn sich Gewalttäter bestätigt und ermuntert fühlen.

Jürgen Rüttgers hat einiges getan

Trotz leerer Kassen hat die Regierung von NRW Anliegen der Vertriebenen verwirklicht – Auch Unerledigtes

Der Wahlerfolg der CDU vor fünf Jahren wäre ohne die Mobilisierung der Vertriebenen für Jürgen Rüttgers nicht möglich gewesen. Hat sich ihr Engagement ausgezahlt?

Der Oppositionsführer hatte damals Forderungen des Bundes der Vertriebenen (BdV) sowie der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung (OMV) der Landes-CDU in ein Positionspapier aufgenommen, mit dem er bei den Vertriebenen punktete. Was Rüttgers im Wahlkampf versprach, erwies sich allerdings nachher angesichts der rotgrünen Schuldenlast von 110 Milliarden Euro in der Umsetzung als außerordentliche Herausforderung. Eine rigorose Sparpolitik in fast allen Bereichen war unvermeidlich. Zu den ganz wenigen Ausnahmen gehörte die Kultur. Davon profitierten dann aber auch die Vertriebenen.

Trotzdem konnte die CDU mit ihrem Koalitionspartner FDP nicht alle Versprechungen erfüllen. So wartet der BdV noch immer auf einen Sitz im WDR-Rundfunkrat; und der FDP-Wissenschaftsminister Pinkwart rührte sich nicht, als die Universität Düsseldorf den einzigen Lehrstuhl des Landes für „Kultur der Deutschen im östlichen Europa“ für ein anderes Fachgebiet umwidmete. Die CDU erreichte jetzt bis zur Errichtung eines neuen Lehrstuhles nur eine unzulängliche Übergangslösung.

Beflaggung am Tag der Heimat, Förderung der Kulturarbeit, das Thema Vertreibung in den Lehrplänen: Es ist einiges geschehen

Aufs Ganze gesehen können die Vertriebenen in Nordrhein-Westfalen dennoch mit Rüttgers' Bilanz recht zufrieden sein: Als erstes Zeichen der Verbundenheit mit den Vertriebenen verfügte der neue Ministerpräsident die Beflaggung aller Landesbehörden und nachgeordneten Dienststellen am Tag der Heimat. Die Förderung der ostdeutschen Kulturarbeit wurde auf eine neue Grundlage gestellt und eine Atmosphäre des Vertrauens geschaffen.

Die Projektförderung, für die kulturelle Breitenarbeit der Landsmannschaften von existenzieller Bedeutung, hatten SPD-geführte Landesregierungen nach und nach auf null heruntergefahren. Sie wurde von der CDU-FDP-Koalition sofort wiederbelebt. Mit jährlich gut 300 000 Euro wurden inzwischen weit über 100 Projekte verwirklicht. In diesem Jahr können die Verbände 333 000 Euro beantragen.

Das Thema „Flucht und Vertreibung“, unter den SPD-Regierungen aus den Lehrplänen gestrichen, wurde den Schulen zur gesetzlichen Pflicht gemacht. Eine eigens dafür erarbeitete Handreichung für die Lehrer bildet nun die Grundlage für die Behandlung dieses Themenfeldes im Unterricht.

In die Institutionelle Förderung der Stiftungen „Gerhart-Hauptmann-Haus“ in Düsseldorf, „Haus Oberschlesien“ in Ratingen und des Westpreußischen Landesmuseums in Münster, von Rot-Grün auf verglimmende Sparflamme gesetzt, investierte die Regierung Rüttgers fast neun Millionen Euro.

Die Fördermittel für den Schülerwettbewerb „Begegnung mit Osteuropa“ wurden auf 130 000 Euro jährlich verdoppelt und der § 96 des Bundesvertriebenengesetzes (BVFG) über die Ostdeutsche Kulturarbeit wurde bei der Themenauswahl wieder berücksichtigt

Die Personalkostenzuschüsse für die Patenlandsmannschaften der Oberschlesier und der Siebenbürger Sachsen wurden um jährlich 11 000 Euro erhöht.

Die Landesstelle Unna-Massen für deutsche Aussiedler, Zuwanderer und Flüchtlinge, die wegen Versiegens des Zustroms geschlossen wurde, wird als Erfolgsgeschichte der Integration in einer Dauer- und Wanderausstellung weiterleben.

Auf Antrag der OMV hat der letzte Landesparteitag die CDU-Führung verpflichtet, sich im Rahmen der noch von Rot-Grün vereinbarten Partnerschaft des Landes Nordrhein-Westfalen mit der Woiwodschaft Schlesien nachdrücklich für die Errichtung deutschsprachiger Kindergärten einzusetzen.

Alle diese Beispiele belegen den positiven Klimawandel in der Düsseldorfer Vertriebenenpolitik – nicht zuletzt auch durch die Solidarisierung der CDU-Fraktion auf der großen, über 1000 Teilnehmer zählenden Podiumsdiskussion in Düsseldorf „Vertrieben aber nicht vergessen“ am 1. Februar dieses Jahres mit der BdV-Präsidentin Erika Steinbach. *Elimar Schubbe*

Ein Schloss mit Kaufhaus-Fassade?

Von HARALD FOURIER

Wird das Berliner Schloss nur halbfertig wiederaufgebaut? Berlins neues Prunkstück, aus Kostengründen nur mit kahlen Wänden und dem Charme eines Billig-Supermarkts ausgestattet – wäre das möglich?

Ein Jahr noch bis zur Grundsteinlegung – und schon heute gibt es eine Debatte über aus dem Ruder laufende Kosten. Kein Wunder: Mehrere wichtige prestigeträchtige Bauprojekte wurden in den letzten Jahren viel zu knapp kalkuliert. Denken wir nur an die Hamburger Elbphilharmonie oder den neuen Stuttgarter Bahnhof. Vielleicht auch das Berliner Schloss, das in Berlin-Mitte dort wiederaufgebaut wird, wo zwischenzeitlich der kommunistische „Palast der Republik“ gestanden hat.

Nur 552 Millionen Euro soll der Bau, der dann Humboldtforum heißen wird, kosten. Der Architekten- und Ingenieurverein (AIV) will jetzt errechnet haben, dass die Baukosten um etwa 30 Prozent höher liegen könnten – das entspräche schlappen 160 Millionen.

Der zuständige Minister Peter Ramsauer (CSU) will davon nichts wissen. Er erklärte zudem kürzlich bei einem Besuch der Planergruppe, er stehe „voll und ganz“ hinter dem Projekt, doch dann sagte er, die Rekonstruktion der historischen Kuppel und der Innenhofportale könne späteren Generationen überlassen werden. Schon in der Vergangenheit hatte es aus seinem Ministerium geheißen, die historischen Fassaden könnten ja später als das Gebäude fertiggestellt werden. Diese historische Fassade kostet 80 Millionen Euro und soll vom Förderverein Berliner Stadtschloss bezahlt werden. Der Bund gibt keinen Cent. Sollte der Förderverein, der erst 20 Millionen gesammelt hat, das Geld nicht zusammenbekommen, dann könnte das Schloss also aussehen wie eine Fabrikhalle.

So ist der Stand der Dinge. Ramsauer hat eigentlich gar nichts Neues gesagt: Wenn kein Geld da ist, dann gibt es auch keine Barockfassade. Trotzdem gaben sich Klaus Wowereit und Wolfgang Thierse (beide SPD) gleich empört. Zwei Linke, die einen Konservativen ausschimpfen, weil er das Schloss nicht schnell und schön genug wiederaufbaut? Politik paradox. Kritiker sehen hier bajuwarisch-preußische Zwistigkeiten durchschimmern. Ramsauers CSU war schon über den Umzug des BND von Pullach (bei München) nach Berlin empört. Ramsauer selbst ließ sich beim Richtfest vor einigen Wochen vertreten, obwohl es eines der größten Bauprojekte seiner Amtszeit sein dürfte.

Das Schloss wird aber auf jeden Fall gebaut. Und der Förderverein hat noch etliche Zeit, das Geld aufzutreiben: Der Bau soll erst in sechs Jahren fertig sein – oder in sieben. Viel Zeit zum Sammeln und Spenden.

Schluss mit günstig wohnen

Ausgerechnet im rot-roten Berlin finden sozial Schwache kaum noch eine bezahlbare Bleibe



Selbst an sozialen Brennpunkten wird das Wohnen für immer mehr Menschen in Berlin unerschwinglich: Sozialwohnungen am Kottbusser Tor

Bild: Superbild

Berlins Senat setzt falsche Signale am Wohnungsmarkt, akut verschärft durch das Ende der Unterstützung für Sozialwohnungen – droht das Aus für erschwinglichen Wohnraum?

Berlins Wohnungsmieten gelten im Großstadt-Vergleich und erst recht für eine Hauptstadt als günstig. Doch stimmt das noch? Hohe Berliner Steuern, das Ende der Förderung von Sozialwohnungen und geringe wirtschaftliche Anreize für privaten Wohnungsbau verschärfen jetzt die Lage auf dem Markt. Der Leerstand nimmt deutlich ab, die Zahl der Haushalte wächst wegen der vielen Alleinstehenden. Eine neue Wohnungsknappheit einschließlich sozialer Spannungen droht: Gerade für Geringverdiener gibt es immer weniger zentrumsnahe Wohnungen. Und: Der Senat heizt die Entwicklung durch eine falsche Politik weiter an.

Berlins Mieter von Sozialwohnungen wähnten sich jahrelang sicher vor hohen Kosten. Doch vor ein paar Tagen erhielten viele von ihnen Post von ihren Vermietern. Der Inhalt: Mieterhöhungen von 30 bis 50 Prozent innerhalb weniger Wochen, ganz legal. Rechtsgrundlage des rasanten Anstiegs ist nicht etwa der sonst als Bezugsrahmen verbindliche Mietspiegel, also das allgemeine Niveau vergleichbarer Räume in der Umgebung, sondern einseitig von den Eignern der Liegenschaften festgesetzte Erhöhungen. Die rechtlichen Chancen, sich zu wehren, sind gering, kritisieren Mieterschützer.

Was auf dem freien Wohnungsmarkt undenkbar wäre, ist für Sozialwohnungen nicht verboten, weil ursprünglich nicht vorgesehen. Üblich war bisher, dass Berlin steigende Kosten durch Zuschüsse abfedert, den Unterschied zwischen geringer Sozialmiete und tatsächlicher Kostenmiete der Wohnungseigner übernahm. Das Land Berlin hatte in Form öffentlich-privater Partnerschaft mit über die Jahre wechselnden Fördermodellen Investoren unterstützt, den günstigen Wohnraum zu schaffen, den das Land nicht direkt finanzieren konnte.

> Bis zu 50 Prozent Mieterhöhung in wenigen Wochen

Mit dieser Unterstützung ist jetzt für rund 28 000 Haushalte Schluss. Schon 2003 legte der Senat im Rahmen der Abwicklung des sozialen Wohnungsbaus das Ende der sogenannten Anschlussförderung fest. Die Wirkung schlägt aber erst jetzt voll durch. Die großzügige Übernahme der Mietdifferenz entfällt, so auch die „Belegbindung“ – soll heißen: Die betroffenen Sozialwohnungen können ab sofort in reguläre umgewandelt werden. Eigner dürfen innerhalb von zwei Wochen von den Sozialmietern die volle Kostenmiete einfordern – Mieterschützer zeigen sich machtlos. Gerade Sozialwohnungen in zentraler Lage könnten so quasi über Nacht entmietet werden.

Gab es 2003 in ganz Berlin einen Wohnungsüberschuss von 100 000, sind heute die Leerstandsraten in vielen Bezirken auf nahezu null geschrumpft. Viele Betroffene suchen notgedrungen nach einer neuen Bleibe und bemerken dabei, dass die Zeiten günstiger Alternativen vorbei sind. Bitter für Hartz-IV-Empfänger und ihre Familien: Die Sozialbehörden sind nicht verpflichtet, die höheren Mieten auszugleichen.

Doch das absehbare Aus der Sozialwohnungen ist nur die Spitze einer Reihe negativer Trends. Allgemein schwindet der Leerstand – in manchem weiter draußen gelegenen Stadtteil wie Marzahn sogar derzeit mit am stärksten. Das bedeutet weniger Ausweichmöglichkeiten für Bezieher kleinerer Einkommen.

Wohnungsunternehmen fordern nun den Senat zum Einlenken auf. Sie befürchten Wohnraummangel: Der private Bau von günstigem bis mittelpreisigem Wohnraum lohne sich nicht mehr. Demnach entzieht sich die Stadt generell der Verantwortung für die Schaffung und Steuerung von erschwinglichen Mietwohnungen. Die absehbare Folge ist ein massives Anziehen des Mietniveaus. Dabei gibt es noch weitere Faktoren, die mögliche Investoren abschrecken. Dazu gehört die landestypische Besteuerung von Grunderwerb. Seitdem die Zuständigkeit dafür 2006 im Zuge der Föderalismusreform auf die Länder überging, liegt Berlin mit Hamburg und Sachsen-Anhalt in Sachen Grunderwerbssteuer an der Bundesspitze. Ganze 4,5 (statt 3,5 Prozent wie in den 13 anderen Bundesländern) verlangen die drei Länder. Der Grundsteuer-Hebesatz, ebenso eine für Investoren in neuen Wohnraum langfristig wichtige Größe, ist im Vergleich ebenfalls deutlich erhöht. Antje Maschke, Steuerreferentin der Industrie- und Handelskammer (IHK) Berlin, kritisiert: „Der weit über dem Bundesdurchschnitt liegende Hebesatz von 810 Prozent in Berlin ist als laufende Belastung ein Baustein, der zur allgemeinen Belastungssituation beiträgt, es spielen aber auch noch andere wirtschaftliche Kriterien eine Rolle“, so etwa ein spezielles Klimaschutzgesetz.

Der Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen (BBU) fordert den Senat zum Verzicht darauf auf. Lieber solle der kostenlose Bauland beispielsweise auf dem Gelände des Tempelhofer Flughafens bereitstellen. Doch dazu wird es aufgrund von Berlins angespannter Finanzlage voraussichtlich nicht kommen.

Sverre Gutschmidt

Beim Fußball zweitklassig

Spitzensport der Bundeshauptstadt in der Krise

Die Fußball-Abteilung des Berliner Sportvereins Hertha BSC steht nach einer verpatzten Saison so gut wie sicher vor dem Abstieg in die zweite Liga. Nur noch ein Wunder könnte die Mannschaft davor bewahren. Es wäre europaweit einzigartig, dass die Hauptstadt eines Landes nicht in der Spitzenliga des Fußballs vertreten ist. Arsenal London, Lazio Rom, Real Madrid – das sind klingende Namen, welche die Bedeutung einer Hauptstadt auch im sportlichen Bereich widerspiegeln.

Nicht so in Berlin; die Metropole an der Spree hat zwar in vielfältiger Weise von der Vereinigung profitiert, etwa im Tourismus und durch den Umzug von Parlament und Regierung 1999. Sportlich dagegen blieb sie mittelmäßig, und das gilt besonders hinsichtlich des Profifußballs. Nur im Schwimmsport und im Eishockey gibt es Glanzlichter. Den „Eisbären Berlin“, einem „Ost-Club“, gelang es im Gegensatz zu Hertha, Anhänger in großer Zahl im anderen Teil der Stadt zu gewinnen – und viermal die deutschen Eishockey-Meisterschaften seit 2005. Die Weltrekord-Schwimmerin Britta Steffen ist heute Mitglied eines Schwimmvereins in (West-Stadtteil) Neukölln, erfuhr ihre sportliche Prägung aber in Schwedt und Potsdam.

> Abgeschlagen wie kaum eine andere Hauptstadt

Die bescheidene Stellung Berlins im Leistungssport ist auch durch die Spaltung der Stadt und deren bis heute andauernde Folgen bedingt. Seit dem Kaiserreich hatte Berlin eine Spitzenstellung im Sport inne, die sich bruchlos in die Zeit der Weimarer Republik fortsetzte. Die Spaltung der Stadt nach 1945 und vor allem der Mauerbau 1961 bewirkten dann, dass der Westteil für Leistungsträger unattraktiv wurde. Die Wirtschaft wanderte ab, zu einem großen Teil nach München (Siemens, Allianz) oder Frankfurt/Main (so gut wie alle Großbanken). Die Sportförderung der DDR brach nach der Wende zusammen. Mit der deutschen Vereinigung wurde die Berlin-Förderung im Westen stufenweise eingestellt, während die planwirtschaftlich geführten Großbetriebe im Osten Pleite gingen – folgerichtig schlägt sich die schwache Ökonomie in spärlichen Sponsorengeldern für Sportvereine nieder.

Die gesellschaftliche Atmosphäre der Hauptstadt begünstigt den Leistungsgedanken so gut wie gar nicht – und vor diesem Hintergrund kann man Herthas Abstieg nur als Symptom einer Gesamtlage deuten, denn im Leistungssport geht ohne Disziplin nichts. Berlin ist Bühne für Paradiesvögel, hier wird experimentiert – hart gearbeitet und gut verdient wird anderswo.

Stefan Hug

Der schöne Schein

Deutsches Historisches Museum zeigt die Staffage der Macht

Angesichts erdrückender scheinender Probleme steht die politische Klasse mit dem Rücken zur Wand. Doch der horrenden Staatsverschuldung etwa zum Trotz suggeriert die Wirklichkeit oft ein anderes Bild. Betrachtet man die aus den Zentren der Macht gesendeten Aufnahmen, stehen die Mächtigen dieser Republik zumeist „mit dem Rücken zur Kunst“.

Dieses Phänomen war dem in Karlsruhe lehrenden Kunstwissenschaftler Wolfgang Ullrich bereits vor einem Jahrzehnt aufgefallen. Eine Buchveröffentlichung Ullrichs unter diesem Titel (Wagenbach, 2000) legte davon Zeugnis ab. Jetzt hat diese Wahrnehmung standesgemäß Eingang gefunden in das Deutsche Historische Museum (DHM) in Berlin. Unter dem Motto „Macht zeigen – Kunst als Herrschaftsanspruch“ zeigt das DHM derzeit eine von Ullrich kuratierte Ausstellung, in der die erstaunliche Nachkriegskarriere der bildenden Kunst reflektiert wird: ihre Funktion als Statussymbol in Wirtschaft und Politik. En passant wird dabei sichtbar, dass es sich hier wieder einmal um einen deutschen Sonderweg handelt. Denn in keinem anderen Land wird Macht so oft mit moderner Kunst repräsentiert. Ein zusätzliches Alleinstellungsmerkmal ist dabei, dass sich Konzernführer und Politiker in der Regel vor leeren Wänden mit zumeist monochromen Gemälden ablichten lassen. Anders in Frankreich, dort sind offizielle Präsidentenfotos eine Inszenierung von Geschichtsbewusstsein und Nationalstolz: Etwa durch eine Bücherwand im Hintergrund mit Ausgaben französischer Klassiker nebst Nationalflagge.

> Deutsche Politiker zeigen sich gern vor moderner Kunst

In Westdeutschland dagegen war es zunächst die Wirtschaft, deren Vertreter sich programmatisch zur abstrakten Kunst bekannten, die zugleich als eine „Weltsprache“ galt. In die Arbeitszimmer der Politik zog die Kunst ostentativ erst Jahrzehnte später ein. Mit dem Regierungsumzug nach Berlin wurde vor allem die Wand hinter dem Kanzlerschreibtisch zu einer Fläche, die sich zu symbolischer Aufladung eignet. Im Fall des „Medienkanzlers“ Gerhard Schröder drückte sich das in dem zerrupften, abwärts stürzenden Adler von Georg Baselitz aus.

Peter Westphal

„Macht zeigen – Kunst als Herrschaftsstrategie“, Deutsches Historisches Museum (DHM) Berlin, Pei-Bau (Untergeschoss), Unter den Linden 2 / Hinter dem Gießhaus 3, 10117 Berlin, bis 13. Juni 2010, täglich 10-18 Uhr

Zeitzeugen



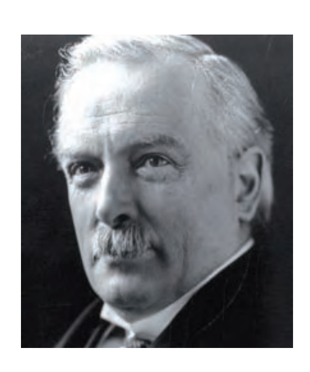
David Cameron – Gleich nach Beendigung seines Oxford-Studiums in Wirtschaft, Politik und Philosophie stieg der 1966 Geborene in das Politikgeschäft ein. Schon Anfang der 90er war er Berater des Premiers John Major. Als der entfernte Verwandte des britischen Königshauses 2005 den Vorsitz der Tories übernahm, feierten die Konservativen ihren vielversprechenden Anführer. Doch der Medienmanager konnte die Schwäche Labours bisher nicht nutzen.

Margaret Thatcher – Die „Eiserne Lady" wurde zwar wenig geliebt, doch hat sie während ihrer Zeit als Premier (1979–1990) im Namen der Tories, deren Vorsitzende sie 15 Jahre lang war, Ruhm erlangt. Gleichzeitig suchte ihre Partei nach ihrem Abgang verzweifelt ein moderneres, weicheres Profil. Doch ihre Nachfolger John Major, William Hague, Ian Duncan Smith, Michael Howard und nun James Cameron konnten (noch) keine vergleichbaren Erfolge erringen.



Gordon Brown – Der Sohn eines schottischen Pfarrers befasste sich schon in seiner Doktorarbeit mit der Geschichte der Labour Party. Während seiner Zeit als Schatzkanzler unter Premier Tony Blair ging es Englands Wirtschaft gut. Das wurde auch Browns Finanzpolitik zugeschrieben, und als Blair 2007 zurücktreten musste, wurde er dessen Nachfolger. Doch dann kamen die Wirtschaftskrise, Parteiskandale und innenpolitische Probleme, auf die Brown teilweise stark verzögert reagierte.

Tony Blair – Als der Labour-Politiker 1997 das Amt des Premiers vom blassen Tory John Mayor übernahm, hofften viele, er werde Großbritannien in eine bessere Zukunft führen. Doch stattdessen landeten die Briten 2003 im Irak. Das nahmen sie Blair so übel, dass seine Verdienste davon bis heute überschattet werden.



David Lloyd George – Der Waliser, für den Englisch nicht die Muttersprache war, war der letzte liberale Premier Großbritanniens. Der Jurist hatte dieses Amt von 1916 bis 1922 inne. In Versailles nahm er gegen Deutschland eine vergleichsweise moderate Rolle ein. Nach 1922 blieb er als Mitglied des Unterhauses politisch aktiv, er gilt als Vertreter der Appeasement-Politik gegenüber Hitler.

Liberale wittern Morgenluft

Großbritannien: Erstmals seit 1922 könnte wieder ein Liberaler Premier werden

In einer der ältesten Demokratien der Welt ist vieles anders als in Kontinentaleuropa: Der Wahltermin wird erst vier Wochen vorher festgesetzt, die Werbeausgaben der Parteien sind eng begrenzt und bisher gab es keine Fernsehdebatten der Spitzenkandidaten. Doch bei der Unterhauswahl am 6. Mai ist alles anders als sonst.

Bis Ende April wird es im britischen Wahlkampf drei Fernsehduelle geben. Und schon jetzt kristallisiert sich ein Überraschungssieger heraus: Der Kandidat der Liberaldemokraten (Libdems) Nick Clegg. Mit Frische und Frechheit erobert er die Herzen der Briten. Seit dem 12. April haben die Libdems mehr als zehn Prozent zugelegt und führen jetzt in den Umfragen. Der bisherige Favorit, der Kandidat der konservativen Tories David Cameron, verliert dagegen an Zustimmung, und weit abgeschlagen folgt der Premierminister Gordon Brown von der sozialdemokratischen Labour Party. Wie ein neues politisches Gestirn leuchtet Nick Clegg auf und schon werden Vergleiche mit Barack Obama laut; der Wind des „Wechsels" weht über die britischen Inseln. Nachdem die Liberalen 65 Jahre lang zusehen mussten, wie immer die anderen gewannen, besteht jetzt die Chance, den Premierminister zu stellen.

Das britische Mehrheitswahlrecht sorgt für klare Verhältnisse und ist grausam zugleich. Im Englischen spricht man auch von „first past the post". Dieser Ausdruck stammt vom Pferderennen, wo derjenige gewinnt, der als erster den Pfosten (der das Ziel markiert) passiert, auch wenn er nur eine Nasenlänge Vorsprung hat. Daher gewinnt der Kandidat, der nur eine Stimme mehr als seine Konkurrenten hat, den ganzen Wahlkreis. Wer also in den Umfragen mit 33 Prozent (wie derzeit die Libdems) führt, kann im Unterhaus glatt eine Zweidritttelmehrheit der Sitze erringen. Für die Wähler auf der Insel ist die gegenwärtige Lage mehr als elektrisierend. Gaben die liberal Gesonnenen notgedrungen ihre Stimme bisher den Tory- oder Labour-Kandidaten, besteht jetzt eine eigene Siegchance.

> Nick Clegg ist ein international denkender Brite

Was aber ist das besondere an Nicholas William Peter Clegg, so sein vollständiger Name? Clegg zog erst 2005 für den Wahlkreis Sheffield Hallam in Yorshire in das britische Unterhaus ein. Und erst 2007 wurde er Vorsitzender seiner Partei. Wie kann jemand in so kurzer Zeit so weit kommen? Vieles verdankt Clegg wohl der Politikverdrossenheit in Großbritannien, dem Abfall der Wähler von den alten Großparteien. Doch das alleine reicht kaum als Erklärung.

Cleggs Laufbahn spiegelt eine ungebrochene Dynamik wieder, eine Mentalität, die das britische Weltreich einst groß machte: gebildet, wagemutig, sportlich, reich, vielsprachig, intelligent und weltgewandt.

Clegg ist ein Brite mit internationalem Stammbaum. Seine Mutter, eine Holländerin, besuchte die berühmte Universität in Cambridge, wo sie ihren Mann kennenlernte, der später als Bankier in der Londoner City reich wurde. Nick Clegg und seine drei Geschwister wuchsen begütert in Oxfordshire auf und besuchten Eliteschulen. Danach arbeitete er als Skilehrer, in einer finnischen Bank, machte mehrere Universitätsabschlüsse und wurde schließlich 1999 für fünf Jahre Europaabgeordneter. Während seines Studiums in Brügge lernte er seine Frau Miriam, eine Spanierin, kennen. Sie nahm dem bekennenden Agnostiker das Versprechen ab, die drei Söhne katholisch zu erziehen. Das störte den weltläufigen Mann, der fünf Sprachen (darunter Deutsch) fließend spricht, nicht. Seine Pressesprecherin heißt übrigens Lena Pietsch und ist Deutsche.

Hinrich E. Bues



Auf Wahlkampftour quer durchs Land: Der vielseitige und intelligente Nick Clegg kommt bei seinen Landsleuten gut an. Bild: pa

Clegg konträr zu den Tories

Frage nicht, was dein Land für dich tun kann, sondern, was du für dein Land tun kannst." Mit diesem Kennedy-Zitat versucht Tory-Chef David Cameron die Wähler zu begeistern. Doch was bei dem jung-dynamischen US-Politiker die Massen elektrisierte, lässt heute die meisten britischen Wähler kalt.

Politische Inhalte nehmen im Wahlkampf generell eine nachrangige Position ein. Zwar wollen alle drei Parteien den enormen Schuldenberg abbauen, doch wie das genau geschehen soll, sagen sie nicht. Tories und Liberale wollen zudem gleichzeitig Steuern senken, Labour hingegen will sparen und mehr unternehmerische Aktivitäten des Staates starten. So soll es einen 4,5 Milliarden Euro schweren „Wachstumsfonds" geben. Auch soll eine „grüne Bank" für



> Dissens über Illegale und Euro

Umweltenergie gegründet werden, die neue Industrien fördert. Während Labour mehr Staat will, wollen die Tories weniger. Die Probleme des Landes sollen durch „People's Power", also durch Familien, Nachbarschaftsverbände und freiwillige Organisationen, gelöst werden.

Britische Wähler, die von den TV-Debatten mehr Inhalte erhofft hatten, wurden enttäuscht. Der Favorit Clegg bot sogar noch weniger klare Politikvorschläge als seine Konkurrenten. Interessanterweise zeichnete sich ab, dass der liberale Clegg in vielen Punkten konträr zu den Tories steht. Während Cameron über „außer Kontrolle" geratene Einwanderung klagt, wollen die Liberalen die etwa eine Million Illegalen im Land einbürgern. Außerdem sollen keine neuen Atomkraftwerke gebaut und das Mehrheitswahlrecht aufgebrochen werden. Auch ist der ehemalige EU-Parlamentarier Clegg Anhänger der EU und würde gern den Euro in Großbritannien einführen. Für die EU-skeptischen Tories ist das undenkbar.

Bel

»Bett aus Sprengstoff«

Eine hohe Verschuldung drückt, doch London scheut Reformen

Unter britischen Ökonomen ist ein Streit entbrannt: Soll schon in diesem Jahr die Sanierung des Haushalts beginnen oder würde dies die zarte Wirtschaftserholung abwürgen?

Ersteres ist die Position der Konservativen, die noch regierende Arbeitspartei (Labour) hingegen will erst später mit dem Sparen anfangen. 2009 erreichte das Budgetdefizit 11,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukt (BIP). Nur Irland (14,3) und Griechenland (13,6 bis womöglich 14,1) verschuldeten sich noch heftiger. Allerdings ist die britische Gesamtverschuldung mit etwa 68 Prozent der Wirtschaftsleistung erst auf etwa dem deutschen Niveau, Griechenland ächzt unter einer Quote von 113 Prozent. Dass das Pfund, das seit 2005 mehr als ein Viertel seines Werts gegenüber dem Euro eingebüßt hat, nicht noch weiter fiel, hängt auch am Griechenland-Syndrom: Die Weltmärkte schauen derart gebannt nach Athen, dass Englands Probleme etwas aus dem Blick geraten.

Auf der Insel keimen böse Erinnerungen auf: 1976 musste London, wie jetzt Griechenland, um Hilfe vom Internationalen Währungsfonds (IWF) bitten. Es war der Tiefpunkt der krisengeschüttelten 70er Jahre, als Großbritannien als der „kranke Mann Europas" galt.

Nach dem Zweiten Weltkrieg hatte sich im Königreich eine „gemischte Wirtschaft" entwickelt, in die der Staat ungleich stärker als in Deutschland eingriff. Das Resultat waren mangelnde Innovation, Verkrustung der Strukturen, eine beispiellose Macht der Gewerkschaften und (gemessen an der Produktivität) zu hohe Löhne.

> Muss London wie schon 1976 den IWF um Hilfe bitten?

Der 1979 ins Amt gekommenen konservativen Premierministerin Margaret Thatcher gelang es, auch mit List und Tücke, die Macht der Gewerkschaften in einem erbitterten Kampf zu brechen. Es folgte ein rasanter Aufschwung, der, von einer Krise Anfang der 90er Jahre kurz unterbrochen, nahezu ungebremst bis 2007 anhielt. Allerdings erholte sich die britische Industrie von ihrem Niedergang in den 60er und 70er Jahren kaum mehr. Der Wiederaufstieg fand im Dienstleistungssektor statt, besonders in der Finanzwelt. London gilt neben New York als wichtigster Finanzplatz der Welt.

Daher war der Rückschlag durch die Finanzkrise hier auch besonders schmerzhaft. Im September 2007 markierten lange Schlangen nervöser Kunden, die ihre Konten bei der Bank „Northern Rock" auflösen wollten, den Beginn der schweren Verwerfungen.

2009 schrumpfte das britische BIP mit sechs Prozent noch stärker als das deutsche. Aufgrund der ausufernden Schulden wird an der Themse bereits das Menetekel von 1976 an die Wand gemalt. „Fitch", eine jener gefürchteten US-Rating-agenturen, droht damit, Britannien eine schlechtere Bonitätsnote zu geben. Während der Ökonom Will Hutton daran erinnert, Großbritannien habe „seit dem 14. Jahrhundert seine Verbindlichkeiten immer bezahlt", verglich ein Fondsmanager die Lage des Landes mit einem Patienten in einem „Bett aus Sprengstoff". *H. Heckel*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
MIT OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur
Konrad Badenheuer
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Leserbriefe, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil:** Silke Osman; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit, IT:** Florian Möbius; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Wilhelm v. Gottberg, Sophia E. Gerber (Venedig), Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Hans-Jürgen Mahlitz, Liselotte Millauer (Los Angeles), Jean-Paul Picaper.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 31.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2010: Inland 9 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 11,50 Euro, Luftpost 15,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-41
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **3772**

Zur Sprengfalle mutiert

Niedersachsens neue Sozialministerin Özkan hatte Merkels Wohlwollen – bis sie die ersten Interviews gab

CDU und CSU kämpfen um die politische Mitte und um „neue Wählergruppen“, etwa eingebürgerte Türken. Bei diesem Kampf muten sie ihrer christlich-konservativen Stammwählerschaft vieles zu. Die Ernennung von Aygül Özkan zur Landesministerin hat schlaglichtartig die Grenzen von Merkels Strategie sichtbar gemacht.

Es gibt nur wenige Berufe, bei denen so genau auf die richtige Formulierung und Wortwahl geachtet wird wie bei den Juristen. Daher ist es kaum denkbar, dass Aygül Özkan, seit 1998 Rechtsanwältin, nicht wusste, was sie mit ihren Aussagen zum Kreuz in deutschen Schulen und zum EU-Beitritt der Türkei auslösen würde. Auch kannte die 1971 in Hamburg geborene Tochter eines aus der Türkei eingewanderten Gastarbeiterpaares den Spagat, den ihre Partei angesichts abschmelzender Stammwählergruppen seit Jahren versucht. Doch offenbar hat sie nicht bedacht, dass sich ihre Partei, die zwischen christlich-konservativer Stammklientel und der auch linksliberalen Mitte laviert, das offene Lob türkischer EU-Ambitionen gerade aus ihrem Mund nicht leisten kann. Jedenfalls begann Özkan ihren Karrieresprung von der einfachen Hamburger Bürgerschaftsabgeordneten zur niedersächsischen Ministerin mit einer doppelten Provokation ihrer Partei.

Innerhalb eines Tages hatte der niedersächsische Ministerpräsident Christian Wulff (CDU) die durch Özkans Äußerungen aufgerissene Wunde in der brüchigen Selbstdarstellung der Union mit einem demonstrativen Bekenntnis zu Schulkreuzen, wie es auch der Beschlusslage der CDU entspricht, oberflächlich gekittet. Ob es die schon seit Jahren sich immer mehr distanzierende Stammwählerschaft überzeugt, ist offen. Diese registriert ganz genau, wie CDU und CSU vom „C“ in ihrem Namen immer mehr abrücken. Und Aussagen wie jene von Özkan, dass das „C“ sie als Muslimin „nicht störe“, sind nur eine Bestätigung dessen, was überzeugte Christen in der Partei schon lange beklagen, nämlich dass das „C“ seine ursprüngliche Bedeutung verloren hat. Zudem sind fast alle Stammwähler der Union entschieden gegen einen EU-Beitritt der Türkei. Das weiß auch die CDU-Chefin Angela Merkel, die im Namen ihrer Partei eine „priviligierte Partnerschaft“ der Türkei mit der EU anstrebt, aber als Kanzlerin nicht offen gegen die EU-Beitrittsverhandlungen Stellung bezieht, sei es aus Rücksicht auf den Koalitionspartner FDP, sei es, weil konservative Wähler der CDU an der Wahlurne keine Alternative haben.

Die Union versucht also auf mehreren Hochzeiten gleichzeitig zu tanzen und ist nun aus dem Takt gekommen, als Özkan religiöse Symbole wie das Kreuz, aber auch das Kopftuch aus den Schulen verbannen wollte. Viel mehr als das Kreuz in vor allem bayrischen Schulen als Beleg für das „C“ hat die Union nicht mehr zu bieten –

> Christen sollen Angriff auf Selbstverständnis einfach hinnehmen

und das weiß sie auch. Daher kamen sofort aus Berlin und allen Landeshauptstädten die Beteuerungen, dass es beim Kreuz bleibe, keiner wolle daran rütteln. „Wir stehen in einer jahrhundertelangen christlichen Tradition, Kreuze in den Schulen sind Ausdruck unserer Tradition und unseres Werteverständnisses“, versicherte die Bundesintegrationsministerin Maria Böhmer, die sofort Rückendekkung von Merkel erhielt.

Wulff hat sich seine von der „Geheimwaffe“ zur Sprengfalle mutierte Ministerin vor der endgültigen Ernennung nochmals zur Brust genommen, aber an ihr festgehalten, nachdem sie sich in Sachen Schulkreuze entschuldigt und ihren Ministereid mit den Worten „So wahr mir Gott helfe“ zu beschließen bereit gezeigt hatte – was allerdings für Muslime im Unterschied zu Atheisten auch kein Problem ist.

Überschwänglich feierten viele Medien die neue Vorzeigeministerin. Einige bezeichneten sie sogar als erste Ministerin mit Migrationshintergrund und hatten dabei wohl den in Vietnam geborenen Bundesgesundheitsminister Philipp Rösler vergessen. Auch die Union feierte sich selbst, hatte sie doch alle anderen Parteien überholt und als erste eine bekennende Muslimin von der oft über Benachteiligung klagenden türkischstämmigen Zuwanderergruppe in ein Ministeramt berufen.

Benachteiligt? Hier wird übersehen, dass Özkan gerade wegen ihrer türkischen Wurzeln in ihr politisches Amt gekommen ist. Die Hamburger CDU war 2004 auf die damals als Nachwuchsmanagerin bei der Deutschen Telekom Tätige aufmerksam geworden. Dort erkannte man, dass sie wie eine seltene Orchidee zu pflegen sei, denn Frauen in leitenden Positionen in der Wirtschaft, die auch noch türkischstämmig sind, sind zweifellos eine Rarität. Mit einer so genannten „wild card“ gelangte sie bei der Wahl 2008 jenseits der Hierarchien der Kreis- und Ortsverbände auf einen sicheren Listenplatz. Und in der Hamburger Bürgerschaft machte Özkan dann als wirtschaftspolitische Sprecherin von sich reden.

„Für mich steht die CDU für Werte wie Familie, Gemeinschaft, Solidarität und Nächstenliebe. Wer einen Glauben hat, geht auch anders mit Mitmenschen um – das habe ich in der Partei gefunden.“ Diese Worte Özkans klingen wohltuend in den Ohren vieler CDU-Politiker. Und so begrüßt auch der Vorsitzende des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, Alois Glück (CSU), ihre Benennung zur Ministerin als „ein interessantes Signal in Richtung Integration“.

Und wenn sie türkischstämmigen und türkischen Bürgern in diesem Land die Leviten liest und eine Bringschuld bei der Integration anmahnt, dann bejubelt man in der Partei wieder den Schritt, Özkan – angeblich auf Initiative von Merkel – berufen zu haben. Sätze wie „Gerade dann, wenn man fremd ist oder fremd aussieht, ist es wichtig, dass man den ersten Schritt macht. Wir schotten uns noch zu sehr ab“ klingen aus ihrem Mund überzeugender als aus dem eines ältlichen CSU-Politikers.

Trotz aller Integrationsrhethorik feierte die türkische Tageszeitung „Hürriyet“ sie unverblümt als „Unsere Ministerin“, andere feiern sie als „Türkin“. Wenn ihre Plädoyers für mehr Integration ernst gemeint sind, sollte Özkan hier auf Klarstellung dringen. *Rebecca Bellano*



Foto: ddp images

Mit einer Provokation gestartet: Für die türkische Presse ist Aygül Özkan eine Erfolgsmeldung.

MELDUNGEN

Finanzausgleich angefochten

Stuttgart – Genug ist genug, meint der baden-württembergische Ministerpräsident Stefan Mappus (CDU) und will zusammen mit Hessen und Bayern eine Klage gegen den Länderfinanzausgleich beim Bundesverfassungsgericht einreichen. Die Geberländer sehen nicht ein, warum sich die Nehmerländer Dinge leisten können, die sich die Geber wegen der Zahlungen in den Finanzausgleich nicht gönnen dürfen. So erhebe beispielsweise das klamme Berlin keine Studiengebühren. Dem müsse ein Riegel vorgeschoben werden, so die drei Länderchefs, die „Anreize“ für die Nehmerländer schaffen wollen, aus der Sozialhilfe der Länder herauszukommen. Die hochkomplexe Klageschrift soll im Spätherbst den Richtern in Karlsruhe vorgelegt werden, damit bei der Neuverhandlung zum Länderfinanzausgleich 2012 ein rechtskräftiges Urteil vorliegt. Das jetzige Transfervertragswerk läuft Ende 2018 aus. *Bel*

Klassengröße ohne Belang

Dortmund – Die Klassengröße hat keinen nachweisbaren Einfluss auf die Leistung der Schüler. Mit dieser Erkenntnis stieß Wilfried Bos, Professor am Institut für Schulentwicklungsforschung der Technischen Universität Dortmund, deutschlandweit auf Unverständnis. Bos und seine Kollegen, deren Studie auf Daten der Internationalen Grundschul-Lese-Untersuchung (Iglu) basiert, waren selbst von den Ergebnissen überrascht. Doch: „Der gesunde Menschenverstand sagt, dass kleinere Klassen besser wären, aber der gesunde Menschenverstand hat im Mittelalter auch gesagt, wir müssen rothaarige Frauen verbrennen, damit die Kühe in der Nachbarschaft nicht krank werden“, provoziert Bos. *Bel*

Stochern im Nebel

Hamburg: Aktionismus gegen Brandstifter

Im Kampf gegen nächtliche Autobrandstiftungen kündigt Hamburg jetzt an, in die Offensive zu gehen: Eine zentrale Ermittlungsgruppe wird beim Landeskriminalamt aufgebaut und 100 Beamte werden für unbefristete Zeit nachts in Zivil auf Streife geschickt. Auslöser des verschärften Vorgehens sind die jüngsten Attakken vom 20. April, bei denen erstmals auch drei überdachte Abstellplätze für Fahrzeuge in Flammen aufgingen. Beinahe hätten die Flammen auf ein Einfamilienhaus übergegriffen.

Für Polizeipräsident Werner Jantosch ist damit eine Grenze überschritten: Die Täter schreckten auch vor der Gefährdung von Menschenleben nicht mehr zurück, begründet der seit sechs Jahren amtierende Chefpolizist das nun medienwirksam verkündete verschärfte Vorgehen der Polizei. Absolute Priorität werde der Suche nach den Tätern eingeräumt. Die nächtlich an verschiedenen Orten verdeckt eingesetzten Beamten sollen notfalls auch andere Aufgaben vernachlässigen, so der Tenor.

„Reiner Aktionismus“, sagen dazu Kritiker. Die oppositionelle SPD bemängelte, es gebe keine offizielle Gesamtzahl der Auto-Brandstiftungen in der Hansestadt. Auch könne die zwischenzeitlich nach unten korrigierte Zahl der politisch motivierten Brandstiftungen angesichts der allgemeinen Zunahme nicht stimmen, so SPD-Innenexperte Andreas Dressel. Er stellt fest: “Die Polizeipräsenz auf der Straße ging im vergangenen Jahr deutlich zurück, die Zahl der Zivilfahnder ist ebenfalls leicht rückläufig.“

> Zivilfahnder in Gruppen auf Streife

Tatsächlich werden die nun eingesetzten Beamten von anderen Aufgaben abgezogen. In Gruppen eingesetzt, gleicht ihre Arbeit einem Stochern im Nebel, wie erste Erfahrungen der nächtlichen Streifen zeigen: Zurückhaltend vorgenommene Personenkontrollen bei einzelnen, nachts scheinbar ziellos umherstreifenden jungen Männern sind neben langem Warten die Hauptaufgaben.

Auffällig an der jüngsten wie an zurückliegenden Anschlagsserien: Die Täter ziehen meist auf Dutzenden Metern eine Spur der Verwüstung. Sie fürchten nicht, entdeckt zu werden, sind mobil und gehen planvoll vor: Wenn die Autos sichtbar in Flammen stehen, sind sie längst nicht mehr am Tatort. *SV*

Absurde Feminismus-Debatte

Grüne Frauen kritisieren »Anti-Macho-Papier«: »Männer verharren in Zweigeschlechtlichkeit«

Eine Riege junger Politiker der Grünen aus Bundestag, Ländern und Kommunen fordert in einem „Männer-Manifest“ neue Rollenbilder. „Neue Väter statt ‚Vater morgana‘“ müssten her, so das Papier, das eine Kampfansage an Machos sei.

Die „Grüne emanzipatorische Linke“ hat das Projekt „Neuer Mann“ mit einigen grünen Männern in einer Denkschrift wiederbelebt. Nicht, dass es bei den Grünen je ganz tot gewesen wäre, doch die Vordenker treibt es wieder in die Öffentlichkeit. Sie fragen: “Wo bleiben die Antworten, wo die Visionen für eine Männerpolitik, die die Rolle der Männer neu denkt?“ Das Verdienst, den Mann „neu gedacht“ zu haben, kommt jetzt 21 „männlichen Feministen“ zu. Die Unterzeichner des Manifests sind junge aufstiegswillige Grüne, allen voran Sven Lehmann vom Landesvorstand der Grünen in Nordrhein-Westfalen. Zu ihnen gehören der jüngste deutsche Abgeordnete im Europaparlament, Jan Philipp Albrecht (27 Jahre), Malte Spitz (26 Jahre) vom Bundesvorstand der Partei, ebenso der junge Landesvorsitzende von Baden-Württemberg Chris Kühn (30) sowie der Grünen-Chef in Bayern Dieter Janecek.

Der Wunsch nach ein bisschen Beachtung speziell für diese Männer war kurz vor der Bundesfrauenkonferenz der Grünen, einem Großereignis im grünen Jahreslauf, dem „Männer-Manifest“ anzumerken – „einen Makel haben einige feministische Diskurse aber leider gerade in Deutschland bis heute: Männer spielen in ihnen nur selten eine Rolle“. Dank Feminismus seien jetzt endlich Frauen im Blick, nun müsse ein Blick auf die Männer geworfen werden, sagte Lehmann gleich nach Bekanntgabe seiner Schrift der „Süddeutschen Zeitung“. Doch statt mit der Ergebnisadresse setzte sich die Bundesfrauenkonferenz mit dem „Green New Deal“, dem neuen Ökoprogramm, auseinander. „Dass Geschlechterrollen auch für Männer ein Korsett sind“, schien die Damen wenig zu beeindrucken.

> Männliche grüne Feministen suchen Aufmerksamkeit

Wenigstens Parteichef Cem Özdemir lobt das Werk. Seit er selber in Elternzeit wickelte, weiß er: „Eine gesellschaftliche Diskussion von Männern über Männer liegt in der Luft.“ Und die wird dünn. Das Manifest sorgt sich auch um die letzte Männer-Bastion Fußball. Dass Männer vielleicht „in den Stadien und Fankneipen einen Fußballer als Schwuchtel beschimpfen würden, wenn er sich als homosexuell outet? Oder als Weichei, wenn er ein Jahr Babypause nimmt?“

„Wir wollen nicht länger Machos sein müssen, wir wollen Menschen sein!“ Man(n) mag sich fragen, wer die Unterzeichner bisher am Menschsein gehindert hat. Eine Macho-Tradition gibt es bei den Grünen jedenfalls nicht, auch wenn Ex-Parteipatriarch Fischer entsprechende Anflüge erkennen ließ, nicht nur als er seine Partei in den 90er Jahren auf den Kriegseinsatz in Jugoslawien einschwor. Theoretische Unsicherheit in Sachen Emanzipation lässt ein Loblied Fischers auf die islamische Revolution im Iran im Februar 1979 im Sponti-Blatt „Pflasterstrand“ erkennen: „Dieser Traum verbindet sich für mich genau mit der Wiederaneignung meiner Arbeit, meiner Gewalt und meiner Religion.“ Dass auf die Softie-Tour selten nachhaltige Aufmerksamkeit zu gewinnen ist, musste also schon er erleben.

Der Ex-Grüne Otto Schily hatte dagegen „immer schon ein Problem mit der Verachtung von Menschen, insbesondere von Politikerinnen“, so die linksliberale „Zeit“ 2005. Ein anderer grüner Hüne, Jürgen Trittin, beherrschte die neue, subtilere Männer-Art, Legenden zufolge, schon immer. Statt abfälliger Kommentare über Parteigenossinnen lernte er sanfte Körpersprache: Schiefer Mundwinkel, schräg gelegter Kopf, verächtliches Grinsen und Schweigen – das schüchterte schon vor gut zehn Jahren mehr ein als jede abkanzelnde Bemerkung. Antje Vollmer redete einstigen Kampfgefährten aus studentenbewegten Zeiten 1988 ins Gewissen: „Der linke Machomann, ausgewiesen durch eine brillante Rhetorik, eine leicht ins Zynische kippende Moral und eine flotte Freundin, er wurde zum alles bestimmenden Männertyp der deutschen Linken. Wer dazu nicht gehörte, hatte keine Chance, bis zum heutigen Tag.“ Dies hat sich nun umgekehrt, wie Reaktionen heute angesagter Grünen-Frauen auf das Manifest ahnen lassen. So findet die genderpolitische Sprecherin Franza Drechsel es „gut, dass die Männer sich überhaupt beteiligen“, aber: „Das geht alles nicht weit genug.“ Ihr erschütterndes Fazit: „Die Autoren verharren immer noch in der Zweigeschlechtlichkeit.“

Sverre Gutschmidt

MELDUNGEN

Fischer bleibt Bundespräsident

Wien – Auch wenn die offiziellen Stellungnahmen anders lauten, mit den Ergebnissen der österreichischen Präsidentenwahl können die wahlwerbenden Personen beziehungsweise deren Parteien alles andere als zufrieden sein: Der amtierende Präsident Heinz Fischer erhielt zwar – dank Verzicht der ÖVP auf einen Gegenkandidaten – über 78 Prozent der gültigen Stimmen, was aber aufgrund der niedrigen Wahlbeteiligung von nur 49,2 Prozent nur etwas mehr als einem Drittel der Wahlberechtigten entspricht. Auch Barbara Rosenkranz (FPÖ) blieb mit knapp 16 Prozent unter den (eigenen) Erwartungen. Und der Kandidat der „Christen", Rudolf Gehring, der „einen zweiten Wahlgang erzwingen" wollte, liegt mit etwas über fünf Prozent weit abgeschlagen. *RGK*

Spielräume bei IWF ausloten

Budapest – In der zweiten Runde der ungarischen Parlamentswahlen konnte die „Ungarische Bürgerpartei" (Fidesz) von Ex-Premier Viktor Orbán ihren Vorsprung auf 68 Prozent der Stimmen und 263 der 386 Mandate ausbauen. Orbán ist somit bei beabsichtigten Verfassungsänderungen nicht auf andere Parteien angewiesen. Die bisher regierenden Sozialisten liegen mit knapp über 15 Prozent der Stimmen und 59 Mandaten jetzt noch weiter abgeschlagen als im ersten Wahlgang und müssen sich damit trösten, dass die rechtsnationale Jobbik im Endergebnis auch nur knapp über zwölf Prozent der Stimmen und 47 Sitze erreichen konnte. Zunächst will Orbán jedoch Gespräche mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) und der EU aufnehmen, um finanzielle Spielräume durchzusetzen. 2008 ist Ungarn nur knapp dem Staatsbankrott entgangenen und musste von EU und IWF gerettet werden. *RGK*

Staatsnotar im goldenen Käfig

Obwohl der Tenno kaum noch Einfluss hat, erleben die Japaner einen merkwürdigen Nachfolgekampf

Süß lächelt der dreijährige Hisahito immer öfter von Pressefotos. Doch was so unschuldig erscheint, ist in Wirklichkeit Kalkül von Prinz Akishino, um selbst eine Chance auf den Thron zu haben, zumal die neue Regierung die Tochter des Kronprinzen favorisiert.

Japans Monarchie gilt als Muster an Diskretion und Disziplin, die den kaiserlichen Nimbus der Herrschaft in der Moderne am besten zu bewahren versteht. Es gibt keine radelnden Könige nach skandinavischem Muster noch die Seifenopern, mit denen das Haus Windsor seit Jahrzehnten den Boulevard delektiert. Dennoch lässt sich das Zerwürfnis zwischen dem Kronprinz Naruhito und seinem Bruder nicht länger verheimlichen. Es geht um die Thronfolge ihrer Kinder. Der Kronprinz bekam nach langer kinderloser Ehe mit seiner Frau eine Tochter. Prinzessin Aiko ist heute neun Jahre alt. Sie ist nach dem Kaiserlichen Statut von 1947 von der Thronfolge ausgeschlossen, obwohl es in Japans mythischer Kaisergeschichte während der letzten 2600 Jahre mindestens acht Kaiserinnen gegeben haben soll. Sein Bruder Akishino dagegen zeugte nach den Prinzessinnen Mako (18) und Kako (15) noch einen Sohn, Prinz Hisahito (3), auf dessen Linie nunmehr nach dem Tod des Kronprinzen die Thronfolge überspringt. Es ist ein offenes Geheimnis, dass der Kronprinz gerne per Gesetz die Gleichberechtigung zugunsten seiner Tochter durchgesetzt hätte. Schon seit ihrer Geburt suchte er gegen den Widerstand seines Vaters Kaiser Akihito diskret den Kontakt zu Politikern. Traditionalisten war der Gedanke einer weiblichen Erbfolge ein Gräuel. Mit der Geburt von Prinz Hisahito, dessen niedliche Videofilme das Publikum erfreuen, war die Diskussion vorläufig beendet. Doch mit der neuen Reformregierung von Yukio Hatoyama, der die weibliche Erbfolge stets befürwortet hat, sieht der Kronprinz seine Chancen wieder steigen. Doch welche Funktion hat der Kaiser in Japan überhaupt?

In der Meiji-Verfassung von 1889 war er zumindest theoretisch Inhaber der obersten Regierungsgewalt,



Frau in der Thronfolge ausgeschlossen: Prinz Akishino (2.v.r.) lanciert seinen Sohn (Mitte) immer offener in die Medien. Bei Traditionalisten zählt die Tochter (3.v.l.) von Kronprinz Naruhito (2.v.l.) nicht. Bild: laif

dem die Minister verantwortlich waren, des militärischen Oberbefehls und der obersten Kultgewalt im Staatsshinto gewesen. Im Meiji-Staat (1868–1912) wurde der Kaiser nach den Verfassungstexten mit absoluter Macht ausgestattet, die ihn über die Exekutive, das Parlament und die Judikatur stellte. Mit umfangreichen Ländereien, Wäldern, Aktien- und Wertpapierpaketen (die 1945 alle von den Amerikanern enteignet wurden) operierte der Hofstaat wie ein Staat im Staate. Doch in der Praxis handelte schon der Meiji-Kaiser als konstitutioneller Monarch, der sich bürokratischen Ritualen fügte, ausländische Gesandte und führende Regierungsvertreter zum Vortrag empfing und dabei an die Verfassung und die gültigen Rechtsnormen gebunden war. So wurden kaiserliche Edikte erst nach der Gegenzeichnung durch den Fachminister beziehungsweise Premierminister gültig. Je unbeschränkter die theoretische Macht und der überhöhte Status des Kaisers war, der das Oberhaupt der japanischen Shinto-Religion ist, desto geringer gestaltete sich seine reale Einflussmacht und Durchsetzungsfähigkeit, da Meinungsäußerungen und das Erfragen konkreter Details von jener irdischen Gottheit nicht erwartet wurden. So wurden beispielsweise während des Zweiten

> Der Kaiser hat sich politisch im Hintergrund zu halten

Weltkriegs dem Kaiser Operationspläne erst mitgeteilt, nachdem der Generalstab alle Details geklärt hatte.

In der unmittelbaren Nachkriegszeit wurde dem Tenno, dem aufgrund amerikanischer taktischer Kalküle – der Erleichterung der Besatzungspolitik – gegen die Widerstände anderer Alliierter ein Kriegsverbrecherprozess erspart blieb, zunächst die Rolle eines Volkskaisers zugedacht, nachdem General MacArthur sein Abdankungsangebot abgelehnt hatte. Bis 1954 besuchte der Kaiser alle Präfekturen, besichtigte Flüchtlingslager, Kohlegruben auf Kyushu, zerstörte Städte und wiederaufgebaute Fabriken und durfte dabei auch menschliche Regungen zeigen. Später engte die Kaiserliche Hofagentur seine Rolle wieder aufs Zeremonielle ein. Die streng apolitische Rolle des Kaisers hat in der Nachkriegszeit seine Rolle und sein Ansehen angesichts seiner Distanz zur korrupten und intriganten Tagespolitik deutlich gestärkt. Im Presseklub des Amtes sind deshalb auch keine Reporter und Journalisten zugelassen.

Formell ernennt der Kaiser den Premierminister und den Vorsitzenden des Obersten Gerichts. Er eröffnet und beschließt die Sitzungsperioden des Parlaments, unterzeichnet Gesetze und Erlasse, ruft die Wahlen aus, ernennt und entlässt die Minister, unterzeichnet Staatsverträge, verkündet Amnestien, verteilt die höchsten Staatsorden und empfängt ausländische Botschafter bei ihrer Akkreditierung. Jene Aufgaben eines Staatsnotars, die stets auf Kabinettsbeschlüssen beruhen und zu denen er weder einen Ermessensspielraum noch ein Meinungsäußerungsrecht hat, füllen seine Vormittage aus. Die Nachmittage stehen für die wissenschaftliche Arbeit zur Verfügung. So hatte Hirohito (1901–1989) Bücher über Seesterne und Meeresspinnen veröffentlicht. Auch sein Sohn Akihito (*1933) ist Marinebiologe, nachdem seine historischen Interessen als zu politisch missbilligt wurden. Kronprinz Naruhito (*1960) befasst sich mit mittelalterlichen Wasserwegen in Europa.

Geblieben sind für den Kaiser religiöse Shinto-Zeremonien, wie die frühjährliche Auspflanzung der Reisschößlinge. Dazu kommen Repräsentationsbesuche bei wichtigen Terminen, Eröffnungen und öffentliche Symbolhandlungen. All diese Besuche sind minutiös vorbereitet. Sie sind deshalb, wie dieser Autor bezeugen kann, steif und inhaltlich unergiebig.

1200 Bedienstete regeln den Tagesablauf der rund 20 Mitglieder der kaiserlichen Familie im Detail. Freiheiten, wie etwa auf der Ginza einkaufen zu gehen, sind nicht vorgesehen. Besucher und Lektüren werden von den Kämmerern ausgewählt. Gerade für die aus großbürgerlichen Familien stammende Kaiserin Michiko und Kronprinzessin Masako, die in den USA aufgewachsene Harvard-Absolventin, Jungdiplomatin und Tochter des Ex-Botschafters und Vizeaußenministers Owada, lösten die Zwänge der Gefangenschaft im goldenen Käfig Depressionen aus.

Warum man wie der Kronprinz und sein Bruder seinen Kindern dieses einsame höchste Amt mit aller Macht zumuten will, bleibt für die meisten Japaner schwer nachvollziehbar. *Albrecht Rothacher*

Streit um den Mekong

Anrainer wehren sich gegen Chinas Staudammprojekte

Der laotische Fischer Phimmalalong breitet regelmäßig seine magere Tagesausbeute auf einer Sandbank aus. Gerade zehn Kilo waren es 2009, jetzt zieht er allenfalls noch die Hälfte davon an Land. Schuld daran ist der seit 50 Jahren niedrigste Wasserstand des Mekong. Und schuld daran sind wiederum – so meinen er und die Politiker des Landes – die Chinesen mit ihren Staudammprojekten am Oberlauf des mächtigen Flusses.

Fischer Phimmalalong ist nicht der einzig Betroffene: Denn mehr als 60 Millionen Menschen leben von diesem asiatischen Strom, der als Lebensader des kontinentalen Südostasien gilt. Denn er wird von sechs Staaten in diesem Teil Asiens genutzt: China, Myanmar, Thailand, Kambodscha, Laos und Vietnam, wobei etwa die Hälfte seines Laufs auf chinesischem Gebiet liegt. Der gesamte Einzugsbereich des Stromes beträgt 800 000 Quadratkilometer, der Höhenunterschied vom Quellgebiet bis zum Gelben Meer 5200 Meter, die Länge 4350 bis 4909 Kilometer (die Quelle ist bis heute strittig). Er ist zudem mit 1200 Fischarten einer der artenreichsten Flüsse auf dem Globus. Fischerei, Fischzucht und Forstwirtschaft an seinen Ufern beschäftigen etwa 85 Prozent der Menschen der Mekongebene. Die Landwirtschaft produziert dank des Flusses Reis für den Bedarf von 300 Millionen. Ab Luang Prabang in Laos ist der Fluss schiffbar und wird so zu einer Hauptverkehrsader für Waren und Personen.

Unter den längsten Wasserläufen der Erde liegt er auf Platz zehn, in China ist nur der Jangtse mit 6380

> Thailand, Vietnam und Laos beklagen sich über Wasserknappheit

Kilometers länger. Und der ist ein warnendes Beispiel, was extreme Nutzung und eine wachsende Bevölkerung anrichten können. Es wird befürchtet, dass der extrem verschmutzte Jangtse demnächst völlig umkippen könnte.

Die Sorge der Menschen am Mekong ist inzwischen zentrales Thema der Politik. China wird offen attackiert und zu einem sorgfältigeren Umgang mit dem Lebenselement aufgefordert. Streitpunkt der Diskussion, die im April zu einer Konferenz der Führer der „Mekong River Commission" in Thailand führte, ist das Projekt der Volksrepublik, in der Provinz Yunnan eine Kaskade von acht Talsperren auf einer Gesamtlänge von 800 Kilometern zu errichten – mithin den anderen Nationen nach Gutdünken den Wasserhahn abdrehen zu können. Schwerwiegende Folgen für den Unterlauf, wie etwa das Ausbleiben der für die Fruchtbarkeit des Landes wichtigen saisonalen Überschwemmungen, werden befürchtet. Ergebnis der Kommission, der Peking nicht angehört, ist eine Absichtserklärung über mehr Kooperation.

Die Regierung in Peking indes bestreitet, dass ihre Projekte an der gegenwärtigen Wasserknappheit schuld sind, und verweist auf die extreme Dürre in der Provinz Yunnan, die bereits für 24 Millionen Menschen zu Trinkwasserproblemen geführt habe. Die meisten chinesischen Flüsse führen wegen der Dürre derzeit nur 40 Prozent ihrer normalen Wassermenge, 200 sind komplett ausgetrocknet. Da der Mekong im schmelzwasserreichen Hochland von Tibet entspringt, trifft ihn diese Situation nicht so hart. Es liegt für die Beobachter am Unterlauf des Flusses deshalb auf der Hand, dass China trotz aller Beteuerungen verantwortlich ist. *Joachim Feyerabend*

Titos langer Schatten

Rolle Jugoslawiens bei Bombenserie in Kärnten aufgedeckt

Für einiges Aufsehen gesorgt haben die vorige Woche einer breiteren Öffentlichkeit bekannt gewordenen Enthüllungen über die Rolle des jugoslawischen „Staatssicherheitsdienstes" UDBA bei einer Serie meist unaufgeklärter Sprengstoffanschläge in Kärnten in der Zeit des Kalten Krieges. Belastet sind auch einige prominente Kärntner Slowenen. Alle Kärntner Parteien haben an die österreichische Bundesregierung appelliert, für eine restlose Aufklärung der Geschehnisse zu sorgen.

Bereits im Dezember hat Sloweniens Staatspräsident Danilo Türk in seinem Land eine heftige und noch andauernde Kontroverse um den nach dem Zerfall Jugoslawiens aufgelösten „Dienst" losgetreten, als er dem ehemaligen slowenischen UDBA-Chef Tomaz Ertl einen hohen Orden verlieh. Die Opposition mit Ex-Ministerpräsident Janez Jansa an der Spitze sieht darin einen Verfassungsbruch und eine Diskreditierung Sloweniens im Ausland. Denn Ertl gilt als verantwortlich für den Tod Zehntausender in der Zeit des Totalitarismus – und er stand hinter den Anschlägen in Österreich.

Ein von der Opposition eingebrachter Antrag auf Anklageerhebung gegen Türk beim Verfassungsgericht wurde allerdings von der linken Parlamentsmehrheit abgelehnt.

Die 20 Anschläge zwischen 1953 und 1979 trafen Einrichtungen von Deutsch-Kärntner Organisationen, Eisenbahngleise und Stromleitungen, aber auch Partisanendenkmäler – um Kärntner Heimatverbände in Verdacht zu

> Es geht um 20 Anschläge zwischen 1953 und 1979

bringen. Die Serie endete, als beim Anschlag auf das Volksabstimmungsmuseum in Völkermarkt die beiden Täter verletzt, gefasst und als UDBA-Mitarbeiter aus Slowenien identifiziert wurden.

Der Historiker Alfred Elste, der Einsicht in slowenische UDBA-Akten hatte, fand heraus, dass einige Attentate von Kärntner Slowenen ausgeführt wurden, die in Jugoslawien ausgebildet worden waren.

Es zeigt sich wieder einmal, dass der Kärntner „Ortsschilderkonflikt", der Streit um die Aufstellung zweisprachiger Ortstafeln in der Grenzregion, nicht einfach eine Groteske ist, wie das von Nichtkärntnern oft gesehen wird. Denn bereits 1918 hatte der neue südslawische Staat Anspruch auf weite Teile der Herzogtümer Kärnten und Steiermark erhoben und dann durch die „Pariser Vororte-Verträge", die Untersteiermark und kleine Teile Kärntens erhalten. Das ebenfalls besetzte Südkärnten samt Klagenfurt verblieb aber letztlich bei Österreich – nach einer durch die Abwehrkämpfer erzwungenen und im Oktober 1920 unter internationaler Aufsicht durchgeführten Volksabstimmung.

Nach dem Zweiten Weltkrieg begnügte sich der Tito-Staat nicht mit Vertreibung und Ermordung seiner deutschen Bevölkerungsgruppe, sondern erhob erneut Ansprüche auf Kärntner Gebiet (und auf Triest). Diese hatten nach dem Bruch mit Stalin 1948 zwar keine Chance mehr, geistern aber in manchen slowenischen Köpfen bis heute herum. Da sollte es nicht verwundern, dass die Kärntner bei allem, was mit der Grenze zu tun hat, besonders misstrauisch sind – so auch gegenüber der geplanten „Regionalisierung" in der EU. *Richard G. Kerschhofer*

Detroit soll schrumpfen

Obwohl die US-Konjunktur wieder anzieht, stehen mehrere US-Metropolen (noch) am Rand des Ruins

In den USA keimen Konjunkturhoffnungen, um 3,1 Prozent soll die Wirtschaft in diesem Jahr wieder wachsen. Doch es gibt noch viele dunkle Schatten. Einer davon ist die überaus ernste Finanzlage vieler Großstädte.

Die US-Wirtschaft scheint nach der langen Krise seit Herbst 2008 ein überraschendes Frühlingserwachen zu erfassen. Ist die Rezession vorüber, fragen sich die Experten verblüfft. Einige der von der Regierung Obama vor dem Bankrott geretteten Industrie- und Finanz-Giganten wie Intel oder die Großbanken Morgan Chase & Co. sowie Goldman-Sachs melden erste Gewinne und damit Rückzahlungen an Washington. Der Autoriese General Motors, noch 2008 mit 45,9 Milliarden Dollar verschuldet, konnte einen Gewinnanstieg im ersten Vierteljahr verzeichnen und will nun vorzeitig Schulden zurückzahlen. Die US-Bürger empfinden wieder Freude am Einkaufen und so zog auch der Umsatz im Einzelhandel gegenüber dem (miesen) Vorjahr deutlich an. Und wären nicht die landesweit noch bei 9,1 Prozent stagnierenden Arbeitslosenzahlen, könnte man sagen, so die Experten, die schlimmste Wirtschaftskrise seit 1930 sei vorüber.

Doch ganz so einfach ist die Sache nicht. Das erwartete Wachstum von 3,1 Prozent wäre für europäische Verhältnisse kräftig, doch die US-Bevölkerung wächst jährlich fast um 1 Prozent. Um soviel muss auch die Ökonomie real wachsen, um nur den Wohlstand zu halten. Und neben erheblichen Kreditproblemen bei den im Wert weiter sinkenden Gewerbeimmobilien (die *PAZ* berichtete) haben auch viele große Kommunen ein Problem: Amerikas berühmteste Städte, die Säulen des „American Dream“, stehen vor dem Bankrott. Los Angeles, New York und Detroit kämpfen nicht nur mit den Folgen der Rezession, sondern auch mit denen einer jahrelangen Spendierfreude der Regierenden.

„Am 5. Mai sind wir pleite“, verkündete vor zwei Wochen der Bürgermeister von Los Angeles, Antonio Villaraigosa, in einer erregten Sitzung mit dem Stadtrat angesichts eines Defizits von 212 Millionen Dollar im laufenden Finanzjahr, das im Juni endet. Er drohte mit weiteren Entlassungen bei den 4000 städtischen Angestellten, Abbau der meisten öffentlichen Dienstleistungen wie Büchereien und Parks sowie dem Stop von Straßenausbesserungen. Doch schon wenige Tage später erfuhren die geschockten Bürger von ihrem nun strahlenden Stadtoberhaupt, dass alles gerettet sei.



Banker ohne Job: Arbeitslose New Yorker hoffen, bei einer Jobmesse Arbeit zu finden

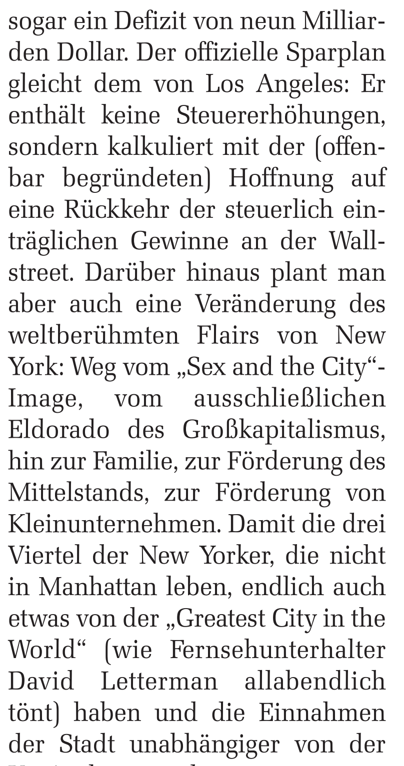
Foto: AP

Eine bislang verweigerte Zahlung von 73 Millionen Dollar des Elektrizitätswerks war nun zugesagt (gegen eine Erhöhung der Gebühren), hinzu kam eine unerwartete Steuerzahlung von 30 Millionen. Selbst Bundeskanzlerin Angela Merkel, auf Kurzbesuch in der Filmmetropole, bekam bei so vielen gegenläufigen Informationen einiges durcheinander. Bei einem Empfang im Getty-Museum bedauerte sie einen leitenden Angestellten des E-Werks: „Ich habe gehört, Ihr Unternehmen geht bankrott und die Stadt auch.“

Kreditfinanzierte Prestigebauten lähmen New York

„Wie bitte“, fragte der verblüfft. Schuld an der Fehlinformation war der Bürgermeister mit seinem Zickzackkurs, der nicht nur Merkel verwirrte. Die Medien nannten ihn bereits „Cirque du L.A.“. Doch die Finanzlage der Metropole bleibt angespannt, für das neue Finanzjahr wurde zunächst mit einem Defizit von über 400 Millionen Dollar kalkuliert. Ein rigider Finanzplan soll die Wende bringen. Er sieht die Kürzung weiterer 750 Stellen im Öffentlichen Dienst sowie einen Einstellungsstopp vor. 300 Millionen Dollar will die Stadt durch die „Neuordnung“ der Gehälter und Pensionen im Öffentlichen Dienst einsparen. Die Gewerkschaften stehen schon kampfbereit.

New York befindet sich in einer ähnlichen Krise, nur in weit größeren Proportionen. „Luxury City“ nannte Bürgermeister und Medien-Milliardär Michael R. Bloomberg verliebt seine Stadt und ließ Parks und Luxus-Appartmenthäuser, funkelnde Büro-Komplexe und Sport-Stadien bauen. Dann schlug die Rezession zu. Die Arbeitsplätze in Manhattan schmolzen dahin. Über 100 000 allein noch im Jahr 2009. Bergab ging es auch mit den großen Unternehmen und so brachen auch die gigantischen Steuereinnahmen, von denen New York lebte, massiv ein. Jetzt sah sich Bloomberg mit einem Defizit von 1,6 Milliarden für das laufende Finanzjahr, das in der Stadt im April begann, konfrontiert. Der gesamte Staat New York erwartet sogar ein Defizit von neun Milliarden Dollar. Der offizielle Sparplan gleicht dem von Los Angeles: Er enthält keine Steuererhöhungen, sondern kalkuliert mit der (offenbar begründeten) Hoffnung auf eine Rückkehr der steuerlich einträglichen Gewinne an der Wallstreet. Darüber hinaus plant man aber auch eine Veränderung des weltberühmten Flairs von New York: Weg vom „Sex and the City“-Image, vom ausschließlichen Eldorado des Großkapitalismus, hin zur Familie, zur Förderung des Mittelstands, zur Förderung von Kleinunternehmen. Damit die drei Viertel der New Yorker, die nicht in Manhattan leben, endlich auch etwas von der „Greatest City in the World“ (wie Fernsehunterhalter David Letterman allabendlich tönt) haben und die Einnahmen der Stadt unabhängiger von der Konjunktur werden.



Schließlich ist da die einstige Auto-Traumstadt Detroit, deren Bankrott kaum mehr aufzuhalten ist, ja sogar von Fachleuten angeraten wird, um einen Neuanfang zu starten. Detroit hat bei einem Budget von 1,6 Milliarden Dollar ein 446-Millionen-Defizit. Seine Bevölkerung ist von knapp zwei Millionen in den 1950er Jahren auf 900 000 zurückgegangen. Ganze Gebiete wirken entvölkert, Wohnhäuser stehen leer. Die Autoindustrie beherrscht Detroit noch immer. Aber schon vor der Rezession waren viele Arbeitsplätze ins Ausland abgewandert.

Nun soll ein neuer Plan der Washingtoner Denkfabrik Brookings Institution mit dem Motto „Shrink Detroit“ die marode Stadt einschrumpfen und verschönern. Parks und Sportanlagen wie auch Programme für Ausbildung, Sport, Unterhaltung und Jobvermittlung sollen die Bevölkerung von Innenstadt und Außenbezirken zusammenführen, neue Einwohner anlocken und das Geschäftsleben ankurbeln. Wenn alles gutgeht, steuert Präsident Obama 100 Millionen im Jahr bei, damit sich der Auto-Phoenix wieder als stolzer Vogel aus der Asche erheben kann.

Liselotte Millauer

KURZ NOTIERT

In die Tonne: „Wertpapiere“ im Nominalwert von 77 Milliarden Euro hat die WestLB an eine so genannte Abwicklungsbank übertragen. Diese „Bad Bank“ wurde im Dezember eingerichtet und erstmals um die Jahreswende mit „Auslagerungen“ von zusammen 11,7 Milliarden Euro in Anspruch genommen. Parallel dazu bekommt die Bank weitere drei Milliarden Euro vom Bankenrettungsfonds Soffin. *K.B.*

China überholt Deutschland: Erst hat das Reich der Mitte Deutschland den Rang als Exportweltmeister abgelaufen, nun übersteigt auch sein Einfluss bei der Weltbank den der Deutschen. Der chinesische Stimmenanteil beträgt nun 4,4 Prozent. Somit liegt Peking hinter den USA (18,5 Prozent) und Japan (6,8 Prozent) auf Platz drei. Deutschland folgt auf Platz vier mit vier Prozent. *Bel*

Brüssel will Normen vergeben: Das Deutsche Institut für Normung (DIN) wehrt sich gegen Versuche aus Brüssel, das Normungswesen EU-weit zu übernehmen. Das seit 1917 erfolgreiche, privatwirtschaftliche DIN findet das Argument, Normen seien bisher zu teuer, sollten deswegen künftig von Brüsseler Beamten kostenlos vergeben werden, nicht stichhaltig. So koste eine neue Norm einen Mittelständler derzeit gerade mal 2000 Euro. Und: „Solange Normen kosten, werden nicht zu viele davon geschaffen“, springt der EU-Abgeordnete Andreas Schwab (CDU) der DIN bei. *Bel*

Übermächtige Erzgiganten: Mit der Entscheidung der beiden australischen Bergbaugiganten BHP Billiton und Rio Tinto sowie ihres brasilianischen Konkurrenten Vale, ihre Erzpreise statt jährlich nun vierteljährlich anzupassen, sehen die deutschen Stahlproduzenten Zehntausende Arbeitsplätze in Gefahr. Allein in den letzten Monaten haben die drei Anbieter, die 70 Prozent des Weltmarktes bedienen, die Preise gut verdoppelt. BHP Billiton und Rio Tinto wollen zudem enger zusammenarbeiten, doch Kartellbehörden weltweit versuchen dies abzuwenden. *Bel*

Großes Gegengeschäft

Abkommen zwischen Kiew und Moskau – Politik und Wirtschaft

Der Ukraine steht ein heißer Frühling bevor. Am Dienstag kam es in der Rada, dem ukrainischen Parlament, zu heftigen Debatten, die mit Eierwürfen, Rauchbomben und Schlägereien endeten. An dem Tag sollte über das wenige Tage zuvor in Charkow geschlossene Abkommen über den Verbleib der russischen Schwarzmeerflotte auf der Krim bis zum Jahr 2042 abgestimmt werden. Am Ende stimmte die Rada mit zehn Stimmen Mehrheit zu. Wladimir Putin zeigte sich verwundert über die Aufregung, da nicht einmal Julia Timoschenko sich zuvor gegen den Verbleib der Schwarzmeerflotte in Sewastopol ausgesprochen habe. Es sei immer nur um den Preis gegangen. Und der kann sich sehen lassen: Moskau zahlt in den kommenden zehn Jahren 40 Milliarden US-Dollar Pacht aus dem Staatshaushalt und verpflichtet sich, die Stadt Sewastopol zu sanieren. Außerdem erhält die Ukraine 30 Prozent Preisnachlass für russisches Gas, zumindest solange sie den Flottenvertrag aufrecht erhält.

Die Opposition, zu der auch der Boxprofi Vitali Klitschko zählt, wirft Janukowitsch trotz dieser beachtlichen russischen Leistungen „Verrat, Ausverkauf und Aufgabe der Souveränität des Landes vor“. Janukowitsch habe sich Moskau unterworfen.

Wahr ist, dass dieses Tauschgeschäft auch politisch motiviert ist und die russischen Interessen über den Erhalt des Flottenstützpunktes, wo zur Zeit ohnehin nur noch einige schrottreife Schiffe stationiert sind, hinausgehen.

EU und USA begrüßen die Annäherung

Beim Treffen zwischen Janukowitsch und Putin wurde es konkret. Moskau strebt die Beteiligung russischer Staatskonzerne am ukrainischen Flugzeugbau, an der Metallindustrie und am atomaren Bereich an. Der gemeinsame Bau des schweren Frachtflugzeugs Antonow AN-124 wurde beschlossen sowie eine Beteiligung an einem Werk für Urananreicherung und am Werk Turbatom in Charkow. Russische Investoren sollen bereits Interesse an ukrainischen Unternehmen zeigen. Moskau fordert günstige Investitionsbedingungen für sie.

Janukowitsch blieb kaum Spielraum, die „strategische Partnerschaft“ mit Russland auszuschlagen. Die orangenen Revolutionäre Juschtschenko und Timoschenko hatten das Land wirtschaftlich an die Wand gefahren, noch bevor die Weltfinanzkrise zuschlug. Im Jahr 2009 ist die ukrainische Wirtschaft dann um 15,1 Prozent eingebrochen und konnte nur duch einen Milliardenkredit des Internationalen Währungsfonds vor dem Kollaps gerettet werden. Das Gasabkommen hilft dem Land nun zumindest kurzfristig aus der Klemme.

Während die russische Politik einen strategischen Erfolg verbuchen kann, schränkt das Abkommen langfristig die außenpolitischen Handlungsoptionen der Ukraine ein. Kiew kann sich nicht mehr als wichtiges Gas-Transitland der Abhängigkeit von Russland entziehen. EU und USA zeigen sich über die Annäherung der beiden Staaten zufrieden. Als Abnehmer sehen vor allem die Europäer durch das Ende der Streitigkeiten ihre Energieversorgung gesichert (siehe Kommentar auf seite 1). *M. Rosenthal-Kappi*

Kunden getäuscht?

US-Investmentbank im Visier – Goldman-Sachs als Präzedenzfall

Goldman-Sachs ist nicht irgendeine Bank. Wenn es um milliardenschwere Firmenübernahmen oder Fusionen geht, ist das New Yorker Haus Weltspitze. Mehr noch: Bei der Jagd nach dem schnellen Geld gilt Goldman der Konkurrenz als strahlendes Vorbild. Professoneller, vor allem aber skrupelloser als alle anderen.

Dies gilt auch für die Konstruktion jener komplizierten Finanzprodukte, so genannter Derivate, die die Milliarden scheinbar aus dem Nichts erschaffen. Oder auch vernichten, weshalb die Papiere als der Sprengsatz gelten, der aus den Zahlungsschwierigkeiten amerikanischer Hauskäufer erst jene Weltfinanzkrise hat werden lassen, in welche der Globus ab 2007 gestürzt ist.

Die US-Börsenaufsicht SEC hat nun Klage erhoben gegen Goldman-Sachs, weil das Haus eigene Kunden getäuscht habe. Das soll so gelaufen sein: Goldman konstruierte ein „Wertpapier“, das absichtlich aus faulen Krediten bestand, diente es seinen Kunden jedoch als hochwertige Anlage an. Gleichzeitig sollen die „Goldmänner“ einem anderen Kunden geraten haben, auf einen Einbruch des Papiers zu wetten. Das kann dadurch geschehen, dass man so genannte „Kreditausfallversicherungen“ erwirbt, die wie ein Wertpapier frei am Markt gehandelt werden. Dabei gilt: Je wackeliger der Kredit wird, desto wertvoller



Lloyd C. Blankfein Bild: pa

wird die Ausfallversicherung. Die Risikoeinschätzung entscheidet also, wie teuer die Versicherung ist, sprich: wie teuer sie am Markt gehandelt wird.

Während nun die gutgläubigen Kunden, darunter die deutsche Pleitebank IKB, das von Goldman geschnürte, auf Krediten basierende Wertpapier erwarben, kaufte ein anderer Kunde, auch auf Anraten von Goldman, die Kreditausfallversicherungen für das selbe Papier. Die waren zunächst billig, in dem Glauben, die Kredite seien sicher. Als dann herauskam, wie faul sie waren, verloren die Wertpapiere aus den Krediten rasant an Wert, während die Ausfallversicherungen sich im Preis vervielfachten. Der Vorwurf lautet nun: Goldman-Sachs habe einen Kunden getäuscht und gegen den anderen ausgespielt. Bankchef Lloyd Blankfein weist dies energisch zurück.

Hinter der Anklage steht nach allgemeiner Einschätzung der Versuch, den undurchsichtigen Praktiken von Investmentbanken wie Goldman-Sachs ein Ende zu bereiten. US-Präsident Barack Obama fürchte die Wut seiner Wähler, zumal die verhassten Banker schon längst wieder genauso hemmungslos zockten wie im Vorfeld der Krise.

Dabei ist die SEC-Klage nur der Aufhänger. Beobachter vergleichen den Fall mit dem Schicksal von Unterwelt-Legende Al Capone. Nicht seine Kapitalverbrechen, sondern eine simple Steuersünde brachte ihn hinter Gittern.

Hans Heckel

Entzaubert

Von Hans-Jürgen Mahlitz

Für Guido Westerwelle wird es unbequem. Der FDP-Chef, der sich im Herbst noch in Siegerpose feiern lassen konnte, hat es nicht verstanden, das Amt des Außenministers als Garant für höchste Sympathiewerte zu nutzen. Seine Steuerpläne hat er sich Stück für Stück vom vermeintlichen Wunschpartner CDU/CSU abhandeln lassen. Und seine deutlichen Worte in Richtung Sozialschmarotzer wurden zunächst in der veröffentlichten, dann auch in der öffentlichen Meinung zerfetzt.

Und nun droht ihm auch noch Konkurrenz in den eigenen Reihen. Der Kölner Parteitag, der die FDP auf das Nahziel NRW-Wahl, also die Fortsetzung der schwarz-gelben Koalitionen in Düsseldorf und Berlin, einstimmen sollte, hat stattdessen den Anfang vom Ende der innerparteilichen Alleinherrschaft Westerwelles eingeläutet. Sein Auftritt stand rhetorisch wie inhaltlich im Schatten der Rede des neuen Generalsekretärs Christian Lindner. Der 31-Jährige signalisierte unausgesprochen: Auch wenn Westerwelle mit 48 Jahren noch lange nicht zum „alten Eisen" zählt – mit ihm und dem 37-jährigen Philipp Rösler steht die Generation der Erben schon in den Startlöchern.

Gender-Quatsch

Von Rebecca Bellano

Wir wollen nicht länger Machos sein müssen, ...!" Äh hallo, mag man die Unterzeichner des Grünen Männer-Manifestes fragen, wie wollt ihr denn etwas nicht mehr sein, was ihr noch nie wart? Nach Machos sehen die Grünen-Nachwuchspolitiker wahrhaftig nicht aus und ihre Äußerungen erwecken ebenfalls nicht den Eindruck, als ob dem so wäre. Aber irgendwie muss man ja Aufsehen erwecken, und wenn man keine politischen Konzepte für die Zukunft hat, dann reanimiert man eben ein Thema, was weitgehend tot ist.

Oh ja, das Thema ist tot. Denn junge Frauen haben heute eher mit Weicheiern und Ich-bezogenen Konsumjunkies Kummer als mit Machos. Selbst bei den reiferen Semestern stellt der klassische Macho kein Massenphänomen dar, und um den Müll nicht rauszubringen, muss man auch kein Macho sein. Gut, unter den Mitbürgern südländischer Herkunft finden sich eindeutig Machos im herkömmlichen Sinne, doch die werden sich kaum vom Männer-Manifest der Grünen beeindrucken lassen.

Doch die Reaktion aus den eigenen grünen Reihen führt dazu, dass das Männer-Manifest plötzlich wieder charmant erscheint. Dort wird nämlich geklagt, dass die jungen Herren „leider noch in der Zweigeschlechtlichkeit" verharrten, so die genderpolitische Sprecherin Franza Drechsel. Ach herrje, schon fast war der Gender-Quatsch vergessen, doch halt stopp: Während die grünen Anti-Machos in Wirklichkeit keine Machos sind, ist Franza Drechsel eindeutig eine süße, junge Frau, ist also zu 100 Prozent selbst einem Geschlecht zuzuordnen. Tja so ist das, wenn Ideologie von der Realität konterkarriert wird.

Bescheidene Erpresser

Von Konrad Badenheuer

Viel Druckerschwärze wird derzeit vergossen über den griechischen Bankrott. Ein fataler Punkt wird dabei selten erwähnt: Der Euro hat die griechische Pleite nicht nur nicht verhindert, er hat sie ganz wesentlich mit verursacht. Genauso, wie die Gewährträgerhaftung das Fiasko der Landesbanken verursacht hat, weil sie bei (angeblich!) schlafender Bankenaufsicht zum Blankoscheck wurde.

Der Euro ist übrigens nicht widerlegt, er hatte und hat seinen Sinn. Widerlegt ist die Aufnahme von Ländern, die die Voraussetzungen für ihn nicht mitbringen. Für sie hat der Euro eine fatale Dynamik entfaltet: Die Finanzen Griechenlands waren schon seit langem schlecht, seine staatlichen Strukturen schwach und vielfach von Korruption zerfressen. Aber Athen ging darüber nicht pleite. Das ist jetzt geschehen, nicht obwohl, sondern gerade weil am Horizont die Mittel der EU standen, mit denen doch das Schlimmste abzuwenden wäre. Die Einladung zur Schuldenorgie wurde angenommen.

> Verantwortlichkeit muss auch exekutiert werden können

Warum hat man Griechenland nicht pleite gehen lassen, mit Wiedereinführung der Drachme? Die Verträge hätten es hergegeben, ja geradezu gefordert. Man hat es nicht getan, weil der Schaden für den deutschen Steuerzahler dann womöglich ähnlich groß gewesen wäre. Das klare Argument: Zusammen mit dem griechischen Staat gehen große deutsche Banken in die Knie, die dann für ähnliche Summen vom deutschen Steuerzahler gerettet werden müssten, wenn sie nicht ohnehin schon (halb)staatlich sind. Da wird das Drohen mit der eigenen Schwäche zum System. „Ihr wisst, dass ich schwach bin, aber wollt Ihr wirklich, dass ich kollabiere?", fragt der bescheidene und ehrliche Erpresser der Gegenwart.

Hier liegen die tiefsten Wurzeln der Finanzkrise in ihren unterschiedlichen Ausformungen: Es genügt nicht, Verträge zu haben, die es ermöglichen, Verantwortlichkeit – pardon – zu exekutieren. Die tatsächlichen Verhältnisse müssen so sein, dass diese Konsequenz dann auch gezogen werden kann. Die Lehman-Pleite war ja gerade der an sich völlig richtige Versuch, Verantwortung durchzusetzen, der aber zum Bumerang wurde, weil zu viele wechselseitige Abhängigkeiten bestanden.

Das ist denn auch die eigentliche Lehre aus dem Staatsbankrott im Südosten: Abhängigkeiten, die dazu führen können, dass nicht etwa Gläubiger schlechte Schuldner unter Druck setzen, sondern umgekehrt, dürfen gar nicht erst entstehen.

Hier ist in Sachen Hellas auch in Deutschland und in Brüssel noch vieles aufzuklären, denn an den jetzigen Rettungsaktionen verdienen auch außerhalb Griechenlands kaum weniger schlaue Akteure mit als an den Schuldenexzessen davor. Jenseits solcher Klärungen bleibt das Ausmisten Athener Sauställe eine Aufgabe, die – um im Bild zu bleiben – des griechischen Helden Herakles würdig wäre.



Defizitsammler an der Ägäis: Schon jetzt ist die griechische Schuldenpyramide äußerst instabil, doch gegen alle Vernunft sollen die anderen Euro-Länder und vor allem Deutschland noch einmal einen großen Batzen frisches Geld, also wieder neue Kredite, oben drauf geben.

Bild: OJO images

Gastbeitrag



Wahrheiten über Katyn und den »Guten Krieg«

Von PATRICK J. BUCHANAN

Die Enthauptung der polnischen Regierung, einschließlich von Präsident Kaczynski und der militärischen Führung, auf diesem Flug nach Smolensk zum Gedenken an das Masasaker von Katyn erinnert an die schrecklichen und tragischen Tage dessen, was viele immer noch den Guten Krieg nennen.

Nach russischen Berichten hat der polnische Pilot vier Anweisungen der Flugsicherung beiseite gewischt, er solle nach Moskau oder Minsk ausweichen. Der Flugplatz in Smolensk lag in dichtem Nebel. Es gibt Spekulationen, dass Kaczynski, voller Nationalismus und Misstrauen gegen die Russen, dem Piloten starrsinnig die Landung befohlen haben könnte, um nur nicht das Gedenken zum 70. Jahrestag von Katyn verschieben zu müssen.

Die Symbolik ist unentrinnbar. Denn es war polnischer Starrsinn gegenüber Adolf Hitlers Verlangen, über die Rückkehr von Danzig zu verhandeln, eine deutsche Stadt, die nach dem Ersten Weltkrieg polnischer Kontrolle unterstellt wurde, die letztlich den Hitler-Stalin-Pakt hervorbrachte, der nach Katyn führte.

Nachdem der deutsche Einmarsch am 1. September 1939 den Krieg entzündet hatte, griff Joseph Stalin Polen am 17. September von Osten her an und nahm dabei viele polnische Offiziere gefangen. Im April 1940 ermordete die sowjetische Geheimpolizei, der NKWD, nahezu die gesamte Führung der Nation, darunter 8000 Offiziere und fast doppelt so viele Intellektuelle und nichtmilitärische Führungskräfte. Etwa 4000 wurden mit hinter ihrem Rücken gefesselten Händen im Wald von Katyn erschossen.

Die Deutschen exhumierten die Toten 1943 und luden das Rote Kreuz zur Untersuchung vor Ort ein. Durch Zeitungen bei den Leichen wurde als Zeitpunkt der Grausamkeit ein Termin mehr als ein Jahr vor der deutschen Invasion der deutschen Armee in die Sowjetunion festgestellt.

Als polnische Patrioten, deren Söhne in der Schlacht um Großbritannien mit der Royal Air Force geflogen waren, an Winston Chruchill herantraten, er möge von Stalin Antworten über die Grausamkeit bekommen, wies er sie brüsk ab.

„Es hat keinen Sinn, um die drei Jahre alten Gräber von Smolensk herumzuschleichen", sagte der Große Mann. Auf Stalins Verlangen hin drängte Churchill die Polen rüde, die sowjetische Annexion all der polnischen Gebiete hinzunehmen, die Stalin als Lohn für die Unterschrift unter den Pakt mit Hitler bekommen hatte. In den Nürnberger Prozessen warf die sowjetische Delegation den Deutschen das Massaker vor, an ihrer Spitze stand Andrej Wischinskij, der Staatsanwalt, der in den Schauprozessen für Stalin die Drecksarbeit erledigte.

> Die Alliierten stellten sich gegenüber der grausamen Vertreibung blind

Für Amerikaner und Briten, die die Wahrheit kannten, war das ein Problem. Sie entzogen sich der Sache schlau, indem sie den Vorwurf ohne Entscheidung ließen.

Vor, während und nach den Nürnberger Prozessen, die die Nazis wegen „Verbrechen gegen die Menschlichkeit" für schuldig befinden sollten, wurde eines der größten Verbrechen gegen die Menschlichkeit aller Zeiten verübt. 15 Millionen Deutsche – alte Männer, Frauen und Kinder – wurden wie Vieh aus ihrer angestammten Heimat in Preußen, Pommern, Brandenburg, Schlesien und dem Sudetenland vertrieben.

Wie der Menschenrechts-Verfechter Alfred de Zayas in seinem mutigen Buch „Nemesis in Potsdam: Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten" schrieb, sind vielleicht zwei Millionen bei dem Exodus ums Leben gekommen. Nur wenige deutsche Frauen in Osteuropa entgingen der Vergewaltigung.

Die Alliierten stellten sich gegenüber der monströsen Grausamkeit blind und uralte Namen verschwanden. Aus Memel wurde Klaipeda, Preußen verschwand von der Landkarte, Königsberg, die Stadt Immanuel Kants, wurde Kaliningrad, Danzig Gdansk und Breslau Wroclaw.

„Die Deutschen haben es verdient, nachdem, was sie getan hatten", kommt der scharfe Einwand. Unbestreitbar waren die Nazi-Greuel zahlreich und grauenhaft – gegen Polen, Ukrainer, Russen, Juden. Und doch waren es unschuldige Deutsche, die den Preis für die Verbrechen schuldiger Deutsche zahlten.

Was in Ost- und Mitteleuropa zwischen 1939 und 1948 geschah, erbrachte den Wahrheitsbeweis, wenn es dessen noch bedurfte, für W. H. Audens Einsicht in seinem Gedicht „1. September 1939": „Die, denen Unrecht angetan wurde, verüben darum ihrerseits Unrecht."

Bei Kriegsende billigten Chruchill und Harry Truman die Repartriierung von zwei Millionen sowjetischer Kriegsgefangener, von denen doch keiner zurückkehren wollte. Denn Rückkehr nach Russland, das bedeutete den Tod am Endbahnhof oder ein kurzes, grausames Leben im Archipel Gulag. „Operation Keelhaul" war der Name, den die Alliierten dem Zusammenwirken mit der Roten Armee gaben, als sie diese von Todesangst erfüllten Kriegsgefangenen in die Hände eben der sowjetischen Schlächter auslieferten, die das Morden bei Katyn veranstaltet hatten.

> Die Westalliierten wollten Polen retten – das Ergebnis war seine Kreuzigung

Am 3. September 1939 erklärten Großbritannien und Frankreich Deutschland den Krieg, um die territoriale Integrität und die Unabhängigkeit Polens wiederherzustellen. Für dieses große Ziel machten sie aus einem deutsch-polnischen Zusammenprall, der drei Wochen dauerte – einen Weltkrieg von sechs Jahren. Wurde Polen dadurch gerettet? Nein. Es wurde gekreuzigt.

Als Folge eines Krieges, der eigentlich in ihrem Interesse begonnen wurde, kamen Millionen Polen – Juden ebenso wie Katholiken – ums Leben, das Massaker von Katyn wurde verübt, die Heimatarmee wurde vernichtet und die Nation litt unter fünf Jahren Naziherrschaft und fast einem halben Jahrhundert der kommunistischen Verfolgung.

Die heutige Tragödie ist, dass es Männer der Nachkriegsgeneration wie Lech Kaczynski waren, die den Glauben ihrer Väter bewahrten und Polen aus der Finsternis in das Sonnenlicht der Freiheit führten, die nun gestorben sind, als sie ihren Vätern die Ehre erweisen wollten, die Opfer eines der größten Verbrechen in diesem bisher blutigsten Jahrhundert der Geschichte geworden waren.

Der Autor ist US-amerikanischer Politiker, Journalist und Fernsehkommentator. Buchanan kandidierte mehrfach für das Amt des US-Präsidenten, zuletzt im Jahre 2000 für die Reform Party. Ursprünglich war er Republikaner, innerhalb der er 1992 und 1996 in Vorwahlen die Präsidentschaftskandidatur anstrebte.

Dieser Artikel erschien am 13. April 2010 unter dem Titel „Katyn and ‚The Good War'" in zahlreichen US-amerikanischen Zeitungen. Die Bezeichnung „The Good War" für den Zweiten Weltkrieg basiert auf einer mit dem Pulitzer-Preis ausgezeichneten „Oral History"-Dokumentation des Historikers Studs Terkel aus dem Jahre 1984, die unter diesem Titel erschienen ist. Das im Artikel erwähnte Buch von Alfred-M. de Zayas trägt in der deutschen Fassung den Titel „Die Nemesis von Potsdam – Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen", 14. Auflage, München 2005. Wie immer bei Gastbeiträgen müssen die geäußerten Ansichten nicht in jedem Falle mit denen von Redaktion und Herausgeberin übereinstimmen. Übersetzung von Konrad Badenheuer.

Die Inselwelt der Königin

Ein Ausstellungsexperiment präsentiert auf der Berliner Pfaueninsel Positionen zeitgenössischer Kunst

Moderne Kunst und die preußische Königin Luise (1776–1810) – ist das vereinbar? Dieser Frage geht ein Ausstellungsexperiment der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg nach, das jetzt auf der Pfaueninsel erlebbar ist.

Sechs zeitgenössische Künstler spüren den Sehnsüchten und Wünschen der Königin Luise nach und ermöglichen durch ihre Werke einen neuen Blick auf die wechselvolle Geschichte der zum Unesco-Welterbe gehörenden Pfaueninsel und des preußischen Königshauses. „Die Pfaueninsel ist Teil der Legenden um die ‚bürgerliche‘ Königsfamilie und Ort des Gedenkens an die Königin“, so die Veranstalter. „Gleichzeitig ist sie ein Ort preußischer Geschichte, den zahlreiche Besucher aus europäischen Fürstenhäusern betraten. Die Verknüpfung von internationaler Gegenwartskunst mit den auf der Insel vorhandenen kulturhistorischen, politischen und naturwissenschaftlichen Themen bietet den Besuchern eine einzigartige Mischung aus Bildung und Kunst.“

»Einzigartige Mischung aus Bildung und Kunst«

Zu sehen (und zu nutzen) ist unter anderem eine von Christian Engelmann geschaffene Parkbank vor dem Kavaliershaus. Wer dort Platz nimmt, darf nicht überrascht sein, wenn die Bank ihn nach einer Minute sanft, aber bestimmt abwirft, schließlich heißt das Projekt „max. 1 Minute“. So soll man sich mit der eigenen Wahrnehmung von Zeit auseinandersetzen. Auch der aus Spanien stammende Fotograf Joan Fontcuberta zeigt Sinn für Humor. Er hat mit surrealen Fotos, Röntgenaufnahmen und pädagogisch aufbereiteten Texten den erstmals für Besucher geöffneten Innenräumen der Volière mit den seltsamsten Tieren, meist aus der Vogelwelt, bestückt. Sie stammen aus der Sammlung des fiktiven Professors Ameisenhaufen. Michael Lukas, der gleichzeitig auch Kurator der Ausstellung ist, hat für die Liegewiese zwischen Kavalierhaus und Acker eine freie künstlerische Umsetzung des hochwertigen Parkettbodens aus dem Saal des Schlosses auf der Pfaueninsel geschaffen. Martin Weimar hat sich an die Vorliebe der Königin für Hortensien erinnert und den Luisentempel Raum füllend mit den Pflanzen bestückt.

Die Ausstellung „entwickelt ein vielschichtig gegliedertes System des Wissens und spürt durch gezielt gesetzte Positionen einer individuellen Wahrnehmung der Inselwelt nach, eine Welt, die sich sowohl aus historischen Überlieferungen als auch aus zeitgenössischen Interpretationen der beteiligten Künstler zusammensetzt“, erklärt die Kastellanin der Pfaueninsel, Susanne Fontaine.

Auf einem Inselrundgang entdecken die Besucher insgesamt 18 Orte künstlerischer Interventionen. In leuchtendem Orange laden verschieden geformte Sitzbänke zur Rast ein. Wer hier verweilt, kann über das eigene Mobiltelefon Toncollagen abrufen. Unter der Regie von Christian Schult werden Themen wie „Spiele und Feste“, „Luise und der Krieg“ und „Ferne Welten“ zu einem „Kino im Kopf“.


Ein schönes Paar: Friedrich Wilhelm III. mit seiner Gemahlin Luise im Garten von Schloss Charlottenburg (Gemälde von F. G. Weitsch, 1799) Bild: Jörg Anders / SPSG

Auch Naturfreunde kommen auf ihre Kosten. Die Insel, die während der Teilung der Stadt nur vom Westen zu erreichen war, ist Fauna-Flora-Habitat-Gebiet der Europäischen Union und stellt eine architektur-, kultur- und gartengeschichtliche Einzigartigkeit dar, in der sich Einflüsse aus aller Welt in zuweilen bizarrer Exotik mischen.

Fremdländische Pflanzen, Tiere und Bauten versetzen den Besucher in ferne Zeitalter und Regionen. Nach englischen und französischen Vorbildern wurden ab 1794 unter Friedrich Wilhelm II. das Lustschlösschen und die Meierei errichtet. In Anlehnung an das antike Rom wurde ein Schöpfbrunnen als Tempelruine en miniature verkleidet.

Exotisch wird es im otaheitischen (Otaheiti = Tahiti) Kabinett, eine runden, als Bambushütte ausgemalten Turmzimmer im Schloss. Auch mit der holländischen Küche, dem Schweizerhaus und dem italianisierend gestalteten Lamahaus erfreute man die Besucher.

König Friedrich Wilhelm III. und Königin Luise bereicherten die Insel mit Viehbestand und Felderwirtschaft im Sinne der agrarreformerischen Ideen um 1800. Sie hatten dazu die Unterstützung des 1752 in Celle geborenen Albrecht Daniel Thaer in Anspruch genommen, der als Begründer der Agrarwissenschaft gilt. Nach dem Tod Luises wurde die Insel zum Gedenkort und von dem Gartenkünstler Peter Josef Lenné in einen Landschaftspark umgewandelt.

Das 1880 abgebrannte Palmenhaus galt als einmalige Sehenswürdigkeit im kontinentalen Europa. „Berlins erster Zoo“ wurde schon damals regelmäßig dem bürgerlichen Publikum geöffnet. Eine Vielzahl heimischer und exotischer Tiere bevölkerte die Insel. Heute sind es die Pfauen, die der Insel ihren Namen gegeben haben und die ihr immer noch ein exotisches Gepräge geben.

„Im Zusammenklang von künstlerischen Positionen und wissenschaftlicher Aufbereitung entsteht ein innovativer Ansatz kultureller Vermittlung, der gleichermaßen an moderner Kunst wie an Kulturgeschichte interessierte Besucher sowie Garten- und Naturliebhaber anspricht“, erläutern die Verantwortlichen ihr Konzept. „Die historischen Phänomene der Insel spiegeln sich in deren neuer Funktion als interkultureller Ort des Lernens, des Spiels und der Begegnung.“ *Silke Osman*

Nach dem Tod der Königin wurde die Insel zum Gedenkort

Die Präsentation „Luise – Die Inselwelt der Königin“ auf der Pfaueninsel ist vom 1. Mai bis zum 31. Oktober zu erleben, Mai bis August täglich von 8 bis 21 Uhr, September bis Oktober von 9 bis 19 Uhr. Das Schloss ist dienstags bis sonntags von 10 bis 18 Uhr geöffnet, die Parkgebäude und die Meierei von 10 bis 17 Uhr, Eintritt (Inselticket) 5 / 4 Euro. Zur Ausstellung erscheint eine Broschüre, Herausgeber Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg, 120 Seiten mit zahlreichen Farbabbildungen, 9,95 Euro.

IN KÜRZE

Königin Luise im Film

Sie wurde geliebt und verehrt wie kaum eine andere Frau der Geschichte. Maler und Bildhauer verewigten Königin Luise von Preußen in den unterschiedlichsten Darstellungen. Kein Wunder, dass auch das Medium Film sich ihrer annahm. Eine Ausstellung im Filmmuseum Potsdam zeigt im Luisen-Jahr filmische Porträts der Preußenkönigin. 1912 erschien Luise zum ersten Mal auf der Leinwand. 1927/28 kam ein Zweiteiler mit Mady Christians in der Hauptrolle heraus, der sie als Mensch und nicht als Heilige zeigte. 1931 bekam Luise ein besonders Gesicht: Die damals umjubelte Henny Porten hatte die Titelrolle übernommen.


Henny Porten Bild: FMP


Ruth Leuwerik Bild: FMP

Publikumsliebling der 50er Jahre Ruth Leuwerick verkörperte eine zauberhafte Luise in einem Streifen von 1957. In der Verfilmung der Fontane-Novelle „Schach von Wuthenow“ spielte Gertrud Kückelmann 1966 eine Luise mit ondulierter Turmfrisur und schickem Strickkleid. Den Weg bis zur Darstellung der Luise Bähr, die eine aufgeweckte junge Königin in der Arte-Dokumentation verkörpert, kann man in der Potsdamer Ausstellung auf unterhaltsame Weise verfolgen. os


Luise Bähr Bild: Looks

Die Ausstellung „Luise, Königin der Herzen“ im Filmmuseum Potsdam, Marstall, Breite Straße, ist bis zum 24. Oktober dienstags bis sonntags von 10 bis 18 Uhr zu sehen.

Galerie der Meisterwerke

Germanisches Nationalmuseum ordnete seine Schausammlung neu

In Zeiten knapper Kassen überlegt sich so mancher Museumsdirektor, wie er Publikum in sein Haus locken kann. Große Ausstellungen, die immer noch Zugpferde sind, erweisen sich meist als zu kostspielig, als dass man jedes Jahr etwas Neues zeigen könnte. So greift man jetzt vermehrt auf eigene Bestände zurück oder präsentiert die alten Sammlungen in neuem Licht.

Ein hervorragendes Beispiel ist das Germanische Nationalmuseum in Nürnberg. Mit seinen Schätzen wie dem „Erdapfel“ des Martin Behaim, den Kaiserbildern Albrecht Dürers, den großartigen Schöpfungen der deutschen Renaissancekunst von Lucas Cranach, Hans Baldung Grien und Albrecht Altdorfer oder der „Nürnberger Madonna“ stellt es ohnehin viele andere Häuser in den Schatten. Nun sind in Nürnberg diese Schätze der Renaissance, des Barock und der Aufklärung neu geordnet worden. Die Kunst und Kultur des 16. bis 18. Jahrhunderts ist in 33 neu gestalteten Räumen, ausgestattet mit modernster Technik, zu sehen und zu erleben. Die etwa 1000 Kunstwerke wurden aufwendig restauriert und wissenschaftlich untersucht, bevor sie in die neuen Räume einziehen durften. „Mit Blick auf aktuelle Fragestellungen der Forschung verfolgt die Ausstellung einen kulturhistorischen und damit gattungsübergreifenden Ansatz“, so die Verantwortlichen in Nürnberg. „Sie umfasst Werke aus allen Sammlungsbereichen des Museums: Dazu zählen neben Gemälden und Skulpturen auch Glasgemälde, Kunsthandwerk, Möbel, Musikinstrumente, Medaillen, Textilien und Schmuck.“

Andere Häuser in den Schatten gestellt

Die Meisterwerke erscheinen in ihrem kulturgeschichtlichen Kontext. Im Dialog der Künste werden Themen wie Sammeln und Repräsentieren, Antikenrezeption und Naturstudium lebendig, wie auch die Wechselwirkung von Kunst und Glauben sowie das sich wandelnde Bild vom Menschen. Nicht zuletzt werden auch unsere kulturellen Wurzeln deutlich. *os*

Geöffnet dienstags bis sonntags von 10 bis 18 Uhr, mittwochs von 10 bis 21 Uhr, Eintritt 6/4 Euro. Zur Neuordnung erschien ein Katalog mit Texten zur Schausammlung, 564 Seiten, 650 farbige Abbildungen, 49 Euro im Museum, 65 Euro im Buchhandel.


Germanisches Nationalmuseum Nürnberg: Blick in den neugestalteten Saal mit Kunstwerken des Barock Bild: F. Boxler / GNM

Cosima

Oper von Siegfried Matthus in Potsdam

Anfang Mai gastiert das Staatstheater Cottbus im Potsdamer Hans-Otto-Theater mit der Oper „Cosima“ des aus Ostpreußen stammenden Komponisten Siegfried Matthus. Mit von der Partie sind Sänger der Kammeroper, deren künstlerischer Leiter Matthus ist. In dieser Inszenierung von Martin Schüler übernahm Hubert Wild als Gast die Rolle des Königs Ludwig. Der Bariton gehört zu den gestandenen „Rheinsberger Sängerkindern“. Im Jahr 2000 hatte er die Titelpartie in Mozarts „Hochzeit des Figaro“ gesungen. Derzeit ist er am Landestheater Salzburg engagiert.

„Cosima – Opernfragmente von Friedrich Nietzsche über Cosima Wagner, rekonstruiert und durch eine Rahmenhandlung ergänzt von Siegfried Matthus“ – so lautet der vollständige Titel des Werkes, das 2007 in Braunschweig und Gera uraufgeführt wurde.

Es geht um Cosima Wagner, diese außergewöhnliche Frau, und Friedrich Nietzsche, den genialischen Philosophen. Durch eine Oper, die Friedrich Nietzsche in der Jenaer Nervenklinik schreibt, droht höchste Gefahr für Bayreuth. Um sie abzuwenden, schreckt Cosima auch vor Mord nicht zurück. Ihr gelingt das perfekte Verbrechen, denn sie tötet Nietzsche mit Passagen aus Wagners „Parsifal“, die der kranke Denker nicht erträgt. Die Musik der Oper klingt nach Wagner und nach Bizets „Carmen“. Das verwundert kaum, schließlich fand Nietzsche nach dem Bruch mit Wagner in Bizet ein neues Komponisten-Idol.

Mit Wagners Musik Nietzsche getötet

Die musikalische Leitung hat Marc Niemann übernommen; Regie führt Martin Schüler; das Bühnenbild entwarf Dieter Richter, die Kostüme Henrike Bromber. Es spielt das Philharmonische Orchester des Staatstheaters Cottbus. *PAZ*

Aufführungen am 30. April, 19.30 Uhr, und am 2. Mai, 17 Uhr, Hans-Otto-Theater Potsdam (Neues Theater), Schiffbauergasse 11

Manstein gelang, woran Schlieffen scheiterte

Der blitzkriegartige Westfeldzug begründete Adolf Hitlers kurzlebigen Nimbus als großer Feldherr

Was dem deutschen Westheer 1914 bis 1918 trotz riesiger Anstrengungen nicht gelungen war, erreichte die Wehrmacht in überlegener Kampfführung, unter erstaunlich geringen Verlusten in nur sechs Wochen. Vom 10. Mai bis zum 25. Juni 1940 überrannten die Deutschen Frankreich und die Benelux-Länder, wobei sie ein britisches Expeditionskorps in die Flucht schlugen.

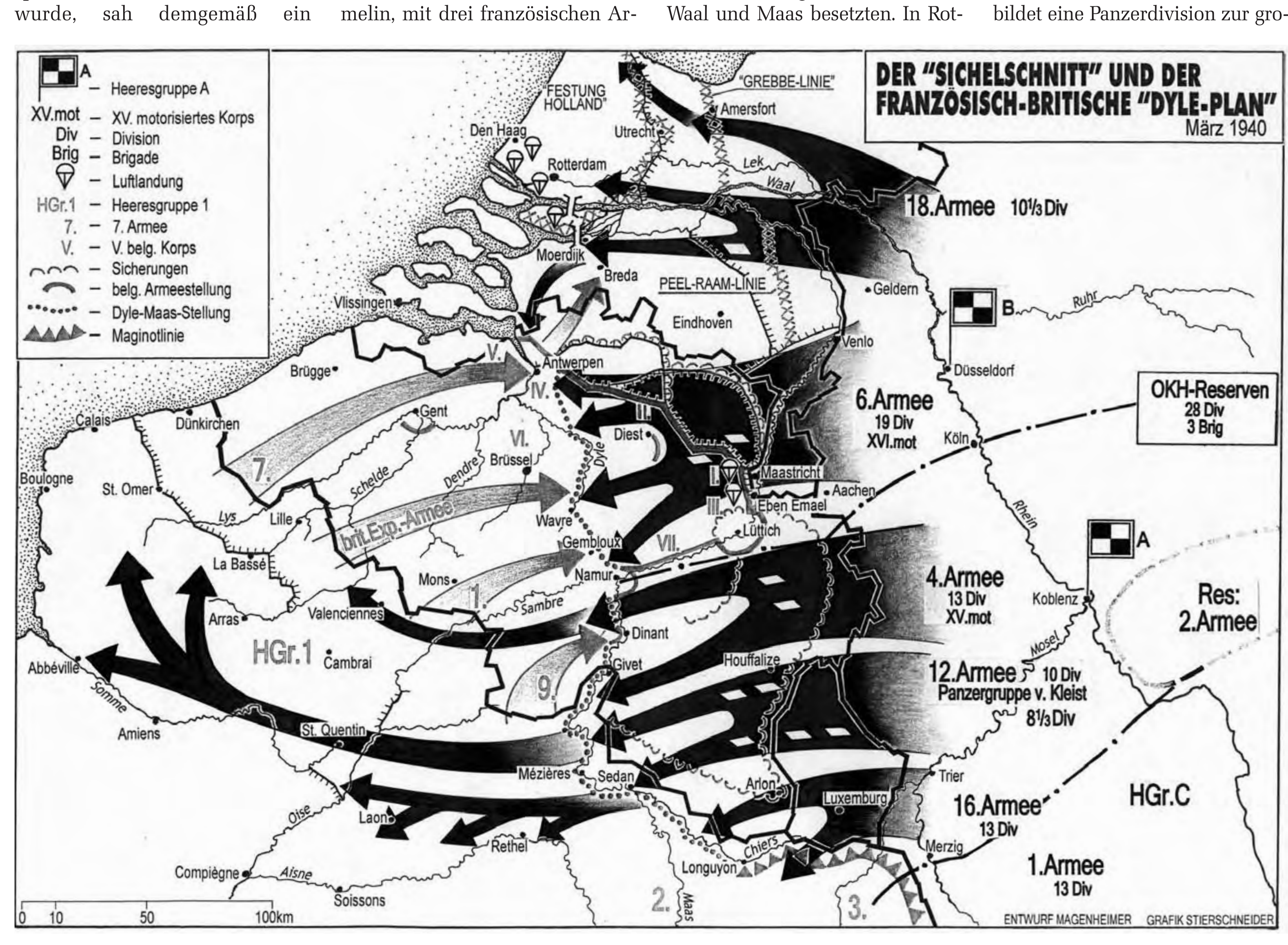
Nach dem Sieg über Polen trachtete die oberste deutsche Führung zunächst, noch im Herbst 1939 die Westmächte anzugreifen, um möglichst bald eine Kriegsentscheidung herbeizuführen. Doch der Generalstab des Heeres verwies auf verschiedene Mängel, die in den ersten Kriegswochen zutage getreten waren, sowie auf die schlechte Wetterlage, die den Einsatz der Panzerverbände stark einschränken würde. Darüber kam es zu Spannungen zwischen Adolf Hitler und dem Generalstab, der zwar eine Aufmarschanweisung an das Westheer erließ, aber gegen eine frühzeitige Offensive opponierte. Der für 12. November 1939 angesetzte Angriff wurde abgesagt und immer wieder verschoben, insgesamt 29-mal.

Ein Grund dafür lag darin, dass im Januar 1940 ein Kurierflugzeug in Belgien notgelandet war mit wertvollen Dokumenten an Bord, denen der Gegner den deutschen Operationsplan entnehmen konnte. Da nun die Alliierten den Aufmarsch kannten, dessen Schwergewicht ähnlich dem Schlieffenplan des Ersten Weltkrieges auf dem Nordflügel gegenüber Belgien lag, war die Chance der Überraschung vertan. Da stieß Hitler auf den Plan des Generals Erich v. Manstein, des Stabschefs der Heeresgruppe A. Dieser legte den Schwerpunkt auf den Südflügel der Angriffsfront, setzte die Masse der Panzerverbände über die Ardennen hinweg zur Überwindung der Maas zwischen Dinant und Sedan ein und ließ diese dann bis zur Kanalküste vorstoßen. Da er kalkulierte, dass die Franzosen und Briten den Belgiern zu Hilfe eilen würden, musste der Vorstoß den vorgerückten Gegner von Süden her abschneiden. Hitler ließ sich von Manstein unterrichten, stimmte zu und gab Weisung, den Aufmarsch entsprechend zu ändern.

Der neue Aufmaschplan, der später als „Sichelschnitt“ bekannt wurde, sah demgemäß ein Schwergewicht im Rahmen der Heeresgruppe A vor: Sieben Panzerdivisionen hatten durch die waldreichen Ardennen bis zur Maas vorzudringen, diese zu überschreiten und bis zur Küste durchzustoßen. Dann sollten die Panzerkräfte nach Norden einschwenken und den eingeschlossenen Gegner vernichten. Die Schwierigkeiten in den Ardennen wurden aufgewogen durch den Vorteil, dass der Gegner dort den Angriff nicht erwartete. Es handelte sich um einen äußerst kühnen Plan, der alles auf die Karte von Schnelligkeit und Überraschung setzte.

Demgegenüber planten die Alliierten unter General Maurice Gamelin, mit drei französischen Armeen und der britischen Armee im Fall der deutschen Offensive in Belgien einzurücken und die sogenannte „Dyle-Stellung“ zu beziehen, die von Antwerpen entlang der Dyle nach Namur verlief. Dort sollte der erwartete Angriff der Deutschen zurückgeschlagen werden.

Der Offensive des Heeres am Morgen des 10. Mai gingen schwere Schläge der Bomber- und Stukageschwader voraus. Innerhalb einer Woche hatten die Deutschen die Luftüberlegenheit erkämpft. In den Niederlanden fiel die Entscheidung innerhalb weniger Tage durch das Zusammenwirken von Fallschirm- und Panzertruppen, die die wichtigen Brücken über Waal und Maas besetzten. In Rotterdam kam es am 14. Mai zu einem verheerenden Luftangriff, da der Funkspruch, der nach der Kapitulation der Verteidiger den Abbruch des Angriffs befahl, das anfliegende Geschwader nicht erreichte. Die Altstadt wurde schwer getroffen, und rund 900 Menschen starben. Hierauf streckte die niederländische Armee am 15. Mai die Waffen.



Während die Deutschen in Belgien und Luxemburg vordringen, besetzen die Alliierten die Dyle-Stellung, müssen sie aber bald wieder räumen. Die Entscheidung fällt, wie vorgesehen, in den Ardennen und an der Maas. Die Panzergruppe v. Kleist stößt ohne Rast an die Maas vor, und am 13. Mai bildet eine Panzerdivision zur großen Überraschung des Gegners einen Brückenkopf bei Sedan. Zwei Tage später gelingt der Durchbruch. Der mächtige Panzerkeil setzt seinen Angriff in Richtung Kanalküste fort und zerschlägt alle Truppen, die noch Widerstand leisten.

Auf der Gegenseite herrscht Katastrophenstimmung. Die französische Führung hat sich durch die deutschen Vorstöße auf dem Nordflügel täuschen lassen und den Schwerpunkt im Süden übersehen. Am 16. Mai erkennt Gamelin, dass die in die Front gerissene Lücke nicht mehr zu schließen ist. Seine Befehle gehen ins Leere, während seine Truppen ständig zurückweichen. Ministerpräsident Paul Reynaud beschwört Winston Churchill, alles Entbehrliche nach Frankreich zu werfen, doch wäre jede Hilfe zu spät gekommen, denn Gamelin gibt die Schlacht bereits verloren.

Als die deutschen Panzerspitzen am 20. Mai die Mündung der Somme erreichen, sind alle Truppen des Gegners, die nördlich davon stehen, abgeschnitten. Neben den Belgiern sitzen über 400 000 Briten und Franzosen in der Falle. Was nun folgt, ist das „Wunder von Dünkirchen“, das auf einer Kette von Fehleinschätzungen beruht. Der Oberbefehlshaber der gegen die Kanalhäfen vorrückenden Kräfte, Gerd v. Rundstedt, schlägt am 24. Mai eine Pause zur Auffrischung der Panzertruppen vor, und Hitler ist einverstanden. Der Sieg scheint nämlich bereits errungen. Der Haltebefehl wird zwar zwei Tage später aufgehoben, aber diese Frist genügt den Briten, um sich auf Dünkirchen abzusetzen. Obwohl die Luftwaffe schwere Angriffe fliegt, kann sie die Evakuierung von 338 000 Engländern und Franzosen nicht verhindern.

Am 5. Juni eröffneten die Deutschen die „Schlacht um Frankreich“, die nach tiefen Durchbrüchen mit der Gefangennahme der französischen Hauptkräfte in Ostfrankreich endete. Der Waffenstillstand vom 22. Juni erlegte den Besiegten relativ milde Bedingungen auf. Doch wider jede Erwartung setzte England den Widerstand fort, obwohl sich seine Lage zugespitzt und es keinen Verbündeten mehr hatte. So eindrucksvoll der Sieg im Westen auch war, die deutsche Führung fand keine Mittel, Großbritannien zum Einlenken zu bringen. Sie hatte keine Kriegsbeendigungsstrategie.

Heinz Magenheimer

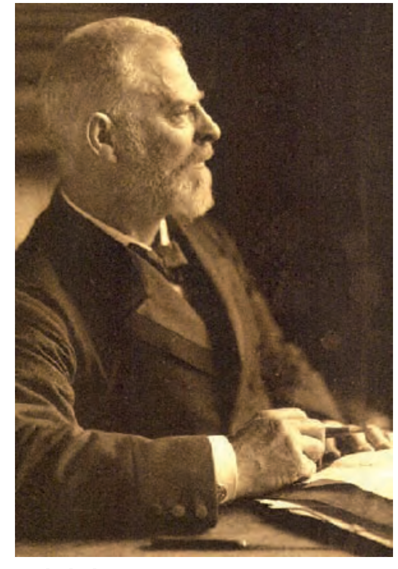
»Königlicher Kaufmann«

Adolph Woermann war der größte Privatreeder seiner Zeit

Das größte Bismarck-Denkmal steht in Hamburg. Dennoch war das Verhältnis zwischen dem ostelbischen Preußen und den Hanseaten beziehungsweise deren kaufmännisch geprägter Führungsschicht nicht ungetrübt. Der Eiserne Kanzler wünschte eine starke Zentralgewalt in Berlin; die Führung des Bundesstaates Hamburg hingegen wollte möglichst viele Rechte aus der Zeit des Deutschen Bundes wahren. Der konservative preußische Ministerpräsident wünschte einen starken, paternalistischen Staat; die liberalen hanseatischen Kaufleute hingegen zogen einen so genannten Nachtwächterstaat vor, der sich nicht in ihre Geschäfte einmischte.

Eine namhafte Ausnahme in der hanseatischen Kaufmannsphalanx stellte der „königliche Kaufmann“ Adolph Woermann dar. Er versuchte, sich die Protektion des Staates für seine Geschäfte zunutze zu machen, und wurde damit zum natürlichen Verbündeten Bismarcks.

Während dessen Kanzlerschaft, im Jahre 1880, übernahm der am 10. Dezember 1847 in Hamburg geborene Adolph Woermann das Kaufmanns- und Reederunternehmen C. Woermann seines in jenem Jahr verstorbenen Vaters. Drei Jahre später verfasste er eine Denkschrift, in der er vom Reich eine aktive Kolonialpolitik forderte. Er setzte durch, dass sich die Handelskammer seiner Vaterstadt diese Position zueigen machte und bearbeitete Bismarck in diesem Sinne auch in einem persönlichen Gespräch. Dass Deutschland 1884 Kolonialmacht wurde, ist nicht zuletzt auch sein Werk. Er engangierte sich mit seinem Unternehmen in Kamerun, das 1884 unter den Schutz des Reiches gestellt wurde. An der Berliner Kongokonferenz von 1884/85 nahm er als Sachverständiger teil.


Adolph Woermann Bild: Wikipedia

1885 gliedert er die Schiffe seines Unternehmens in die „Afrikanische Dampfschiffs-Aktiengesellschaft“ aus, die sogenannte „Woermann-Linie“. 1890 gründet er mit anderen Hamburger Kaufleuten und mehreren deutschen Banken die „Deutsche Ost-Afrika-Linie“. Sie ließ sich vom Staat mit jährlich 900 000 Mark den Betrieb einer Dampfschifffahrtslinie nach Ostafrika subventionieren. Woermann stellte zwar nur zweieinhalb Prozent des Gründungskapitals, wurde aber aufgrund seiner Erfahrungen im Afrikageschäft Aufsichtsratsvorsitzender.

Woermanns Neigung, mit dem Staat oder dessen Hilfe Geschäfte zu machen, kostete den „königlichen Kaufmann“ schließlich beinahe seinen guten Ruf. So wurde ihm vorgeworfen, das Monopol seiner Woermann-Linie auf der Strekke nach Südwestafrika während des Herero-Aufstandes von 1904 schamlos ausgenutzt zu haben. In Wirklichkeit hatte Woermann beim Militärtransport Verluste geschrieben, beim preußischen König und Deutschen Kaiser fiel er wegen des Verdachts dennoch in Ungnade.

1910 zog sich Woermann aus dem aktiven Geschäft auf seinen Landsitz Grönwohld bei Trittau zurück. Dort starb er am 4. Mai 1911.

Manuel Ruoff

Aufklärer im Kalten Krieg

Abgeschossen: Die Sowjets holten Gary Powers U-2 vom Himmel

Mein Gott, ich bin getroffen“, rief Gary Powers am 1. Mai 1960, als sein Aufklärungsflugzeug Lockheed U-2 von einer russischen Flugabwehrrakete S-75 (SA-2 „Guideline“) abgeschossen wurde. Powers beschrieb den Vorgang weiter: „Plötzlich und unerwartet hörte ich eine Explosion und sah einen orangefarbenen Blitz. Das Flugzeug neigte sich nach vorn, das Höhenruder war defekt.“ Der US-Pilot gab bei seiner Gefangennahme an, seine Maschine sei ein Wetterflugzeug und er wegen Sauerstoffmangels zufällig in den Luftraum der Sowjetunion eingedrungen. Er war in Nordpakistan gestartet und über Afghanistan kommend das Uralgebirge entlang geflogen und bei Jekatarinburg (damals Swerdlowsk) von der Rakete getroffen worden. Sein Triebwerk hatte Schwierigkeiten gemacht und so hatte die U-2 Höhe verloren und war für die sowjetische Flugabwehrrakete erreichbar geworden.

Powers’ U-2 war nicht der erste und auch nicht der letzte US-Aufklärer, der abgeschossen wurde, aber Sowjetchef Nikita Sergejewitsch Chruschtschow hielt die Gelegenheit für gekommen, einen politischen Schauprozess im Säulensaal des Hauses der Gewerkschaften in Moskau in Szene zu setzen. Im Beisein der internationalen Medien wurde der Pilot zu einer langjährigen Haftstrafe verurteilt, aber schon wenige Jahre später, am 10. Februar 1962, wurde er gegen den sowjetischen Spitzenspion Rudolf Iwanowitsch Abel auf der Glienicker Brücke zwischen Potsdam und Berlin ausgetauscht. Powers arbeitete später beim Hersteller der U-2 als Testpilot. 1976 nahm er eine Beschäftigung als Hubschrauberpilot beim kalifornischen Fernseh-

Bis heute spionieren die USA mit der U-2

sender K-NBC an. Powers kam 1977 ums Leben, als sein Hubschrauber bei Los Angeles abstürzte. Er wurde auf dem Nationalfriedhof Arlington beigesetzt.

Im Gegensatz zu Powers ist die U-2 noch heute im Dienst der US-Luftwaffe. Ihre Geburtsstunde schlug, als die United States Air Force 1952 einen Wettbewerb für einen strategischen Höhenaufklärer ausschrieb. Die Firmen Bell, Fairchild, Martin und Lockheed beteiligten sich. Der Lockheed-Entwurf wurde ausgewählt und erhielt die Bezeichnung „U-2“.

Bemerkenswerterweise ähnelte der Lockheed-Entwurf dem deutschen Höhenaufklärer DFS 228, von dem die US-Amerikaner im Mai 1945 einen Prototyp erbeutet hatten. Die U-2 wurde jedoch nicht von einem Raketen-, sondern einem Düsentriebwerk fortbewegt. Sie konnte auf eine maximale Flughöhe von 27 000 Meter Höhe steigen. Vor dem Powers-Flug waren bereits rund 150 U-2-Flüge über der Sowjetunion durchgeführt worden. Ab Mai 1960 verkauften die Lockheed-Werke einige U-2-Flugzeuge an die taiwanesische Luftwaffe. Über der Volksrepublik China führte nun nicht mehr die US Air Force Aufklärungsflüge durch, sondern ihre Verbündeten.

Bereits ab Sommer 1960 benutzten die Vereinigten Staaten zusätzlich zur U-2 die Satellitenaufklärung. Schließlich wurde die U-2 von der ebenfalls von Lockheed gebauten und 1966 in Dienst gestellten SR-71 „Blackbird“ abgelöst. Seitdem den USA jedoch durch das Ende des Kalten Krieges der ebenbürtige Gegner UdSSR abhanden gekommen ist, setzt ihre Luftwaffe gegen Länder mit schwacher Luftabwehr wieder die kostengünstigere U-2 statt der SR-71 ein.

Hans Lody

Wie Preußen souverän wurde

Vor 350 Jahren endete der Nordische Krieg mit dem Friedensvertrag von Oliva – Zusammenspiel der Großmächte

Als Folge einer Schaukelpolitik im Nordischen Krieg, dem sogenannten brandenburgischen Wechselfieber, erlangte der Große Kurfürst vor 350 Jahren für sein Herzogtum Preußen die internationale Anerkennung der Souveränität. Sie erst schuf die Voraussetzung für die vor neun Jahren anlässlich des 300. Jahrestages groß gefeierte Selbstkrönung seines Sohnes und Nachfolgers zum König in Preußen.

Cineasten kennen die „Göttliche“ Greta Garbo als Christina von Schweden in dem US-Spielfilm aus dem Jahre 1933 „Queen Christina“. Diese „Königin Christine“, so der deutsche Verleihtitel, gab es tatsächlich. 1654 entsagte die Katholikin dem Thron ihres protestantischen Landes. Ihr Nachfolger wurde ihr protestantischer Cousin

Schweden anerkannte die Souveränität 1656

und Bräutigam, der deutsche Pfalzgraf Karl Gustav von Pfalz-Zweibrücken, der als Karl X. Gustav den Thron bestieg. Der junge, umtriebige König war ebenso ehrgeizig wie tatendurstig und wollte in die Fußstapfen seines Vorvorgängers, Christines Vater Gustav II. Adolf, treten. Als der letzte lebende Wasa, der polnische König Johann II. Kasimir, trotz seiner Schwächung durch einen Krieg mit Russland gegen Karl Gustavs Thronbesteigung protestierte sowie eigene Ansprüche auf den schwedischen Thron und Livland anmeldete, nahm der Schwedenkönig das zum Anlass, im Juli 1655 in Polen einzumarschieren. Der so genannte Nordische Krieg hatte begonnen.

Der schwedische Feldzug gegen Polen begann als ein Siegesmarsch. Im September fiel Warschau, in Oktober Krakau. Der polnische König floh ins Ausland. Im habsburgischen Schlesien suchte er Exil. Das damals vom Großen Kurfürsten Friedrich Wilhelm regierte Brandenburg war nicht nur als Nachbar von diesem schwedisch-polnischen Krieg betroffen. Gerne hätte sich Friedrich Wilhelm aus diesem Kampf der großen Nachbarn herausgehalten, aber sein Herzogtum Preußen war polnisches Lehen und damit in den Augen des Schwedenkönigs Feindesland. Friedrich Wilhelm sah zwar die Chance, die polnische Lehenshoheit abschütteln zu können, erkannte aber auch die Gefahr, zwischen den Fronten zerrieben zu werden. Sein Bemühen um eine „Defensivverfassung beider Preußen“, sprich eine Defensivallianz Ostmit Westpreußens, scheiterte ebenso wie der Versuch, beim Kaiser Rückhalt zu finden.

Als der Hohenzoller auf das schwedische Bündnisangebot vom 22. Juni 1655 nicht einging und den Schweden nicht das Recht zum Durchmarsch durch das brandenburgische Hinterpommern gewährte, schufen die Skandinavier Fakten. Sie marschierten in Hinterpommern ein und drängten Friedrich Wilhelms Truppen bis vor die Tore Königsbergs zurück. Der Preußenherzog sah sich gezwungen, mit den Invasoren den Königsberger Vertrag vom 17. Januar 1656 zu schließen, in dem er sein Herzogtum statt als polnisches nun als schwedisches Lehen anerkannte.

Zu diesem Zeitpunkt hatte sich das Kriegsglück allerdings bereits zu wenden begonnen. Die protestantische, schwedische Fremdherrschaft führte in Polen zu einem sowohl religiös-konfessionell als auch politisch-nationalistisch motivierten Aufstand. Zudem gelang dem Kaiser ein Ausgleich zwischen Polen und Russland, die sich jetzt beide mit ganzer Kraft gegen Schweden wenden konnten.

Angesichts dieser Bedrängnis gewann Brandenburg-Preußen als Verbündeter für Schweden an Gewicht und dieses war bereit, im Vertrag von Marienburg vom 25. Juli 1656 dem Hohenzollernstaat für dessen aktive Unterstützung fünf Woiwodschaften von der erwarteten polnischen Kriegsbeute zu überlassen. In der Schlacht vor Warschau vermittelte Brandenburg-Preußen vom 28. bis 30. Juli 1656 einen imposanten Eindruck von der Schlagkraft seiner Armee; und das mittlerweile auch vom Kaiser bedrängte Schweden erkannte am 20. November 1656 im Vertrag von Labiau seinen wichtigsten Verbündeten als souverän in seinem Herzogtum an.

Nachdem es sich zuvor der Unterstützung durch Polen und der Habsburger vergewissert hatte, reihte sich 1657 auch noch Schwedens ewiger skandinavischer Konkurrent Dänemark in die Reihe von Karl Gustavs Kriegsgegnern ein. Der Schwedenkönig konzentrierte nun seine Mittel auf den Kampf gegen seinen nordeuropäischen Nachbarn – und brachte damit seinen mitteleuropäischen Verbündeten in eine prekäre militärische Lage. Kurfürst Friedrich Wilhelm hatte jedoch das Glück, dass die Habsburger nach dem Tode von Kaiser Ferdinand III. am 2. April 1657 an der brandenburgischen Stimme für die Wahl von Ferdinands Sohn Leopold Ignatius zum neuen Kaiser interessiert waren. So wurde dem Kurfürsten nun ein großzügiges Angebot zum Seitenwechsel unterbreitet. Wie zuvor schon der Schwede boten nun auch dessen Gegner Friedrich Wilhelm die Anerkennung der Souveränität Preußens an. Der Herzog nahm das Angebot an. Am 19. September 1657 schlossen Brandenburg-Preußen und Polen den Vertrag von Wehlau. Der polnische König entließ das Herzogtum Preußen in die Souveränität und der preußische Herzog verpflichtete sich im Gegenzug, Polen mit 6000 Mann gegen Schweden zu unterstützen. Einige Wochen später, am 6. November, schlossen die beiden Herrscher dann im Vertrag von Bromberg eine „Ewige Allianz“.

Seines wichtigsten Verbündeten beraubt, wurde die Situation für Schweden prekär. Zwei Faktoren erleichterten jedoch einen Verständigungsfrieden, wenn sie ihn nicht gar erst ermöglichten. Da war zum einen der plötzliche Tod des Heißsporns Karl Gustav am 13. Februar 1660. An seine Stelle trat sein fünfjähriger Sohn Karl XI. Und da war der Pyrenäenfriede vom 7. November 1659, der Frankreichs Krieg mit Spanien beendete und es dem Königreich erlaubte, sich nun mit ganzer Kraft Mittel-

Polen anerkannte die Souveränität 1657

europa zuzuwenden. Entsprechend seinem klassischen außenpolitischen Ziel, die deutsche Zentralgewalt zu schwächen, schlug sich Frankreich auf die Seite von Habsburgs Gegnern, also der Schweden, und setzte sich in ihrem Sinne für einen Verständigungsfrieden auf der Basis des Zustands bei Kriegsbeginn (Status quo ante) ein.

Seine im Vertrag von Labiau von den Schweden und im Vertrag von Wehlau von den Polen anerkannte Souveränität durfte der Preußenkönig jedoch behalten. Mit der Unterzeichnung des den Nordischen Krieg beendenden Friedensvertrages im Kloster Oliva bei Danzig am 3. Mai 1660 erkannten sowohl der Kaiser als auch der polnische und der schwedische König die Souveränität der Hohenzollern im Herzogtum Preußen an. *Manuel Ruoff*



Allegorie auf den Frieden zu Oliva: Kaiser Leopold I., der polnische König Johann II. Kasimir, der Große Kurfürst sowie der zum Zeitpunkt des Friedensschlusses bereits tote Schwedenkönig Karl X. Gustav (von links). Bild: rbb Preußen-Chronik

Ein Beispiel preußischen Organisationstalentes

Der Ostdeutsche Heimatdienst organisierte auf deutscher Seite den Wahlkampf für die Volksabstimmung am 11. Juli 1920

Vor der Volksabstimmung in den ost- und westpreußischen Abstimmungsgebieten Allenstein und Marienwerder vom 11. Juli 1920 durften sowohl Polen als auch Deutsche Wahlbeziehungsweise Abstimmungskampf machen. Die Polen hatten den Vorteil, dass Warschau sie mit großem Einsatz unterstützte und dass die Franzosen für sie Partei ergriffen. Die Deutschen hatten den Vorteil, dass sie im Kampf auf einheimische Kräfte zurückgreifen konnten sowie Phantasie und Organisationstalent bewiesen.

Da die Deutschen fürchten mussten, dass sie nach der Machtübernahme der Alliierten am 17. Februar 1920 in ihrer Arbeit behindert werden könnten, begannen sie frühzeitig mit der Organisation. Am 25. März 1919 gründeten Deutsche den „Arbeitsausschuß Allenstein gegen die Polengefahr“. Da nun in Marienburg wenige Wochen später am 1. Mai 1919 ein „Ostdeutscher Heimatdienst“ gegründet wurde und die Allensteiner eine Zersplitterung verhindern wollten, übernahmen sie den Namen und benannten sich von „Arbeitsausschuß Allenstein gegen die Polengefahr“ in „Bezirksstelle Allenstein des Ostdeutschen Heimatdienstes“ um. Diese Bezirksstelle Allenstein mit ihrem vierköpfigen Vorstand wurde zur Zentrale des Ostdeutschen Heimatdienstes. Mit deutscher Gründlichkeit wurde für jede Kreisstadt eine Kreisstelle samt Kreisstellenleiter geschaffen.

Geradezu konspirativ stellte man sich darauf ein, während der Herrschaft der intereralliierten Kommissionen auf das Schlimmste diskriminiert und verfolgt zu werden. So erhielten wichtige Funktionsträger gleich mehrere Stellvertreter, damit ein Amt nicht verwaiste, falls die interalliierten Kommissionen im großen Stile Deutsche der Abstimmungsgebiete verweisen sollten. Auch wurden schon Exilorte jenseits der Abstimmungsgebietsgrenzen bestimmt, wo sich die von der Kommission ausgewiesenen Funktionsträger sammeln sollten. Des weiteren wurde ein Nachrichtendienst mit Läufern organisiert, um die Verbindung zwischen Funktionsträgern im Exil und den Kreisstellen aufrechtzuerhalten. Zum Glück für die Deutschen waren die interalliierten Kommissionen fair genug, dass viele der Vorsichtsmaßnahmen sich als überflüssig erwiesen, aber gute Organisation muss immer von dem Schlimmsten ausgehen.

Vor der Abstimmung wollte Polen das Gebiet erst einmal 150 Jahre »verwalten«

Als Sprachrohr wurden die „Ostdeutschen Nachrichten“ gedruckt. Für die Masurisch sprechende Minderheit gab es in Masurisch den „Preußischen Volksfreund“. Als Massenorganisation, um einmal diesen DDR-Begriff zu verwenden, wurde der Masuren- und Ermländerbund gegründet. Das Ziel war es, mit seinen Heimatvereinen die gesamte deutschgesinnte Bevölkerung zu erfassen, was auch in hohem Maße gelang.

Das Meisterstück des Ostdeutschen Heimatdienstes war jedoch die so genannte Rückführung der Abstimmungsberechtigten aus dem Reich, wobei mit „Reich“ entsprechend dem damaligen ostpreußischen Sprachgebrauch, das Kernreich ohne die Exklave Ostpreußen gemeint ist. Die Polen ahnten zumindest, was ihnen bei einer Abstimmung der ortsansässigen Bevölkerung blühen würde. Mit der Begründung, dass die germanisierten Masuren erst einmal „reeducated“ werden müssten, forderten sie erst 150 und dann zumindest fünf Jahre polnische Verwaltung vor einer Abstimmung. Als dieser Vorschlag in Paris keine Mehrheit fand, versuchten sie mit Stoßtrupps Unruhen zu provozieren, auf dass die Abstimmungen abgesagt würden. Die deutsche Mehrheitsbevölkerung roch jedoch den Braten und ließ sich nicht provozieren, so dass auch dieser polnische Versuch scheiterte. Erfolgreich waren die Polen jedoch mit dem Versuch, den Willen der ansässigen Bevölkerung zu verwässern. Sie argumentierten, dass Preußen Polen aus den Abstimmungsgebieten vertrieben habe und deshalb nicht nur die Ortsansässigen, sondern auch die in den Abstimmungsbieten Geborenen mit mittlerweile anderen Wohnorten abstimmen dürfen müssten. Mit dieser Forderung setzten sich die Polen durch, doch erwies sich dies als Bumerang.

Polens Forderung nach Ausweitung des Abstimmungsrechts erwies sich als Bumerang

Denn nun organisierte der Ostdeutsche Heimatdienst mit Hilfe aus dem Reich einen großen Besucherstrom von ins Reich, vor allem in den Ruhrpott, Ausgewanderten aus den Abstimmungsgebieten hin zur Abstimmung. Als Helfer im Reich ist neben der Reichsbahn der 1919 gegründete Deutsche Schutzbund für die Grenz- und Auslandsdeutschen zu nennen.

Zur Ermittlung und Verwaltung der Adressen der Ausgewanderten schuf der Ostdeutsche Heimatdienst eine eigene Abteilung für Volksabstimmung. Um die Daten vor den Alliierten zu sichern, hatte diese Abteilung ihren Sitz außerhalb der Abstimmungsgebiete in Karlshof bei Rastenburg. Um an die Auswanderer und deren Organisationen besser heranzukommen, baute der Ostdeutsche Heimatdienst Dienststellen im Reiche auf, nicht zuletzt in der Reichshauptstadt.

Mindestens 128000 Ausgewanderte konnten mobilisiert werden. Fahrscheine wurden den Abstimmungswilligen ebenso zur Verfügung gestellt wie Reiseverpflegung, Reiselektüre und Quartiere. Die Bewohner der Abstimmungsgebiete erwiesen sich als phantastische Gastgeber. Für die Gäste wurden von den Heimatvereinen kulturelle Veranstaltungen und Volksfeste organisiert. An den größeren Bahnhöfen gab es Meldestellen, von denen Schüler die Gäste zu ihren Quartieren brachten. In Allenstein war die Meldestelle Tag und Nacht besetzt. Tagsüber verrichteten Mädchen den Dienst, des Nachts ältere Schüler. In diesem Zusammenhang ist eine ganz niedliche Geschichte überliefert. Die Jungs wollten Kavaliere sein und stellten ihren Kameradinnen von der Tagesschicht Blumen hin. Es heißt, dass nach der Aktion die Gärten in der Nachbarschaft etwas gerupft ausgesehen haben sollen.

Da absehbar war, dass die Polen versuchen würden, den Strom aus dem Reich zu den Abstimmungsgebieten am Korridor zu behindern, wurde dem Seeweg der Vorzug gegeben. Der damals gegründete Seedienst Ostpreußen ist in diesem Zusammenhang zu nennen. Der Strom war jedoch derart groß, dass auch der Landweg durch den Korridor benutzt werden musste. Und prompt machten polnische Grenzer Ärger. Die Alliierten waren fair genug, hiergegen zu protestieren – und trotzdem hat Warschau weitergemacht. Am 2. Juli 1920 berichtet der britische Vorsitzende der interalliierten Kommission für das Abstimmungsgebiet Allenstein seinem Foreign Office:

„Trotz des Protestes der Alliierten Verbindungskommission in Konitz ist mehr als 700 Personen in den ersten beiden Wählerzügen die Durchfahrt durch das polnische Gebiet verweigert worden. Als Grund für diese Maßnahme wird von den polnischen Behörden angegeben, dass die Identität ungenügend ausgewiesen war, was angesichts dieser großen Menge von Reisenden unwahrscheinlich erscheint.“

Alle polnischen Schikanen konnten die deutsche Seite jedoch nicht daran hindern, mit einem überwältigenden Sieg aus dem Abstimmungskampf hervorzugehen. Dazu hat der Ostdeutsche Hilfsdienst das Seine beigetragen. *M.R.*

Werden bald alle über 60 Jahre entschädigt?

Zu: „Pädagogische Abgründe“ (Nr. 16)

Die sich ausweitende Missbrauchsdebatte in den Medien lässt erwarten, dass noch in diesem Jahr alle Bürger und Bürgerinnen über 60, die während ihrer Jugendzeit von ihren Eltern, Lehrern, Erziehern und Berufsausbildern abgewatscht wurden, Anträge auf Entschädigung einreichen können.

Noch lebende Watschengeber(innen), soweit sie namentlich benannt werden, müssen in Zukunft mit Geldstrafen rechnen. Über Ohrfeigen oder Stockschläge, die in der Weimarer Zeit (und vor dem Ersten Weltkrieg) verabreicht wurden, muss eine Sonderkommission entscheiden, der auch Historiker und Soziologen angehören. **Alfons Kuhn, Kassel**

Die CDU ist nur noch eine weitere linke Partei

Zu: „Kritik an Merkels Kurs“ (Nr. 14)

Zu spät kommt die Kritik an Merkels Kurs – und nur von einem Rufer, dem Vorsitzenden der CDU-Mittelstandsvereinigung, Herrn Josef Schlarmann. Aber dennoch: Hochachtung.

Die politische Bilanz: Seit langem schon ist die CDU, die sich an Frau Merkel ausgeliefert hat, völlig von ihr abhängig und dritte linke Partei. Welch geistiger Fundus wurde vertan. Die FDP, die mit Merkel musste, um zu dürfen, lässt sie, selbst unsichtbar und unhörbar, öffentlich auflaufen, um unbeschädigt für eine andere Koalition zur Verfügung zu stehen.

Und nun also ihr Zehnjähriges. Wieder so eine Eisscholle für Fotografen und Mikrofone. Für wie dumm werden wir gehalten.

Gudrun Schlüter, Münster

Erinnerungen

Zu: Leserbrief „Verdienstkreuz für die *PAZ*“ (Nr. 15)

Als Ihr Abonnent habe ich mich über die Zuschrift ganz besonders gefreut, weil meine Ahnen aus dem Wartheland beziehungsweise aus Schlesien stammen und ich in der Friedrich dem Großen besonders teuren Stadt Glatz, dem Mittelpunkt des Glatzer Berglandes, Augenoptikerlehrling beim Optikermeister Weigmann am Ring war. Ich wäre überglücklich, wenn die *PAZ* kleine Heimatzeitungen unter ihre Fittiche nehmen könnte.

Bernhard Olbrich, Bad Schwartau

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Dresden: In unserem Keller starb jeder Zweite

Zu: „Kein Ende der Debatte“ und „Wirkung von Feuerstürmen“ (Nr. 12)

Die Beiträge zeigen die verantwortliche Herangehensweise des Autors Konrad Badenheuer bei der Durchleuchtung der Vorgänge bei der Zerstörung von Dresden: Der Autor konnte der Tätigkeit der Historikerkommission positive Aspekte abgewinnen, weist aber auch auf deren ganz verschiedene Bewertung der Glaubwürdigkeit von Zeugenaussagen hin (Stichworte Tieffliegerangriffe und Flüchtlingspräsenz).

Als Augenzeuge vom Georgsplatz Nähe Altmarkt muss ich auf für Ortsfremde fehlerhafte Einschätzungen hinweisen:

1. Die in Dresden stationierten Soldaten waren im Gelände der „Dresdner Heide“ zirka drei Kilometer außerhalb der bombardierten Zone kaserniert und hatten Verluste erst bei den Räumungseinsätzen der Folgetage.

2. Die Leichenverbrennungen begannen nicht erst am 21. Februar nur am Altmarkt, sondern an weiteren Stellen der Stadt bereits unmittelbar nach den Angriffen. Ich wurde Zeuge einer solchen Massenverbrennung am Neuen Rathaus, worüber eine namentliche Registrierung (es waren eine große Zahl schwarz verkohlter Schrumpfleichen darunter, von denen wenige Stunden später nur noch Asche und Knochen übrig blieben) nicht existiert. Meine diesbezügliche Aussage wurde von der Kommission als „kindlich-traumatisiert“ abgetan – es käme nur der Altmarkt in Frage. Ich war damals in der Tat erst elf Jahre alt, aber in den städtischen Archiven finden sich gleichlautende Berichte viel älterer Personen. Die wissenschaftliche Genauigkeit, aber auch der Anstand hätten es erfordert, die nicht mehr nachweisbaren Opfer zum Ergebnis der Kommission („bis zu 25000 Opfer“) hinzufügend zu erwähnen.

3. Nach dem umfassenden Feuerinferno nach dem ersten Angriff sind viele aus Furcht, zu verbrennen, wieder in die Keller gegangen. Von ihnen kam zwei Stunden später bei der kompletten Wiederholung des Feuersturmangriffs ein großer Teil um – in unserem mit 20 Personen besetzten Keller war am Morgen des 15. Februar nur mehr die Hälfte am Leben. Mein Bericht wurde mir schriftlich vom Stadtarchiv als mit denen der älteren Schuljahrgänge übereinstimmend bestätigt, obwohl ich ihn erst 2005 nach Aufruf des Zeitzeugenarchivs niederschrieb.

Ihre Überschrift kennzeichnet insofern das Historiker-Ergebnis: „Kein Ende der Debatte“.

Prof. Dr. Erhard Ernst Korkisch, Saaldorf-Surheim

Rotterdam: Zählebige Fantasiezahl

Zu: „Kein Ende der Debatte“ (Nr. 12)

Zur Diskussion über die Opferzahlen bei der Zerstörung von Dresden habe ich vor zwei Jahren in den USA eine interessante „Entdeckung“ gemacht.

Im Mai/Juni 2008 reisten meine Freundin und ich durch den Westen der USA und waren zum Schluss in Seattle. Dort besuchten wir die Boing-Werke und „the museum of flight“. In diesem war auch eine Halle mit Flugzeugen, anderen Requisiten des Zweiten Weltkriegs und selbstverständlich auch politisch korrekten „informations about Nazi-Germany“ zu finden. Mir sind dort keine Informationen über die Flächenbombardierung deutscher Städte aufgefallen, aber dafür eine interessante Info-Tafel über die deutsche Bombardierung Rotterdams. Dort stand auf Deutsch: „Das deutsche Ultimatum an den holländischen Kommandanten zur Feuereinstellung wurde um 10:30 Uhr übergeben. Um 13:22 Uhr setzen deutsche Bomber die gesamte Innenstadt in Flammen und töteten/ermordeten 30000 Zivilisten.“ Laut Wikipedia sind dort aber 800 und laut dem „Spiegel“ 900 Menschen ums Leben gekommen. Der „Spiegel“-Beitrag ist aber auch interessant in Bezug auf die Zahl von 30000 Toten: „Rotterdam wurde jedenfalls mehr noch als Warschau zum Symbol für deutsche Terrorbombardements. Dazu trug auch die Schreckenszahl von 30000 Toten bei, die zunächst in der britischen Presse verbreitet wurde.“

„Die zunächst in der britischen Presse verbreitet wurde ...“. Ach so, also kann sich das Wort „zunächst“ auch schon mal auf mindestens 58 Jahre beziehen ... Na, wenn das nicht politisch korrekt ist!

Andreas Gospodarek, Hohengrieben

Zeitungsmacher unerwähnt

Zu: „Eine Feier in preußischer Bescheidenheit (Nr. 16)

In dem Artikel heißt es: „Auch die Macher des Blattes nahmen sich weit zurück und blieben in Berlin fast ... unsichtbar.“ So war es. Leider. In der Rede des Sprechers der Landsmannschaft Ostpreußen, Wilhelm v. Gottberg, endete die Reihe der Chefredakteure mit Horst Stein. Wer waren die nachfolgenden Chefredakteure? Weshalb wurden sie nicht erwähnt? Selbst wenn sie nicht in allen Punkten mit dem Sprecher übereingestimmt haben sollten – ihre Nicht-Erwähnung war befremdlich. Sogar der heutige Chefredakteur blieb gänzlich unerwähnt, doch hätte gerade er angesichts seiner herausragenden Leistung, die sich Woche für Woche in der *PAZ* ausdrückt, in der Rede des Sprechers eine herausragende Stelle einnehmen müssen.

Ganz und gar unangesprochen blieben, mit einer Ausnahme (Ruth Geede), die heutigen Redakteurinnen und Redakteure. Die Macher des Blattes „nahmen sich weit zurück und blieben in Berlin fast ... unsichtbar“, heißt es in der *PAZ*. „Unsichtbar und unerwähnt“, hätte es heißen müssen. Mein Respekt und meine Anerkennung gelten jedenfalls dem Team um Chefredakteur Konrad Badenheuer. Danke für die bisher geleistete Arbeit und alles Gute für die Zukunft. **Wilhelm Kreuer, Lohmar, Vorstandsmitglied der LO-NRW**

Gegensteuern

Zu: „Es werden Fakten geschaffen“ (Nr. 12)

Ihren oben genannten Artikel über Türkisch als zweite Amtssprache in Deutschland fand ich äußerst interessant und zudem auch treffend.

Im gleichen Zusammenhang empfinde ich die Forderung des türkischen Regierungschefs Recep Tayyip Erdogan nach staatlichen türkischsprachigen Gymnasien als höchst riskant.

Wenn dieser Bewegung nicht energisch gegengesteuert wird, wird auch die Forderung nach einem Türken als stellvertretenden Bundeskanzler ständig lauter werden.

Rolf-G. Schmidt, Stuhr

Der Zeitgeist bringt der CDU den Untergang

Zu: „Kampf gegen Rechts“ (Nr. 15)

Seit über zehn Jahren findet in unserem Land ein „Kampf gegen Rechts“ statt. Wenn mit dieser Parole die NPD gemeint ist, der verfassungsfeindliche Ziele und NS-Gedankengut unterstellt werden, wundert es doch sehr, dass das Bundesverfassungsgericht es bis jetzt abgelehnt hat, diese Partei zu verbieten.

Solange diese Partei nicht verboten ist, muss ihr das Recht zugestanden werden, Demonstrationen zu veranstalten. Die Polizei ist aus verfassungsrechtlichen Gründen gezwungen, solche Demonstrationen gegen Übergriffe zu schützen. Solche Veranstaltungen sorgen nun seit Jahren für Aufruhr. Wer hat eigentlich ein Interesse daran, dass dieses Thema ständig „am Kochen gehalten“ wird?

Professor Hamer weist darauf hin, dass „rechts“ mit Nationalsozialismus identifiziert wird, das hat Methode und verkauft sich gut. „Rechts“ zu sein, gilt in Deutschland als unanständig. „Links“ dagegen repräsentiert den Gutmenschen. Ich möchte in diesem Zusammenhang auf zwei Veröffentlichungen in dieser Zeitung verweisen. Dort weist Prof. Hornung logisch darauf hin, dass es in der Demokratie für die Politik nicht nur „Mitte“ und „links“ geben kann. Im Übrigen prophezeit Hornung der CDU, wenn sie weiter mit dem Zeitgeist schwimmt, den Untergang. Die massenweise Abwanderung der Stammwähler in das Lager der Nichtwähler hält an.

Friedrich Carl Albrecht kommt in seinem Beitrag zu einer überraschenden Aussage: „Rechts bedeutet Bindung an die Zehn Gebote, an die von Gott gesetzten Ordnungen wie Ehe, Familie, Volk, Heimat und Sitte. Rechts bedeutet das Bekenntnis zum Vaterland. Links bedeutet möglichst wenig Bindungen, Freiheit von den Fesseln der Religion, eine skeptische Haltung gegenüber gewachsenen Ordnungen, eine mehr kosmopolitische Einstellung, im konkreten Fall erst Weltbürger, dann vielleicht Angehöriger einer Nation.“

Von dieser Sichtweite gesehen, waren die Männer des 20. Juli 1944 mit Sicherheit „Rechte“.

Bernd Dauskardt, Hollenstedt

Jubiläum ohne Redakteure

Zu: „Eine Feier in preußischer Bescheidenheit (Nr. 16)

Das muss man sich mal vorstellen: Eine Zeitung feiert ihr Jubiläum. Das geladene Publikum erwartet die Vorstellung – in welcher Form auch immer – der Redaktion. Der Festredner räumt der Vergangenheit viel Raum ein, vor allen Dingen sich selbst, jedoch von der Jetztzeit – wenn man mal vom „Gang an den Kiosk“ absieht – ist keine Rede. Mit keinem Wort werden die Redakteure, geschweige denn der Chefredakteur erwähnt, die Meriten der Mitarbeiter gewürdigt. Eigenartig ... beschämend. Zurück bleiben eine verwunderte Gästeschar und eine Zeitung, die kein Gesicht und keine Gestalt hat. Was für eine vertane Chance!

Noch etwas, das Sie erfreuen dürfte. Ich hatte die *PAZ* für meinen verstorbenen Vater abonniert und nach dessen Tod das Abonnement auf meine Mutter umschreiben lassen. Vor etwa zwei Jahren bat sie mich, das Abonnement zu kündigen, da das Hauptthema Ostpreußen sie als Bayerin/Fränkin nicht sehr interessiere. Schlampert wie ich bin, habe ich es vergessen. Seit Herr Badenheuer dem Blatt seinen Stempel aufgedrückt hat, ist dies kein Thema mehr. Im Gegenteil, ich muss es jedes Wochenende über mich ergehen lassen, dass mir aus der *PAZ* vorgelesen wird.

Alexandra Schöneich, Hamburg

Der Park am Kupferteich soll bleiben

Zu: „Park oder Hochhaus“ (Nr. 14)

In der östlichen Innenstadt von Königsberg soll eine Grünfläche am Kupferteich mit einem 17-stökkigen Hochhaus bebaut werden, so schreibt Jurij Tschernyschew. Hier, vor dem Sackheimer Tor, bin ich aufgewachsen, hier wohnten meine Großeltern in der Yorckstraße und Mittelstraße, und wir wohnten im Troppauer Weg Nr. 22 im Stadtteil Liep. Im Kupferteich, in der Kupferbadeanstalt, habe ich beim Schwimmmeister das Schwimmen erlernt, mit Schwimmweste an der Angel. (Der Kupferteich hat Verbindung zum Neuen Pregel.)

An der Tapiauer Straße befand sich der kleine Rummel, wo jetzt etwa das Deutsch-Russische Haus steht. Und dahinter hatte mein Opa einen Schrebergarten in Richtung Zellstoff-Fabrik am Lieper Weg. Auf der anderen Seite der Tapiauer Straße befand sich der Sportplatz, wo wir von der damaligen „Horst-Wessel-Schule“ zum Sport gingen, und daneben der Garnisionsfriedhof. Im Juli 1991 flog ich mit dem Hamburger Reisebüro „Schnieder Reisen“ und im Mai 2003 fuhr ich mit dem Bus mit der ostpreußischen Landsmannschaft in Lübeck nach Königsberg.

Mein Heimweh konnte ich stillen, wie sah es dort jetzt aus? Die Siedlungshäuser im Stadtteil Liep standen fast alle. Auf dem Garnisonsfriedhof stand eine halbfertige Tennishalle. In der Kupferbadeanstalt stand nur noch das zehn Meter hohe Mittelrohr vom Sprungturm, die hölzernen Laufstege waren alle weg. Meine Schule stand auch noch, sie wird weiter von russischen Schülern genutzt. Die Tapiauer Straße ist verbreitert worden. Beim ersten Mal habe ich nur nach langer Überlegung mein zuhause wiedergefunden.

Ich habe eine Bitte an die Russen: Lasst die 37 Bäume stehen in dieser wunderbaren Region, zerstört nicht die schönen Parkanlagen durch Wolkenkratzer.

Arno Zilian, Lübeck

Säuberungen

Zum: Leserbrief „Arndt-Gegnern Paroli geboten“ (Nr. 14)

Als langjähriger Leser Ihrer Zeitung Dank und Lob für interessante Artikel. Zum Leserbrief folgendes: In unserer „Westfalenpost“ war unter der Rubrik „Berlin, Berlin“ zu lesen, dass die politisch korrekte Säuberung der Berliner Straßenkarte voranschreitet.

Kürzlich war es ein brandenburgischer Afrika-Forscher, dessen Name wegen Kolonialismusverdachts dem einer „afrodeutschen“ Dichterin weichen musste. Jetzt soll ein preußischer Kriegsminister Platz machen für einen Schwulen-Pionier aus dem 19. Jahrhundert.

Wolfgang Kussin, Olsberg

Friede, Freude, Eierkuchen? Polen und Russen haben an Deutschland etwas gutzumachen!

Zu: „Skeptischer Blick auf Europa“ (Nr. 15)

Den Äußerungen Rudi Pawelkas kann ich nur beipflichten. Die Europa-Narretei ist die Flucht aus der eigenen Regierungsverantwortung. Die ganze deutsche Problematik liegt aber in einer komplizierteren Tiefe.

Die ursächliche „Reeducation“ der früheren Alliierten hat im Laufe der Jahrzehnte eine gewisse Eigendynamik und ihre naiven Blüten entwickelt. Die Flucht in die „europäische Idee“ bei gleichzeitiger fehlender Definition und Vernachlässigung deutscher Interessen ist für deutsche Politiker einfach nur bequem. Der Missbrauch der ostdeutschen Flüchtlinge und Vertriebenen als „Wahl-Stimmvieh“ bei gleichzeitiger Machtlosigkeit deutscher Politiker in puncto völkerrechtlicher und friedensvertraglicher Regelungen ist die Tragik der Geschichte. Das Völkerrecht ist für Deutsche ausgehebelt. Das hat das Verhalten des „Brüsseler Politbüros“ und angeblicher rechtsprechender europäischer Organe gegenüber der „Preußischen Treuhand“ gezeigt. In Berlin und Brüssel ist man nicht erst seit heute zur Tagesordnung übergegangen, ohne die besondere ungelöste völkerrechtliche Lage Deutschlands zu berücksichtigen.

Der Brüsseler Wurmfortsatz der einstigen französischen Revolution mit „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ und dem heutigen „Friede, Freude, Eierkuchen“ ist keine Lösung. Ein Europa, das seine Grundlagen auf der Missachtung des Völkerrechts und Missachtung des Willens der Völker schafft, wird wohl kaum dauernden Bestand haben. Was hat uns dieses grenzenlose Europa bisher gebracht: ausufernde Geldgeschenke nach Brüssel, höhere Kriminalität besonders im grenznahen Bereich und Missachtung der Sicherheitsbedürfnisse der deutschen Bürger, Maximalvitalität für die organisierte Kriminalität, Zerstörung historisch gewachsener Kultur der Gastgebervölker durch ungebremste Zuwanderung und Völkervermischung (kulturlose und wurzellose/identitätslose Menschen sind leichter regier-/dirigierbar?). Es bleibt zu befürchten, dass ein illusorisch „vereintes“ Europa nach sowjetischem Muster als Experimentier- und Versuchsfeld der Globalisierer allein schon aus finanziellen Gründen scheitert.

Im Gedächtnis der schweigenden deutschen Mehrheit dürfte aber verankert sein: Deutschland hat zu keiner Zeit eine Gebietsabtretung Ostdeutschlands vorgenommen. Und: im Potsdamer Protokoll von 1945 war die „überführung“ Deutscher aus Polen vorgesehen und keine Vertreibung Deutscher von deutschem Staatsgebiet. Heutige Warschauer Politik basiert auf verbrecherischem Unrecht an Deutschen. Polnische und russische Besetzer deutscher Heimatgebiete haben an Deutschland etwas gutzumachen. Denn wie sagt ein altes Sprichwort: Unrecht Gut gedeihet nicht. Deutsche Vertriebene sollten sich dagegen verwahren, sich von geschichtslosen Politikern und geistig versandeten Zeitgenossen ideologisch geprägte Ansichten vorschreiben zu lassen. Denn wir sind das Volk! **Edgar Lössmann, Heikendorf**



Nr. 17 – 1. Mai 2010

Relikte aus uralter Zeit

Am Strand von Cranz kann man auf die Wurzeln längst abgestorbener Wälder stoßen

Die Natur sorgt immer wieder für Überraschungen. In den vergangenen Monaten konnte man am Strand von Cranz bei Niedrigwasser immer wieder ein merkwürdiges Phänomen beobachten: Aus dem Sand ragten Überreste uralter Baumwurzeln hervor.

Während der letzten Badesaison war der Strand noch frei von ungewöhnlichen Gegenständen. Keinem der Badenden war etwas aufgefallen. Doch mit Beginn des kühlen Herbstwetters tauchten am Strand plötzlich seltsame Baumstammreste auf und zogen die Aufmerksamkeit von Gästen und Forschern auf sich. Wie sich herausstellte, handelt es sich um die Reste jahrhundertealter Bäume. Dokumente aus dem 19. Jahrhundert belegen, dass sich schon damals am Strand von Cranz die Überreste von Wäldern fanden, die im Mittelalter oder noch früher abgestorben waren. Interessant ist, dass sie ausschließlich an bestimmten Küstenabschnitten wieder zum Vorschein gekommen sind: im Cranzer Gebiet und am Anfang der Kurischen Nehrung. Hier war die Nehrung noch vor 1000 Jahren vom Meer umgeben, dann verschlammte die Meerenge und heute befinden sich dort Sumpfgebiete auf Torfgrund.

Bei den nun wiederentdeckten Baumresten handelt es sich um die Relikte der Wälder, die vor Jahrtausenden entlang der Küste und auf der Kurischen Nehrung wuchsen. Die Kurische Nehrung entstand durch eine Verschiebung des Sands aufgrund der Unterspülung der Samlandküste. In den Jahrtausenden seit dem Ende der letzten Eiszeit vor etwa 10000 Jahren stieg der Meeresspiegel der Ostsee an. Dadurch wich die Küstenlinie der Nehrung und der Samland-Halbinsel ungefähr um vier bis fünf Kilometer zurück.

Heute gibt es bei Cranz wie früher Sumpfböden, auf denen Erlenwälder wachsen. Die alten Baumstümpfe, die nun aufgetaucht sind, zeugen davon, dass das Klima sich in den vergangenen Jahrhunderten kaum verändert hat: Die Vegetation ist dieselbe geblieben. Darüber hinaus bestätigen sie, dass sich die Kurische Nehrung weiter nach Osten verlagert. Die Küstenlinie weicht gemeinsam mit den Uferdünen zurück, die Bäume des auf ihnen wachsenden Waldes werden zugeweht. Die Überreste der Bäume liegen verschüttet in einer Tiefe von bis zu zwei Metern unter dem Sand der Küste.

Die Überbleibsel sind dem Menschen nutze

In den Wintermonaten weicht das Meer stärker zurück, so dass der Strand breiter wird. Das ist der Grund dafür, dass die in der Tiefe des Strandes liegenden Baumstümpfe auch nur im Winter an die Oberfläche treten. Ein weiterer Grund für ihr Zutagetreten ist der schlecht funktionierende Küstenschutz. Nach jedem Sturm weicht der Sandstreifen weiter zurück. Zum Vorschein kommen vorzeitliche Erdschichten mit alten Wurzelstöcken.

Diese altertümlichen Bäume, die von Zeit zu Zeit aus der Erde und dem Meeresgrund an die Oberfläche gelangen, hatten lange Zeit eine wichtige Funktion: Sie dienten dem natürlichen Küstenschutz, weil sie den Strand vor Erosion schützten.

Historisch gesehen war die Ostseeküste von Cranz bis Sarkau am stärksten der Erosion ausgesetzt. Die erste Küstenbefestigung wurde in diesem Abschnitt bereits im 15. Jahrhundert errichtet. Doch erst im 19. Jahrhundert wurden Uferbefestigungen planmäßig und regelmäßig angelegt. Besonders aktuell wurde diese Aufgabe beim Ausbau der Stadt Cranz zum Kurort. Die Königliche Kurverwaltung hatte die Aufgabe, die Küste von Cranz vor Unterspülung zu schützen. Jedoch litt die erste Uferbefestigung stark bei einem Sturm und konnte die Stadt nicht vor ihrer Zerstörung im Jahre 1899 schützen. Deshalb wurden neben den Dämmen noch quer zum Ufer verlaufende Mauern errichtet. Sie erwiesen sich als sehr effektiv. Die Reste dieser „Buhnen“ genannten Mauern schützen das Ufer noch heute vor der Zerstörung.

Es liegt auf der Hand, dass es sinnvoll wäre, den bewährten Bau von Buhnen unter Heranziehung moderner Technologie und Baumaterialien fortzusetzen. Vielleicht wäre es damit möglich, Land zurückzugewinnen. Besucher der Ostseeküste könnten dann wieder die ungewöhnlich schönen und breiten Strände sehen, wie sie noch um 1950 vorhanden waren. *Jurij Tschernyschew*

Schön bizarr: Brandung mit Waldüberbleibseln aus grauer Vorzeit am Strand von Cranz
Bild: Tschernyschew

Neuer Streit um das »Haus der Räte«

Die unendliche Geschichte um die Bauruine am Standort des Königsberger Schlosses geht weiter

Die traurige Geschichte des Hauses der Räte, an Stelle des Königsberger Schlosses erbaut, geht weiter. Die Bauruine, um die schon so viel gestritten wurde, macht wieder von sich reden. Seit über 40 Jahren schon hat das Gebäude ein ungewöhnlich kompliziertes Schicksal. Im Jahr 1967 wurde gemäß „Generalplan für die Entwicklung Königsbergs“ ein Konzept über die Schaffung eines urbanen Zentrums an Pregel und Schlossteich ausgearbeitet. Nach den Plänen des Architekten Lew Misoschnikow hätte das Haus der Räte ein 28-stöckiges Hochhaus werden sollen, das aus zwei rechteckigen Türmen besteht, die durch überdachte Übergänge in einem Querkomplex miteinander verbunden sind. Im Gebäude hätte das Stadtkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und die Stadtverwaltung untergebracht werden sollen. Das Projekt orientierte sich an der Architektur Oscar Niemeyers, nach dessen Plänen die neue Hauptstadt Brasiliens Brasilia in den 60er Jahren entstanden war. Mit Beginn der Perestrojka wurde die Finanzierung jedoch gekürzt und die Höhe auf 21 Etagen beschränkt. Zu Beginn der 90er Jahre, als das Gebäude schon zu 95 Prozent fertiggestellt war, mussten die Bauarbeiten schließlich ganz eingestellt werden.

1995 privatisierte die Stadt- und Landregierung das Haus der Räte. Die Gesellschaft „Kultur- und Geschäftszentrum AG“ wurde gegründet, deren Aufgabe es war, Investoren für die Fertigstellung des Gebäudes zu finden. Doch 2003 ging diese Gesellschaft in Konkurs und das Haus ging an die Firma „Prostostroj“ über. Unmittelbar nach Unterzeichnung des Kaufvertrags bekam Prostostroj Probleme mit dem Königsberger Bürgermeister, der die Gesetzmäßigkeit des Verkaufs anzweifelte. Die Stadtverwaltung war der Ansicht, dass die Rechte von Stadt und Land bei dem Geschäft verletzt worden seien, weil das Gebäude zu einem Dumpingpreis verkauft worden sei. 2006 schaltete sich die Gebietsregierung in den Streit ein, sie verklagte Prostostroj, und gegen den vormaligen Eigentümer „Kultur- und Handelszentrum“ wurde ein Gerichtsverfahren eingeleitet.

Der Bau bleibt bis auf Weiteres ungenutzt

Im vergangenen Jahr nahm die Entwicklung eine neue Wendung. Das 13. Schieds- und Berufungsgericht von St. Petersburg prüfte die Beschwerden des Gebietsstaatsanwalts und der Agentur für Grundbesitz im Königsberger Gebiet wegen der in der ersten Instanz durch das Königsberger Schiedsgericht getroffenen Entscheidung, in der der Richter es abgelehnt hatte, den Kaufvertrag für das Haus der Räte als gesetzeswidrig einzustufen. Als Vorwand für die Anfechtung des Vertrags dienten die „Umstände der Wiedereröffnung“. Laut Erklärung der Staatsanwaltschaft hatten am 22. April 2009 das Gebietsgericht und die Berufungsinstanz des Königsberger Gebietsgerichts festgestellt, dass der Kaufvertrag für das Haus der Räte von Beginn an „als Ergebnis einer lange im Voraus geplanten verbrecherischen Handlung“ einen unrechtmäßigen Eigentümerwechsel des Objektes vorsah.

Der Ball liegt wieder beim Schiedsgericht des Gebietes

Jedoch hatte es das Schiedsgericht des Königsberger Gebiets am 22. September 2009 abgelehnt, der Sicht des Staatsanwalts zu folgen. Anfang Februar bestätigte das 13. Berufungsgericht in St. Petersburg die Richtigkeit der Entscheidung der ersten Instanz. Die Königsberger Staatsanwaltschaft wollte jedoch nicht klein beigeben und legte schließlich Beschwerde beim Schiedsgericht des Nordwestlichen Kreises der Russischen Föderation ein. Dieses Gericht entschied am 13. April zugunsten der Berufungsbeschwerde der Staatsanwaltschaft des Königsberger Gebiets und der Agentur für Grundbesitz. Aktuell sind die Entscheidungen der ersten Instanz und des 13. Berufungsgerichts außer Kraft gesetzt, die Erklärung der Staatsanwaltschaft des Gebiets wurde zur erneuten Überprüfung an das Schiedsgericht des Königsberger Gebiets zurückgegeben.

Die unendliche Geschichte um das Haus der Räte wird also fortgeschrieben. Die Bauruine, die auf dem Gelände des Königsberger Schlosses steht, bleibt weiterhin leer, anstatt Hunderte Büros und Handelsgesellschaften der Stadt zu beherbergen. *J. T.*

MELDUNGEN

Deutsche Kulturtage

Memel – Die Memellandgruppe „Verein der Deutschen in Memel/Klaipeda“ im Heimatkreis Memel-Stadt lädt in Kooperation mit der Stadtverwaltung zu den 12. Deutschen Kulturtagen vom 5. Mai bis 19. Juni 2010 ein. Die Veranstaltungsreihe zur deutschen Kultur und Sprache ist das jährlich stattfindende Kulturereignis für die Bewohner der Region und für Gäste aus nah und fern. In diesem Jahr beteiligen sich erstmals die Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und die Arbeitsgemeinschaft der Memellandkreise (AdM) mit eigenen Beiträgen. Für den Zeitraum der Deutschen Kulturtage 2010 bietet die Firma „Scheer Reisen“ als Partner des Vereins der Deutschen allen Reisenden von der Bundesrepublik nach Memel und zurück einen Preisnachlass von 15 Prozent auf den regulären Reisepreis an. Nähere Informationen sind erhältlich bei Hans-Jörg Froese, Telefon (03327) 741603, E-Mail: hjfroese@web.de, und Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddesheim, Telefon (06203) 43229, Fax (06203) 43200. *H.-J. F.*



Einladung
Bild: privat

Bilder von Müller-Stahl

Tilsit – Zur diesjährigen Tilsiter Museumsnacht hat sich die neue Direktorin des stadtgeschichtlichen Museums, Angelika Spiljowa, etwas Besonderes einfallen lassen. Der 1930 in Tilsit geborene Armin Müller-Stahl ist bei ihren Landsleuten als international berühmter Schauspieler und Musiker bekannt. Weniger weiß man darüber, dass er sich vor allem in den letzten Jahren auch als Maler einen Namen gemacht hat. Am 14. Mai wird eine Ausstellung eröffnet, die zahlreiche seiner Lithografien präsentieren wird und den Bewohnern und Gästen der Stadt das bildkünstlerische Schaffen des vielseitigen Künstlers nahebringen soll. Mit einer Videobotschaft wird Armin Müller-Stahl die Ausstellungsbesucher in seiner Heimatstadt begrüßen. *H. Dz.*

»Deutschland ist ein müdes Land«

Erfahrungen des Leiters der Breslauer Sammlung Köln in Schlesien – Polen frappiert über deutsches Desinteresse

Der Leiter der Breslauer Sammlung Köln, Hubert Wolff, hat in Begleitung eines Assistenten Hochschulen und Museen in Breslau besucht. Die beiden Wissenschaftler machten dabei in der schlesischen Stadt Erfahrungen, die vielen gängigen Klischees widersprachen. So stießen sie auf ein anscheinend tief empfundenes Wohlwollen gegenüber der deutschen Kultur in Schlesien.

Beispielsweise bezeichnete der Rektor der Philologischen Hochschule Breslau, Professor Wasik, Schlesien insgesamt als eine unverkennbar deutsche Kulturlandschaft und die Metropole Breslau als eine vom Aufbau und der Architektur her ohne jeden Zweifel deutsche Stadt. Dem nicht genug. Würden doch die polnischen Bewohner Breslaus durch eben diese Landschaft und Baukunst innerlich zutiefst geprägt werden. Ein Umstand, der sich auch an den Wahlergebnissen ablesen lasse. Anders als in der Hauptstadt Warschau oder im Osten Polens hätten in Breslau und Umgebung radikale Parteien kaum nennenswerte Erfolge zu verzeichnen. Er für seinen Teil wolle wegen der genannten Faktoren die Studenten an seiner Hochschule auch weiterhin dazu animieren, intensiv die deutsche Sprache zu lernen.

In das selbe Horn stieß bei einem persönlichen Gespräch die Direktorin der „Fundacja Pro Arte“, Agnieszka Ostapowicz. Für sie bedeuten bilinguale Kindergärten und Grundschulen, dass auch im heutigen Schlesien die deutsche Sprache den ihr gebührenden Platz einnehmen könne, denn „die deutsche Kultur gehört zu Schlesien“. Die drohende, immer noch nicht abgewendete Schließung der bilingualen Grundschule in Ratibor-Studen (Oberschlesien) bedauere sie daher sehr.

Ganz ähnlich äußerte sich der Direktor des Germanistischen Instituts der Universität Breslau, Professor Marek Halub. Seine Studenten verstünden sich mehr und mehr als Schlesier. Sie wüssten zu schätzen, was die deutsche Kultur in Schlesien vollbracht habe und, nunmehr in der Hauptsache durch polnische Akademiker gepflegt, auch weiterhin vollbringen werde. Halub hat in den letzten Monaten im Rahmen eines zweigeteilten Symposiums in Breslau und Münster zusammen mit einer alten katholischen Studentenverbindung aus Breslau, der Winfridia Breslau zu Münster, seinen Worten Taten folgen lassen. Die deutsche Kultur sei in Verbindungen beheimatet und würde durch diese, insbesondere durch die Studentenlieder und Semesterkneipen, auf eine sehr passende Weise gepflegt werden. „Dies“, so Halub „ist in Deutschland heutzutage leider kaum noch der Fall“, weswegen er persönlich Studentenverbindungen sehr schätze. Das sind Sätze, die einem bundesdeutschen Germanistikprofessor wohl nicht allzu häufig über die Lippen kommen dürften und den Besucher aus dem Westen vor Staunen sprachlos zurücklassen können.

Die politische Stimmung und Entwicklung in Schlesiens Hauptstadt war eines von vielen Themen bei der Unterredung mit dem Direktor der historischen Museen der Stadt Breslau, Dr. Lagiewski. Sein Freund aus Studientagen, der Breslauer Stadtpräsident Rafael Dutkiewicz, hat es geschafft, dass in Breslau 120 000 neue Arbeitsplätze in zukunftsträchtigen Branchen allein in den letzten fünf Jahren entstehen konnten. Den damit verbundenen dynamischen Eindruck vermittelt auch Lagiewski. Die Anfeindungen, die er seitens polnischer Nationalisten über sich ergehen lassen musste, als er im vergangenen Jahr eine Ausstellung über die 1000-jährige Geschichte der Stadt einschließlich einer ebenso ausführlichen wie auch sachlich korrekten Würdigung der habsburgischen und preußischen Zeit eröffnete, tut er seit zwölf Monaten mit einem müden Lächeln ab, obwohl schon so mancher Drohbrief seine Familie erreicht hat. „Verräter“ und „Germanisator“ sind noch die milderen Beschimpfungen dieses aufrechten Historikers. Viel mehr schmerzen Lagiewski die unschönen Bemerkungen von Kollegen aus der Bundesrepublik. Ein Historiker aus Görlitz und ein Vertreter der Stiftung preußischer Kulturbesitz rieten ihm dringend davon ab, das Eiserne Kreuz, welches 1813 durch den preußischen König im Stadtschloss in Breslau, wo sich die genannte Ausstellung befindet, gestiftet wurde, überhaupt zu thematisieren. Entsetzt zeigten sich die beiden Geschichtsverwalter aus der Bundesrepublik auch ob eines überlebensgroßen Porträts des letzten deutschen Kaisers, das einen ehrenvollen Platz im Bankettsaal des Schlosses gefunden hat.

Größer könnte der Kontrast nicht sein. Hier die „müden“, in Nachkriegs-Geschichtsbildern gefangenen deutschen Historiker, dort eine dynamische, gebildete polnische Führungsschicht mit dem festen Willen, aus dem deutschen Erbe der europäischen Region Schlesien das Bestmögliche zu machen. Das passende Stichwort dazu lieferte eine junge polnische Studentin der Tourismuswirtschaft aus Breslau. In einem hochinteressanten Gespräch über Polen, Schlesien und Deutschland äußerte sie, wohl kaum ahnend, wie passend ihre Aussage nach den oben geschilderten Erlebnissen in den Ohren des Autors klangen: „Germany is a tired country“ (Deutschland ist ein müdes Land.)

Würden die Deutschen sich von solch klaren Anstößen aufwecken lassen und aus politisch korrekten Denkmustern ausbrechen, welche Chancen und Perspektiven könnten sich so eröffnen lassen? Es gibt viele gute Ideen im Osten. Vielleicht aber findet unser Land über einen solchen „Umweg“ wieder ein wenig mehr zu sich selbst und zu seiner Geschichte zurück. An unseren polnischen Nachbarn in Breslau scheint es kaum scheitern zu können.

Tobias Körfer

Die ostpreußische Familie

Ruth Geede Bild: Pawlik

Lewe Landslied,
liebe Familienfreunde,

und wieder haben wir uns von einem guten Freund unserer Ostpreußischen Familie verabschieden müssen, über den wir viel und gerne berichtet haben, weil er auch in hohem Alter für seine Heimat lebte und sein Wissen, seine Erfahrung und seine Liebe zu Ostpreußen an die jüngere Generation weiter gab: **Horst Potz** lebt nicht mehr. Das hat uns betroffen gemacht, denn er gehörte zu den Landsleuten, die immer wieder etwas Neues mitzuteilen haben. Die LO Gruppe Hannover, der Herr Potz angehörte und deren Stellvertretender Vorsitzender er in den letzten fünf Jahren war, hat ihm in Folge 16 *PAZ/Das Ostpreußenblatt* mit einem Nachruf gedankt, den wir hier mit einigen Angaben ergänzen wollen, die uns die Erste Vorsitzende, Frau **Roswitha Kulikowski**, zusandte.

Horst Potz wurde am 13. Juni 1929 in Liebenort/Ostpreußen geboren. Er wuchs auf dem Bauernhof seiner Eltern auf. 1945 musste die Familie auf die Flucht gehen. Mit Pferd und Wagen und der damals 15-Jährige übernahm als einziger „Mann“ die Führung des Trecks. Im Westen konnte er seine angefangene kaufmännische Ausbildung abschließen. Später gründete er in Hannover das Reisebüro „Ideal-Reisen“, und das Reiseziel hieß Ostpreußen, zunächst Masuren, und nach der Öffnung des Eisernen Vorhanges war es der russische Teil, das Königsberger Gebiet. Da es kaum Unterkünfte für die Reisenden gab, schuf er – zusammen mit russischen Geschäftsleuten – die Ferienanlage Groß Baum bei Labiau. Für seinen Heimatort Popelken gründete er vor 16 Jahren einen Freundeskreis. Fast in jedem Jahr fuhr er mit Heimatfreunden nach Groß Baum und Popelken, und er kam nie mit leeren Händen. Sein Organisationstalent trug dazu bei, dass viele Hilfsaktionen für die russischen Bewohner seines Heimatortes, die in erster Linie Hilfe zur Selbsthilfe waren, realisiert werden konnten. Welch einen großen Verlust der Tod von Horst Potz für den Freundeskreis bedeutet, beweist die ebenfalls in Folge 16 erschienene Traueranzeige. Uns hat natürlich seine Aufklärungsarbeit über das Schicksal der Vertriebenen und den damit verbundenen Verlust der Heimat interessiert, die er in niedersächsischen Schulen leistete. Es war bewundernswert, wie er mit seinen 80 Jahren zwei Stunden lang bis zu 250 Schülern seine Erinnerungen und Erfahrungen übermittelte, ein glaubhafter Zeitzeuge, der Lehrer wie Schüler beeindrucken konnte.

Er war immer aktiv und so trat er auch aus eigener Initiative an uns heran und übermittelte seine ersten kurz gefassten Ausführungen über die von ihm selbst gewählte Tätigkeit. Als ich sie las, wusste ich, dass er noch mehr berichten konnte, und so trafen wir uns im Ostheim in Bad Pyrmont. Die Gespräche mit ihm erbrachten soviel Wissenswertes und Beispielhaftes, dass ich ihn bat, dies gleich einem größeren Kreis zu vermitteln, denn es tagten gerade die Leiterinnen der LO-Frauengruppen im Ostheim, und so fand er sofort ein aufmerksames Auditorium in den interessierten Teilnehmerinnen. Es war sein erstes Referat im Ostheim, aber nicht sein letztes, und auch manche Leserinnen und Leser, die an unserem letzten „Familienseminar“ teilnahmen, werden sich an seinen Vortrag erinnern, in dem er vor allem auf die erstaunliche Resonanz hinwies, die er als Zeitzeuge mit seinen Schilderungen über Ostpreußen und die Flucht bei den Schülern und Schülerinnen erweckte. Man merkte doch – so konnte Horst Potz feststellen –, dass vor allem seine Schilderungen über die sechswöchige Flucht und die Verantwortung des 15-Jährigen als „Treckführer“ die gleichaltrigen Zuhörer zum Nachdenken zwang. „Wir werden noch viel von ihm hören“, hatte ich vor einigen Monaten geschrieben. Es schmerzt schon sehr, dass seine Stimme nun verstummt ist.

Auch der unerwartete Tod von **Peter Drahl**, Biograph der ostpreußischen Malerin **Gertrud Lerbs-Bernecker**, hat Trauer in unserem Leserkreis erweckt. Besonders bei Herrn **Joachim Perle** aus Berlin, der seit dem Erscheinen der Lerbs-Biographie mit dem Autor in engem Kontakt stand. Und das hatte seinen besonderen Grund. Joachim Perle, * 1939, ist der älteste Sohn des letzten evangelischen Pfarrers im ermländischen Guttstadt: Für diese Kirche hatte im Jahr 1918 die damals erst 16-jährige Schülerin des damaligen Leiters der Königsberger Kunstakademie Professor **Wolff** aufgrund eines Wettbewerbes, den sie gewann, ein großes Glasfenster entworfen. Von diesem gibt es leider keine detaillierte Abbildung und deshalb hatte Herr Perle den Biographen in seinem Hamburger Haus aufgesucht, um mit ihm über „das Rätsel Chorfenster“ zu sprechen. Peter Drahl hatte ein besonderes Interesse daran, weil seine Mutter für einen Engel in diesem Fenster Modell gestanden hatte. Herr Perle schreibt über diesen Besuch:

„Wir überlegten zum wiederholten Male, wie wohl das Fenster ausgesehen haben könnte. Ich hatte ihm verschiedene Abbildungen schon früher zukommen lassen, aber es stellte sich die Frage, ob es sich bei diesen überhaupt um das von Gertrud Lerbs gestaltete Fenster handelte. Wer hat es gespendet? Wann wurde es zerstört? Erst bei dem großen Brand Silvester 1966 oder bereits früher, als die Kirche von der heutigen Bevölkerung als Versammlungs- und Feierraum mit Restaurantbetrieb genutzt wurde? Danach ist der Kirchenraum durch eine horizontale Betondecke geteilt worden und wird jetzt als größte Bibliothek der Region genutzt. Auch Nachfragen bei den jetzigen Bewohnern führten zu keinem Ergebnis. Wir meinten, es sei besser, wenn sich Herr Drahl an Sie wenden würde. Dazu ist es ja leider nicht mehr gekommen, und ich bin es nun, der sein Anliegen weiter verfolgen möchte.“



Horst Potz beim Erntedankfest in Hannover Bild: privat

Soweit das Schreiben von Herrn Perle, das wir dann in einem Telefongespräch vertiefen konnten. Ich bitte ja immer wieder unsere Leserschaft, bereits bei der ersten Anfrage die Telefonnummer mitzuteilen, da sich gerade aus einem direkten Gespräch gut verwertbare Informationen ergeben, die weiterhelfen können. So auch hier. Die Angelegenheit „Guttstädter Kirchenfenster“ hatte ich schon einmal vor Jahren erwähnt, Peter Drahl sprach mich auf einer Weihnachtsfeier im letzten Jahr darauf an und sagte, dass er mit neuen Fragen auf mich zukäme, das geschah nun leider nicht mehr. Bei unserem Telefongespräch erwähnte Herr Perle nun, dass er im Rahmen einer Schulpatenschaft öfters in Guttstadt sei und zu dem Deutschlehrer des Realgymnasiums einen guten Kontakt habe. Er sei auch auf dem Chor der Kirche gewesen und hätte nach Glassplittern des zerstörten Fensters gesucht, leider vergeblich. Die Kopien der schon an sich schwachen Abbildungen von den vermutlichen Fenstern sind für eine Veröffentlichung nicht verwertbar. Aber es gibt gute Angaben über deren Gestaltung in dem 1968 im Selbstverlag erschienenen Buch „Das evangelische Kirchspiel Guttstadt im Ermland“ von **Irma Grünke**. Darin schreibt die Verfasserin:

„Anlässlich des 400-jährigen Gedenktages des Thesenanschlages Luthers stiftete die Familie Macketanz – Herr **Richard Makketanz** war Inhaber einer großen Mahlmühle und eines Sägewerkes – das bunte Bogenfenster über Altar und Kanzel im Westgiebel der Kirche. In bunten Bildern wurde die Rechtfertigung aus dem Glauben, der Kernsatz der Reformation, dargestellt. Unten links sah man Adam und Eva im Paradies, unten rechts die Geschichte vom Sündenfall, darüber in einem Kreis Christus und zu beiden Seiten Luther und Paulus. Im November 1918 sollte das Fenster durch den Superintendenten **Graemer**, Braunsberg, feierlich eingeweiht werden. Wegen der politischen Unruhen kam es aber dazu nicht.“

Das sind doch sehr brauchbare Angaben, vor allem über den Stifter. Es könnte sein, so hofft auch Herr Perle, dass sich bei der Familie Macketanz noch Unterlagen über die Kirche und das Fenster befinden. Vielleicht führen auch diese detaillierten Angaben über die Gestaltung des von Gertrud Lerbs geschaffenen Fensters weiter, denn sicherlich wurde damals dieses Erstlingswerk einer so jungen Künstlerin groß herausgestellt. Alle Angaben bitte an mich richten, da Herr Perle im Anschluss an unser Gespräch für einige Wochen verreist.

Aber nun zu einer unserer Hauptaufgaben, der Suche nach Angehörigen, über deren Schicksal nichts bekannt ist. Herr **Roland Polleschner** aus Radeberg wendet sich als langjähriger Mitarbeiter im Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge in Dresden, deren Geschäftsführer er acht Jahre lang war, an uns, denn im Rahmen eines in Vorbereitung befindlichen sehr umfangreichen Netz-Projektes gehen auch die Namen und Daten vieler Ostpreußen durch seine Hände. So auch die in unserer Kolumne veröffentlichten, denn Herr Polleschner ist ein langjähriger Leser unserer Zeitung und somit auch der Ostpreußischen Familie. Vor einiger Zeit wandte sich nun Herr Kretschmann aus Dresden an ihn mit der Bitte, ihm bei Nachforschungen zum Verbleib seines Vaters **Bernhard Kretschmann** aus Samlack/Ostpreußen zu helfen. Nach seinen Informationen wurde er nach Kriegsende in ein sibirisches Gefangenenlager transportiert. Nachfragen von Herrn Polleschner bei der WAST in Berlin oder dem Suchdienst des Roten Kreuzes blieben leider ohne Erfolg. Sowohl Herr Kretschmann als auch Herr Polleschner würden sich freuen, wenn mit Hilfe der Ostpreußischen Familie und ehemaliger Bewohner des Heimatdorfes von Bernhard Kretschmann etwas Licht in das Dunkel dieses Schicksals gebracht werden könnte. So weit die Angaben – dass diese bei den Suchstellen nicht zum Erfolg führen konnten, liegt auf der Hand, denn einen Ort „Samlack“ hat es in Ostpreußen nie gegeben. Nicht einmal einen ähnlich klingenden Namen, da wäre höchstens „Samalucken“, das spätere „Grenzfelde“ im Kreis Schlossberg/Pillkallen, oder „Samalgallen“ im Kreis Tilsit-Ragnit, aber diese Vermutungen sind schon zu hoch gegriffen. Viel eher – und das werden auch manche Leser sofort im Gespür gehabt haben – dürfte hier die Verwechslung mit „Samland“ vorliegen. In diesem alten prussischen Gau – heute noch als markantes Viereck zwischen Ostsee und Deime, den Haffen und dem Pregel auf jeder Wetterkarte sofort zu erkennen – lagen viele Ortschaften, die ostpreußische Metropole Königsberg wie bekannte Seebäder und weit verstreut wie auf einem bunten Flickenteppich die schmukken Dörfer und Höfe. Und so könnte es sein, dass Herr Bernhard Kretschmann irgendwo „aus dem Samland“ stammte. Auch die zweite Namensnennung dürfte nicht stimmen, denn Herrr Polleschner gibt die Bezeichnung „Gurken“ für das sibirische Lager an, aber er fügt vorsorglich hinzu: „oder ähnlich“. Wie ähnlich, das müssen nun unsere Leser herausfinden, denn nur sie können da weiterhelfen. Alles auf einen kurzen Nenner gebracht: Wer irgendwann und irgendwo mit einem Bernhard Kretschmann aus Ostpreußen zusammen war, melde sich bitte bei Herrn Roland Polleschner, Ferdinand-Freiligrath-Straße 10 in 01454 Radeberg, oder bei Herrn Kretschmann, der über die Telefonnummer (0351) 25581471 zu erreichen ist.

Eure

Ruth Geede

„Unsere Familie“ auch im Internet-Archiv unter www.preussische-allgemeine.de

Wir gratulieren ...

ZUM 102. GEBURTSTAG

Rupprecht, Ida, aus Walden, Kreis Lyck, jetzt Achardstraße 1, 31319 Sehnde, am 8. Mai

ZUM 101. GEBURTSTAG

Marowka, Johanna, geb. **Asdecker**, aus Ebenrode, jetzt Ueberfelder Straße 14, 42855 Remscheid, am 6. Mai

Molloisch, Maria, geb. **Quass**, aus Kiöwen, Kreis Treuburg, jetzt Falscheider Straße 92, 32584 Löhne, am 5. Mai

ZUM 98. GEBURTSTAG

Brettschneider, Ruth, geb. **Weigel**, aus Neuendorf, Forsthaus, Kreis Wehlau, jetzt Pfaffenwiese 1, 37441 Bad Sachsa, am 5. Mai

Ewert, Hulda, geb. **Schmidt**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Heuweg 18, 21039 Börnsen, am 4. Mai

ZUM 97. GEBURTSTAG

Block, Alfred, aus Ortelsburg, jetzt Kluser Platz 4, 42103 Wuppertal, am 6. Mai

Radtke, Erna, geb. **Korsch**, aus Korschen, Kreis Rastenburg, jetzt Friesoiter Straße 7, 49661 Cloppenburg, am 1. Mai

Schulz-Jander, Hildegard, geb. **Gerlach**, aus Bürgersdorf, Kreis Wehlau, jetzt Klosterkirchhof 11, 24103 Kiel, am 3. Mai

ZUM 95. GEBURTSTAG

Fietkau, Helmuth, aus Ukta, Masuren, jetzt Königsberger Straße 5, 53721 Siegburg, am 20. April

ZUM 94. GEBURTSTAG

Brasack, Paul, aus Tapiau, Kittlaus Straße, Kreis Wehlau, jetzt Am Windfang 6A, 31812 Bad Pyrmont, am 9. Mai

Kosakowski, Siegfried, aus Lyck, Yorkstraße 34, jetzt Am Eichenkamp 24, 51588 Nürnberg, am 9. Mai

ZUM 93. GEBURTSTAG

Blumreiter, Senta, geb. **Litty**, aus Seehoben, Kreis Schloßberg, jetzt Köhlerstraße 27, 12205 Berlin, am 9. Mai

Borris, Siegfried, aus Neuendorf, Kreis Lyck, jetzt Am Kirchenberg 3, 38321 Denkte, am 4. Mai

Clauditz, Charlotte, geb. **Ludzuweit**, aus Nassawen, Kreis Ebenrode, jetzt Weiselerstraße 46, 35510 Butzbach, am 9. Mai

Dembski, Karl, jun., aus Diebauen, Kreis Treuburg, jetzt Kemnitzer Chaussee 194a, 14542 Werder, am 4. Mai

Hormel, Erika, geb. **Lipka**, verw. **Frede**, aus Turau, Kreis Johannisburg, jetzt Eschstraße 5, 63069 Offenbach, am 5. Mai

Kleinke, Elfriede, geb. **Szesny**, aus Kielen, Kreis Lyck, jetzt Orleansstraße 75c, 31135 Hildesheim, am 9. Mai

Para, Frieda, geb. **Danielzik**, aus Grünwalde, Kreis Ortelsburg, jetzt Robertstraße 9, 51645 Gummersbach, am 6. Mai

Schulz, Meta, geb. **Beister**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Hans-Böckler-Straße 9, 26603 Aurich, am 9. Mai

Schumacher, Hilda, geb. **Scheppat**, aus Tilsit, Lindenstraße 29, jetzt 42653 Solingen/Ohligs, Altenzentrum, am 23. April

Skubich, Johanna, geb. **Slaby**, aus Aulacken, Kreis Lyck, jetzt Mecklenburger Straße 12, 23972 Lübow, am 9. Mai

ZUM 92. GEBURTSTAG

Ludwig, Helga, geb. **Lackner**, aus Lyck, Königin-Luisen-Platz 3, jetzt Woldkamp 2, Wohnstift, 23669 Timmendorfer Strand, am 5. Mai

ZUM 91. GEBURTSTAG

Blank, Heinz, aus Memelland und Groß Klingbeck, Kreis Heiligenbeil, jetzt Rethwiese 26, 25421 Pinneberg, am 6. Mai

Boljahn, Minna, geb. **Langecker**, aus Goldbach, Kreis Wehlau, jetzt Königsberger Straße 4, 42719 Solingen, am 7. Mai

Hoffmann, Else, geb. **Buczilowski**, aus Waldwerder, Kreis Lyck, jetzt Burgstraße 95, 44651 Herne, am 4. Mai

Hohmann, Irma, geb. **Bondzio**, aus Lyck, jetzt Vormstegen 23, 25336 Elmshorn, am 4. Mai

Turowski, Erich, aus Reinkental, Kreis Treuburg, jetzt Mozartstraße 2, 78256 Steißlingen, am 4. Mai

Werner, Michael, aus Lyck, jetzt 1428. Hosted Avenue, San Jose, California, USA, am 4. Mai

ZUM 90. GEBURTSTAG

Bork, Frieda, geb. **Kuerella**, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, jetzt Hirtsgrunder Weg 12B, 57334 Bad Laasphe, am 4. Mai

Hess, Erika, geb. **Thews**, aus Ebenrode, jetzt Sandhauser Straße 43A, 13505 Berlin, am 9. Mai

Krüger, Lydia, geb. **Meyer**, aus Bunhausen, Kreis Lyck, jetzt Trift 10, 23738 Kabelhorst, am 3. Mai

Markowski, Gertrud, geb. **Sostak**, aus Draheim, Kreis Treuburg, jetzt Weingartenstraße 164, 99628 Hardisleben, am 5. Mai

Meendermann, Hilda, geb. **Kohnert**, aus Alt-Passarge, Kreis Heiligenbeil, jetzt Lehmkuhlstraße 11, 48431 Rheine, am 5. Mai

Seestädt, Franz, aus Tapiau, Landsturmstraße, Kreis Wehlau, jetzt Bauernvogtkoppel 6, 22393 Hamburg, am 7. Mai



ZUM 85. GEBURTSTAG

Berndt, Lene, geb. **Lauff**, aus Goldensee, Kreis Lötzen, jetzt Berliner Straße 7, 35460 Staufenberg-Landwehrhagen, am 7. Mai

Blome, Irmgard, geb. **Kelbassa**, aus Montwitz, Kreis Ortelsburg, jetzt Hauptstraße 207, 33818 Leopoldshöhe, am 4. Mai

Bublitz, Kurt, aus Friedrichshof, Kreis Ortelsburg, jetzt Ardeystraße 189C, 58452 Witten, am 5. Mai

Chlench, Horst Gottfried, aus Weißenburg, Kreis Sensburg, jetzt Warendorpstraße 72, 23554 Lübeck, am 3. Mai

Doepner, Dr. Gerd, aus Friedrichsdorf, Kreis Ortelsburg, jetzt Quarzweg 6, 44269 Dortmund, am 4. Mai

Emmenthal, Fritz, aus Klein Engelau, Kreis Wehlau, jetzt Tannenhof 75, 22397 Hamburg, am 8. Mai

Fischer, Edith, geb. **Wilk**, aus Bobern, Kreis Lyck, jetzt Eberhard-Wildermuth-Straße 15, AWO-Altenzentrum, 34121 Kassel, am 4. Mai

Greve, Herta, geb. **Glaw**, aus Schneewalde, Kreis Heiligenbeil, jetzt Achtern Höfen 5, 24619 Bornhöved, am 4. Mai

Hoffmann, Marianne, geb. **Ewert**, aus Koppershagen, Kreis Wehlau, jetzt Hamelstraße 19, 61350 Bad Homburg, am 9. Mai

Jantzen, Irene, geb. **Galonska**, aus Mensguth, Kreis Ortelsburg, jetzt Heubergstraße 84, 72461 Albstadt, am 8. Mai

Kaczinski, Erich, aus Fröhlichsdorf, Kreis Ortelsburg, jetzt Steinfurthof 2, 45884 Gelsenkirchen, am 9. Mai

Kroh, Dora, geb. **Lipowski**, aus Saalfeld, Kreis Mohrungen, jetzt Kukler Mühlenweg 29, 59457 Werl, am 6. Mai

Kruschinski, Else, geb. **Lyhs**, aus Königsruh, Kreis Treuburg, jetzt Moorstücke 2, 28790 Schwanewede, am 6. Mai

Müller, Elfriede, geb. **Born**, aus Prostken, Kreis Lyck, jetzt Am Schönen Hoope 22, 30974 Wennigsen, am 6. Mai

Olbrisch, Herta, geb. **Welk**, aus Höhenwerder, Kreis Ortelsburg, jetzt Michaelsgasse 51, 74523 Schwäbisch Hall, am 5. Mai

Orlowski, Kurt-Fr., aus Langsee, Kreis Lyck, jetzt Diekberg 3, 33178 Borchen, Ortsteil Kirchborchen, am 5. Mai

Pape, Jutta, geb. **Müller**, aus Frischenau, Stanillien, Kreis Wehlau, jetzt Meyerhofweg 3, 49086 Osnabrück, am 6. Mai

Pörschke, Johannes, aus Willenheim, Kreis Lyck, jetzt Schultenstraße 12, 48431 Rheine, am 9. Mai

Rücker, Meta, geb. **Hopp**, aus Eisenberg, Kreis Heiligenbeil, jetzt Burgwaller Landstraße 7, 16792 Zehdenick, am 5. Mai

Ruttens, Ilse, geb. **Winkler**, aus Rosenheide, Kreis Lyck, jetzt Niederberheimer Straße 75, 59494 Soest, am 6. Mai

Salloch, Heinz, aus Mostolten, Kreis Lyck, jetzt Frintroper Straße 72, 46047 Oberhausen, am 6. Mai

Samoraj, Lydia, geb. **Becker**, aus Langsee, Kreis Lyck, jetzt Tannenbergplatz 15, 32339 Espelkamp, am 6. Mai

Scheffler, Heinz, aus Langenhöh, Kreis Lyck, jetzt Auf dem Kelm 10, 44536 Lünen, am 9. Mai

Schneier, Dorothea, geb. **Falk**, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, jetzt Weddestraße 102, 22111 Hamburg, am 9. Mai

Schwittay, Karl-Heinz, aus Ortelsburg, jetzt Neue Marktstraße 22, 39387 Oschersleben, am 3. Mai

Skubich, Irene, geb. **Mörer**, aus Waldwerder, Kreis Lyck, jetzt Schmützberg 99, 23717 Kasseedorf, Ortsteil Sagau, am 9. Mai

Wischnewski, Fritz, aus Woinassen, Kreis Treuburg, jetzt Moritzstraße 11, 44579 Castrop-Rauxel, am 5. Mai

Woseidlo. Edith, geb. **Pollehn**, aus Leißienen, Redden Vorwerk, Kreis Wehlau, jetzt Schonnebecker Straße 15, 45884 Gelsenkirchen, am 7. Mai

ZUM 80. GEBURTSTAG

Balschun, Horst, aus Trakehnen, Kreis Ebenrode, jetzt Richard-Beck-Straße 7, 09599 Freiberg, am 4. Mai

Bossems, Edeltraut, geb. **Schemionek**, aus Garbassen, Kreis Treuburg, jetzt Marktstraße 13, 47798 Krefeld, am 4. Mai

Comteße, Hanna, geb. **Schroeder**, aus Groß Engelau, Kreis Wehlau, jetzt Rahlstedter Weg 112, 22159 Hamburg, am 4. Mai

Druba, Siegfried, aus Zeysen, Kreis Lyck, jetzt Bayrische Straße 89, 44339 Dortmund, am 5. Mai

Erichsen, Hildegard, geb. **Galow**, aus Bilderweiten, Kreis Ebenrode, jetzt Trendelbuscher Weg 1, 27777 Ganderkesee, am 9. Mai

Lyssewski, Edith, geb. **Roß**, aus Millau, Kreis Lyck, jetzt Wiesenweg 4, 23738 Lensahn, am 4. Mai

Möller, Liselotte, geb. **Erbach**, aus Eichhagen, Kreis Ebenrode, jetzt Bahnhofstraße 21, 25563 Wrist, am 9. Mai

Schrenke, Eva, geb. **Gehlhaar**, aus Tapiau, Altstraße, Kreis Wehlau, jetzt Humboldtstraße 38, 59557 Lippstadt, am 9. Mai

Schwarte, Hildegard, geb. **Sdunkowski**, aus Mulden, Kreis Lyck, jetzt Harthorststraße 17, 45899 Gelsenkirchen, am 4. Mai

Tollkühn, Gerda, geb. **Brodowski**, aus Stradauen, Kreis Lyck, jetzt Am Lennestein 6, 58762 Altena, am 7. Mai

Valentin, Dr. Hans-Joachim, aus Pobethen, Kreis Samland, jetzt Straße 31 Nr. 2B, 13089 Berlin, am 3. Mai

Vogt, Lena, geb. **Jotzo**, aus Martinshöhe, Kreis Lyck, jetzt Jesinghauser Straße 28, 58332 Schwelm, am 8. Mai

Willenberg, Günther, aus Prostken, Kreis Lyck, jetzt Albert-Schweitzer-Straße 19, 24119 Kronshagen, am 6. Mai



Böhnke, Ewald, aus Schwengels, Kreis Heiligenbeil, jetzt Leonore, geb. **Damis**, aus Retzowsfeld, Kreis Greifenhagen, jetzt Ortsteil Winterfeld, 24321 Klamp, am 6. Mai

Schlicht, Kurt, aus Pobethen, Kreis Samland, und Frau Erika, geb. **Loock**, jetzt Hattorfer Straße 6, 38442 Wolfsburg, am 7. Mai

Ermländische Begegnungstage



Bad Sassendorf – Vom Freitag, 28. bis Sonntag, 30. Mai finden die „Ermländischen Begegnungstage 2010" im Haus Düsse in Ostinghausen, 59505 Bad Sassendorf (bei Soest), statt. Anmeldungen beim Ermlandhaus, Telefon (0251) 211477. Traditionsgemäß werden Gäste aus Westdeutschland sowie dem heutigen Ermland erwartet. Auch wird unter anderem der ermländische Visitator Dr. Schlegel diese Tage der Begegnung begleiten. Die diesjährigen ermländischen Begegnungstage stehen unter dem Thema: „Das unliebsame Kind". Mit diesem Schwerpunkt wird der Blick nach innen, in die deutsche Gesellschaft gerichtet. Darin soll die heutige Arbeit und Seelsorge an Vertriebenen, die Jugendarbeit in Polen und Deutschland, die Begegnung mit der neuen polnischen Generation beleuchtet und dies der Tatsache gegenübergestellt, dass diese Aktivitäten stets in der bundesrepublikanischen Gesellschaft ein Schattendasein fristen, dass sie politisch ausgeblendet werden, ja unliebsam sind. Zum einen, weil der Blick nach Osten wegen des Wohlstandgefälles generell mit einer gewissen Zurückhaltung behaftet ist, und zum anderen, weil das Geschehene in den Weltkriegen immer noch auf uns wie ein vorgehaltener Spiegel lastet. Diesem in der Völkergemeinschaft einzigartigen Verhalten der Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland will man auf den Grund gehen. Preise für Vollpension: Erwachsene: 49 Euro/Nacht, Kinder kostenlos (bis 15 Jahren), GJE 50 Pronzent Ermäßigung und Reisekostenzuschuss.

Veranstaltungskalender der LO

Jahr 2010

3.–5. Mai: Arbeitstagung der Landesfrauenleiterinnen im Ostheim, Bad Pyrmont

21./24. Mai: Ostpreußisches Musikwochenende in Bad Pyrmont

26. Juni: Deutsches Sommerfest der Landsmannschaft Ostpreußen in Hohenstein

24.–26. September: Geschichtsseminar in Bad Pyrmont

11.–17. Oktober: 56. Werkwoche in Bad Pyrmont

29.–31. Oktober: Seminar über Agnes Miegel in Bad Pyrmont

6./7. November: Ostpreußische Landesvertretung in Bad Pyrmont

8.–12. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Bad Pyrmont

Auskünfte bei der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 4140080. Auf einzelne Veranstaltungen wird hingewiesen. Änderungen vorbehalten.

Ortsänderung

Hamburg – Das Deutsche Sommerfest der Landsmannschaft Ostpreußen am 26. Juni findet in diesem Jahr in Hohenstein statt. Nähere Informationen bei Christiane Rinser, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, Fax (040) 41400826 E-Mail: rinser@ostpreussen.de

Hörfunk & Fernsehen

Sonnabend, 1. Mai, 15.35 Uhr, Phoenix: Die stählerne Zeit.

Sonnabend, 1. Mai, 20.10 Uhr, ntv: Wir Deutschen – Vom Reich zur Republik.

Sonntag, 2. Mai, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und Neue Heimat.

Sonntag, 2. Mai, 21.45 Uhr, Phoenix: Tito-Nostalgie.

Sonntag, 2. Mai, 23.05 Uhr, N24: N24-History – Die Geschichte der Deutschen.

Sonntag, 2. Mai, 23.30 Uhr, ZDF: Schicksalstag 1. Mai – Der lange Weg zum Tag der Arbeit.

Montag, 3. Mai, 20.05 Uhr, N24: Auf Feindfahrt – Angriff der Wolfsrudel.

Montag, 3. Mai, 00.30 Uhr, ZDF: KoranKinder – Geschlossene Gesellschaften.

Dienstag, 4. Mai, 20.15 Uhr, Phoenix: Die Gestapo – Hitlers schärfste Waffe (1/3).

Dienstag, 4. Mai, 21 Uhr, Phoenix: Deutsche Kolonien – Vom Entdecker zum Eroberer (1/3).

Mittwoch, 5. Mai, 20.15 Uhr, ARD: Wiedersehen mit einem Fremden – Heimatdrama um einen Kriegsheimkehrer.

Mittwoch, 5. Mai, 20.15 Uhr, ZDF: Dresden – Kriegsdrama über die Bombardierung der Elbmetropole.

Mittwoch, 5. Mai, 20.15 Uhr, 3sat: Als der Osten noch Heimat war (1/3).

Mittwoch, 5. Mai, 20.15 Uhr, Arte: Dissidenten, die Macher der Freiheit.

Mittwoch, 5. Mai, 20.15 Uhr, Phoenix: Die Gestapo – Terror ohne Grenzen (2/3).

Mittwoch, 5. Mai, 21 Uhr, Phoenix: Deutsche Kolonien – Afrika brennt (2/3).

Donnerstag, 6. Mai, 20.15 Uhr, 3sat: Als der Osten noch Heimat war (2/3).

Donnerstag, 6. Mai, 20.15 Uhr, Phoenix: Die Gestapo – Henker an der Heimatfront (3/3).

Donnerstag, 6. Mai, 21 Uhr, Phoenix: Deutsche Kolonien – ... und morgen die ganze Welt (3/3).

Donnerstag, 6. Mai, 22.05 Uhr, N24: Das Hitler-Tonband.

Freitag, 7. Mai, 20.15 Uhr, 3sat: Als der Osten noch Heimat war (3/3).

Aus den Heimatkreisen

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ALLENSTEIN LAND

Kreisvertreter: Herbert Monkowski, Hahnenbecke 12, 58540 Meinerzhagen, Telefon (02354) 4147. Geschäftsstelle: Gemeindeverwaltung Hagen a. T. W., Postfach 12 09, 49170 Hagen a. T. W., Telefon (05401) 9770.

Kirchspieltreffen – Am Sonnabend, 14. August, findet das Kirchspieltreffen Dietrichswalde in der Ekbertstraße 15, Dortmund-Aplerbeck statt. Damit findet dieses Treffen erstmals im Westen der Bundesrepublik Deutschland statt. Schon über 50 Personen haben sich angemeldet.

BRAUNSBERG

Kreisvertreter: Manfred Ruhnau, Tel.: (02241) 311395, Fax (02241) 311080, Bahnhofstraße 35 b, 53757 Sankt Augustin. Geschäftsstelle: Stadtverwaltung Münster, Patenstelle Braunsberg, 48127 Münster, Tel.: (0251) 4926051.

8. Kreistreffen in der Heimat – 8. Kreistreffen in der Heimatstadt Braunsberg vom 15. bis 24. Juni 2010 (zehn Tage). Reisepreis pro Person im DZ 780 Euro, EZ-Zuschlag für die ganze Reise 170 Euro. Zusteigemöglichkeiten am Dienstag, 15. Juni in Sankt Augustin, Bonn, Köln, Dortmund, Hannover, Bremen, Hamburg und entlang der BAB Hannover–Berlin nach Absprache möglich. Erste Übernachtung im Großraum Posen, sechs Nächte in Braunsberg beziehungsweise Frauenburg, zwei Nächte in Danzig und auf der Rückfahrt in Stettin. Melden Sie sich bei Kreisvertreter Manfred Ruhnau, Telefon (02241) 311395. Er schickt Ihnen gerne nähere Informationen und die Reiseunterlagen zu.



GOLDAP

Kreisvertreter: Stephan Grigat, Telefon (05231) 37146, Fax (05231) 24820, Heidentalstraße 83, 32760 Detmold. Geschäftsstelle: Annelies Trucewitz, Hohenfelde 37, 21720 Mittelnkirchen, Telefon (04142) 3552, Telefax (04142) 812065, E-Mail: museum@goldap.de. Internet: www.goldap.de.

Kirchspieltreffen – Treffen der Arnswalder Familie (Kirchspiel Grabowen), 30. April bis 3. Mai 2010, Bingen am Rhein, Hotel Krone. Kontakt: Gerd Moritz, Telefon (06721) 45847 oder Mobil (0176) 51223619, E-Mail: gerd.moritz@gmx.de

Dorftreffen – Heimattreffen der Dorfgemeinschaften Texeln und Umgebung, 3. bis 6. Mai 2010, Hotel Alter Speicher (Beckergrube 91-93, 23552 Lübeck, Telefon (0451) 71045. Kontakt Irmgard Koch, Kappenbergstraße 30, 37632 Eschershausen, Telefon (05534) 1214.

„Frühling in Ostpreußen“ – Veranstaltung der Heimatkreise Goldap, Angerburg und Darkehmen in Berlin am 6. Mai 2010, 14 Uhr, „Oase-Amera“, Borussiasstraße 62, 12103 Berlin. Kontakt Marianne Becker, Charlottenstraße 41, 12247 Berlin, Telefon (030) 7712354.

Dorftreffen – Steinhagner (Juckneitscher) Dorftreffen, 22.–23. Mai 2010, Gaststätte Columbus, 29664 Krelingen, Krs. Walsrode (Soltau-Fallingbostel), Telefon (05167) 326. Kontakt: Klaus Reinhardt, Heerstraße 21, 78628 Rottweil, Telefon (0741) 12738 oder (0741) 12738.

Kirchspieltreffen – Kirchspieltreffen Dubeningken, 27. bis 30. Mai 2010, Ostheim, Parkstraße 14, Bad Pyrmont. Kontakt: Hans-Rainer Danehl, Habichtsweg 24, 60437 Frankfurt, Telefon (069) 504485.



HEILIGENBEIL

Kreisvertreterin: Elke Ruhnke, Remscheider Straße 195, 42369 Wuppertal, Tel.: (0202) 461613. Stellvertreter: Christian Perbandt, Im Stegfeld 1, 31275 Lehrte, Tel.: (05132) 57052. 2. Stellvertreter: Michael Ochantel, Schulstraße 17, 84056 Rottenburg, Telefon (08781) 203164. Internet: www.kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

90. Geburtstag. Gratulation Ilse Vögerl geborene Krause aus Heiligenbeil – „Das Bewusstsein eines erfüllten Lebens und die Erinnerung an viele gute Stunden sind das größte Glück auf Erden. Am 24. April 1920 wurde Ilse als Tochter des Lehrers Walter Krause und seiner Frau Marie, geb. Blumenthal, in Heiligenbeil geboren. Sie erlernte, genau wie ihr Vater, den Lehrerberuf und war in Heiligenbeil an der Hauswirtschaftsschule angestellt. Am 27. September 1944 heiratete sie den Oberleutnant der Luftwaffe Georg Vögerl, der in Heiligenbeil auf dem Fliegerhorst eingesetzt war. Nach dem Krieg zog Ilse Vögerl mit ihrem Ehemann nach Berlin. 1947 wurde die Tochter Marianne geboren. Am 27. September 2009 konnte sie zusammen mit ihrem Ehemann das Fest der Eisernen Hochzeit begehen. Für die Belange der Heiligenbeiler und hier besonders der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil e.V. hat sie sich stets eingesetzt. Sie war 1. Stadtvertreterin von Heiligenbeil vom 13. Juni 1981 bis zum 10. September 2005. Über viele Jahre veranstaltete Ilse Vögerl gut besuchte Heiligenbeiler Schultreffen in Burgdorf anlässlich der Kreistreffen. In Berlin gehörte sie seit der Gründung der „Kreisgruppe Heiligenbeil“ über Jahrzehnte zu den aktivsten Mitarbeiterinnen. Für ihre Tätigkeit und ihr Engagement erhielt sie mehrere Ehrenzeichen. Darüber hinaus die Treueurkunde und das Abzeichen der Landsmannschaft Ostpreußen im Jahre 1998. Stellvertretend für die Kreisgemeinschaft möchte ich mich für den unermüdlichen Einsatz für unsere Kreisgemeinschaft bei Ilse Vögerl bedanken und wünsche ihr für die nächsten Jahre alles erdenklich Gute. Elke Ruhnke



JOHANNISBURG

Kreisvertreter: Dr. Manfred Solenski, Fichtenstraße 14, 26316 Varel, Telefon (04451) 4581, Fax (04451) 9189298, E-Mail: solenski@kreis-johannisburg.de. Schriftführerin: Ingelore Friedrich, Hitzackerweg 1, 30625 Hannover, Telefon (0511) 578649, E-Mail: friedrich@kreis-johannisburg.de, Internet: www.kreis-johannisburg.de

Gehlenburg – Das Heinrich-Heldt-Haus und die evangelische Kapelle können besichtigt werden. Klaus Kipnik, Gehlenburg, der im Nebenhaus wohnt, bewirtet die Besucher mit Kaffee und Kuchen. Um vorherige Anmeldung wird gebeten. Seine Adresse lautet: Klaus Kipnik, PL-12-230 Biala Piska, ul. Plac Mickiewicza 23/2. Tel.Kom +48(50) 2539065, Telefon +48(87) 4239250. Die evangelische Kapelle ist vom Hof des Rathauses und von der Straße zugänglich. Das Rathaus und die Sparkasse am Marktplatz gehören zu den schönsten Gebäuden Gehlenburgs. Kontakt: Hildegard Schmolke, Telefon (040) 51328847.

Johdnnisburger Heimatbrief 2010, S. 124 / CD Ostpreußenlied – Berichtigung beziehungsweise Änderung: Die Telefonnummer am Ende des Artikels „Unser Ostpreußenlied als Bestandteil des Oratoriums „Ostpreußenland“ auf der Seite 124 enthält eine falsche Ziffer. Die CD wird nunmehr von Ingrid Nowakiewitsch, Telefon (02773) 3941, an Interessenten versandt. Der Preis von 5 Euro bleibt. – Sie, eine ehemalige Königsbergerin, und Benno Krutzke (Kreistagsmitglied der Kreisgemeinschaft) regten eine Wiederaufführung des Oratoriums an. Als Ergebnis entstand unter Mithilfe von Munin Brust, dem Sohn des Komponisten Herbert Brust, Martin Giebeler (Chor- und Orchesterleiter) sowie dem Chor und Orchester des Wilhelm-von-Oranien-Gymnasiums Dillenburg die Einspielung des Schlusschores des Oratoriums „Ostpreußenland“, dem Ostpreußenlied „Land der dunklen Wälder“ nach der Originalpartitur. Der Text stammt von Erich Hannighofer. Damit erhielten die Ausführungen den Ersten Platz bei der Verleihung des Gumbinner Heimatpreises („Die ostpreußische Familie“, Ruth Geede, *Ostpreußenblatt*, Folge 21, 24. Mai 2008 und „Johannisburger Heimatbrief“, S. 122 sowie im Internet unter www.kreis-johannisburg.de).



NEIDENBURG

Kreisvertreter: Jürgen Szepanek, Nachtigallenweg 43, 46459 Rees-Haldern, Tel. / Fax (02850) 1017.

Jürgen Rohde † – Im Alter von 86 Jahren verstarb am 1. März unser Landmann Jürgen Rohde unerwartet während eines Skiurlaubs. Vater Dr. Georg Rohde war Studienrat am Neidenburger Gymnasium und setzte nach Ende des Krieges seine Tätigkeit an einem Gymnasium in der Universitätsstadt Göttingen fort. Jürgen Rohde baute 1942 in Neidenburg sein Abitur und ging anschließend zur Marine. Später war er als Leitender Ingenieur eines U-Bootes im Einsatz. Nur durch viele Zufälle und Glück überlebte er die Kriegswirren. 1947 aus englischer Gefangenschaft ins Heimatland zurückgekehrt, studierte er in Göttingen Englisch, Erdkunde, Sport und Gemeinschaftskunde. Ab 1956 unterrichtete er am Gymnasium Northeim (Niedersachsen) und schied 1987 als Oberstudienrat aus dem Schuldienst. Auch zwei seiner drei Kinder sind als Gymnasiallehrer in die Fußstapfen von Großvater und Vater getreten. Mit seiner Gattin Edelgard war er im vergangenen Jahr noch ein letztes Mal in seinem geliebten Ostpreußen, wo beide an einem See die herrlichen Urlaubstag genossen. Anstelle von zugedachten Blumen anlässlich der Trauerfeier wurde im Sinne des Verstorbenen um eine Spende für die Kreisgemeinschaft Neidenburg gebeten. Wunschgemäß werden wir den zur Verfügung stehenden Betrag seiner Verwendung zuführen. Für diese gute Geste bedanken wir uns recht herzlich und wünschen der Familie für die Zukunft alles Gute. Jürgen Szepanek.



ORTELSBURG

Kreisvertreter: Dieter Chilla, Bussardweg 11, 48565 Steinfurt, Telefon (02552) 3895, E-Mail: d.chilla@kreis-ortelsburg.de. Geschäftsführer: Hans Napierski, Telefon (0209) 357391, E-Mail: h.napierski@kreis-ortelsburg.de. Internet: www.kreis-ortelsburg.de

Treffen der Ortelsburger Kreistagsmitglieder – Für den im letzten Jahr gewählten Kreisvorsitzenden Dieter Chilla war es das erste Mal, als er den Kreistag der Ortelsburger in seiner diesjährigen Sitzung leitete. Eingangs bedankte sich der Vorsitzende bei seinem Vorgänger Edelfried Baginski, der ihm durch seine 16jährige Arbeit ein gut bestelltes Feld überlassen hat. In seiner programmatischen Ansprache ging Dieter Chilla auf die notwendige Zusammenarbeit zwischen Erlebnis- und Bekenntnisgeneration ein: „Zentrale Orientierung für die Zukunft wird das furchtbare Erleben der Mitglieder der Erlebnisgeneration sein, deren Schicksal in allen Zeiten mit Respekt und Wahrhaftigkeit behandelt werden wird. Wir müssen jedoch vor Augen haben, dass die Aktivitäten der Mitglieder der Erlebnisgeneration zeitbedingt rückläufig sind. Die Menschen der Bekenntnisgeneration warten nur darauf, angesprochen zu werden. Allein im Großraum Ruhrgebiet leben mindestens eine Millionen Nachfahren von Menschen mit masurischer Herkunft. In Deutschland und darüber hinaus sind es noch weit mehr potenzielle Interessenten. Wir müssen uns als Kreisgemeinschaft verdeutlichen, dass wir als Ansprechpartner hinsichtlich ihrer Vorfahren eine erste Adresse sind. Es gibt leider Anbieter auf dem Markt der Geschichtsforschung, die unsere ostpreußische Geschichte zunehmend verkürzt, verzerrt oder ideologisch verfälscht darstellen.“ Eine Möglichkeit, sich einem breiteren Publikum zu öffnen, sieht er in der Präsentation durch das Internet. Ausdrücklich dankte er Alfred Denda, der neben seinen Aktivitäten als Schriftleiter des Heimatboten die Grundlagen für die Homepage der Kreisgemeinschaft gelegt hat. Diese Gestaltung der Homepage wird in Zukunft von Alfred Olbrisch fortgeführt, der sie in einigen Monaten mit einem neuen Gesicht und erweiterten Inhalten ins Internet stellen wird. Er wird unter anderem Messtischblätter und Dorfchroniken veröffentlichen. Einen wichtigen Schwerpunkt der Arbeit der Kreisgemeinschaft Ortelsburg sieht der Vorsitzende in der Fortführung der Versöhnungsarbeit mit den polnischen Nachbarn:“ Die Zeiten, in denen wir mit einer freundlichen ostpreußischen Oma bei Kaffee und Mohnkuchen plachandern können, sind nahezu vorbei. Es gibt jedoch auch im heutigen Ortelsburg zahlreiche Bürgerinnen und Bürger, die guten Willens sind, den Kontakt mit uns zu suchen. „Die Schatzmeisterin Helga Frankiewicz legte detailliert den Haushalt des Rechnungsjahres 2009 dar und verdeutlichte, dass die Kreisgemeinschaft Ortelsburg dank der Spenden ihrer Mitglieder über eine solide wirtschaftliche Basis verfügt. Dementsprechend fielen die durch Brigitte Napierski vorgestellten Ergebnisse der Kassenprüfung vorbildlich aus. Kreisausschuss und Vorstand wurden einstimmig entlastet. Wegen der erweiterten Aufgaben des Kreisausschusses wurde die Satzung einstimmig geändert, so dass Jürgen Mosdziel zum Archivverwalter und Renate Szczepanski sowie Alfred Olbrisch zu Beisitzern im Kreisausschuss einstimmig gewählt worden sind. Christel Sender berichtete über Bestand und Verkauf der Heimatliteratur. Wenngleich sie mit dem Versand von Büchern noch intensiv und gewissenhaft beschäftigt ist, muss über Wege zur Ankurblung der Vermarktung nachgedacht werden, um den hohen Lagerbestand abzubauen. Breiten Raum nahm die Berichterstattung über das dritte Ortelsburger Seminar im Februar in Bad Pyrmont ein, das durch den Geschäftsführer Hans Napierski vorbildlich organisiert war. Über die Arbeitskreise im dortigen Ostheim werden in der *PAZ/OB* weitere Artikel folgen. Eine gute Tradition: Die harmonische, von engagierten und konstruktiven Diskussionen begleitete Veranstaltung beschloss man mit einem Lied.

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 17

Ostpreußen – Was ist das?

Hamburg – Die Landsmannschaft Ostpreußen hat die Broschüre „Ostpreußen – Was ist das?“ auf Grund der großen Nachfrage neu drucken lassen. Die Broschüren werden gegen eine Schutzgebühr von 0,50 Euro pro Exemplar zuzüglich Verpackung und Versand abgegeben. Bei Bestellungen ab 50 Exemplaren liegt der Preis bei 0,40 Euro pro Broschüre und bei Bestellungen ab 100 Exemplaren bei 0,30 Euro pro Broschüre.

Bestellungen nimmt entgegen: Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Ute Vollmer, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 4140080, Fax (040) 41400819, E-Mail: vollmer@ostpreussen.de

Landsmannschaftliche Arbeit
Landesgruppen



Bund Junges Ostpreussen

Vorsitzender: Stefan Hein, Gst.: Buchtstr. 4, 22087 Hamburg, Tel.: (040) 4140080, E-Post: schmelter@ostpreussen-info.de, www.ostpreussen-info.de.

BJO-Treffen – Vom 14. bis 16. Mai, BJO-Treffen unter dem Motto „Gemeinschaft erleben“ in Bad Pyrmont. Auf dem Programm stehen unter anderem die erste BJO-Kartmeisterschaft sowie ein Besuch das Preußenmuseum Minden und des Erlebnisbades „Pyrmonter Welle“. Information und Anmeldung: Stefan Hein, Stiftskamp 20, 44263 Dortmund, Telefon (0231) 5677842, Mobil (0151) 19436447, oder bjo@ostpreussen-info.de.



Baden-Württemberg

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Buchen – Donnerstag, 6. Mai, Muttertagsfahrt nach Leonberg. Herzogin Sibylla führt durch den Schlossgarten in einer Kostümrolle. Anschließend Besuch einer Mühle. Jeder erhält kostenlos einen Vesperteller. Nähere Informationen bei Rosemarie Sieglinde Winkler, Telefon (06281) 8137.

Lahr – Donnerstag, 6. Mai, 18 Uhr, Treffen der Gruppe im Gasthaus Zum Zarko, Schillerstraße 3.

Stuttgart – Mittwoch, 5. Mai, 10 Uhr, Maiwanderung am Max-Eyth-See, Treffpunkt: Haltestelle „Max-Eyth-See“ der Linie U14. Dort gemütlicher Rundgang am See mit anschließender Möglichkeit zum Mittagessen und/oder Kaffeetrinken. Anmeldungen bitte bei Helmut Urbat, Klaus-Peter Okun oder Uta Lüttich.

Weinheim – Mittwoch, 12. Mai, 14.30 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Café Wolf. Thema: „Der polnische Korridor“.



Bayern

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Ansbach – Sonnabend, 15. Mai, 15 Uhr, Jahreshauptversammlung in der „Orangerie“. Motto: „Unseren Müttern! Kleine Geschichten, erzählt von unseren Mitgliedern“.

Fürstenfeldbruck – Freitag, 7. Mai, 14.30 Uhr, Muttertagsfeier der Gruppe im Wirtshaus Auf der Lände.

Hof – Sonnabend, 8. Mai, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zum Muttertag im Restaurant am Kuhbogen, Hof. – Für die Masurenreise vom 28. Mai bis 4. Juni sind noch einige Plätze frei. Auskunft erteilt Christian Joachim, Schleizer Straße 4, 95111 Rehau, Telefon (09283) 9416, Fax (09283) 897083.

Ingolstadt – Sonntag, 16. Mai, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe im Gasthaus Bonschab, Münchner Straße 8, Ingolstadt.

Landshut – Dienstag, 4. Mai, Maiausflug Bruckmühl, Salus Auwald. Die Fahrt erfolgt mit Privatautos.

Nürnberg – Freitag, 14. Mai, 15 Uhr, Muttertagsfeier der Gruppe im „Tucherbräu“ am Opernhaus. Gäste sind herzlich willkommen.

Weiden – Sonntag, 2. Mai, 14.30 Uhr, Heimatnachmittag der Gruppe im „Heimgarten“. – Osterhase bei den Landsleuten. Der Erste Vorsitzende Hans Poweleit konnte in der Gaststätte Heimgarten zum Heimatnachmittag viele Landsleute und Gäste begrüßen, darunter den CSU-Ortsvorsitzenden von Weiden-Ost Hans Forster. Anschließend gratulierte die Kassiererin Ingrid Uschald den Geburtstagskindern des Monats April und trug anschließend ein besinnliches Frühjahrsgedicht vor. Der Zweite Vorsitzende Norbert Uschald informierte die Anwesenden über den Ursprung des Osterfestes und über Osterbräuche wie zum Beispiel das Eierfärben. Er lud auch zum Literaturabend des Heimatrings Weiden in die Almhüttn ein sowie zum Maibaumaufbau mit Festzug und Rahmenprogramm am 1. Mai um 14 Uhr. Danach sorgte Uschald mit bekannten Frühlingsliedern für die musikalische Unterhaltung. Die Kinder Andreas und Katharina Uschald erfreuten die Landsleute außerdem mit dem Lied „Stups der kleine Osterhase“. Der „große Osterhase“ in der Gestalt des Ersten Vorsitzenden beschenkte die Gäste mit Ostereiern und Süßigkeiten. Nach dem gemütlichen Teil verabschiedete man sich mit dem Lied „Kein schöner Land“ bis spätestens zum nächsten Heimatnachmittag.



Berlin

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Stresemannstraße 90, 10963 Berlin, Zimmer 440, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-blv.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 13 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Rastenburg – Sonntag, 2. Mai, 15 Uhr, Restaurant Stammhaus, Rohrdamm 24 B, 13629 Berlin. Anfragen: Martina Sontag, Telefon (033232) 2101.



Angerburg – Donnerstag, 6. Mai, 14 Uhr, „Oase Amera“, Borussiastraße 62, 12103 Berlin, „Frühling in Ostpreußen“. Anfragen: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Darkehmen – Donnerstag, 6. Mai, 14 Uhr, „Oase Amera“, Borussiastraße 62, 12103 Berlin, „Frühling in Ostpreußen“. Anfragen: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Goldap – Donnerstag, 6. Mai, 14 Uhr, „Oase Amera“, Borussiastraße 62, 12103 Berlin, „Frühling in Ostpreußen“. Anfragen: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Mohrungen – Donnerstag, 6. Mai, 15 Uhr, Restaurant Sternstunde, Kreuznacherstraße 29, 14197 Berlin. Anfragen: Ursula Dronsek, Telefon (030) 2164338.



Tilsit-Stadt – Sonnabend, 8. Mai, 15 Uhr, Ratskeller, Rathaus Charlottenburg, Otto-Suhr-Allee 102. Anfragen: Herrmann Trilus, Telefon (03303) 403881.



Tilsit-Ragnit – Sonnabend, 8. Mai, 15 Uhr, Ratskeller, Rathaus Charlottenburg, Otto-Suhr-Allee 102. Anfragen: Heinz-Günther Meyer.



Frauengruppe der LO – Mittwoch, 12. Mai, 13.30 Uhr, „Die Wille“, Wilhelmstraße 115, 10963 Berlin, „Muttertag mit Beiträgen von Frauen“. Anfragen: Marianne Becker, Telefon (030) 771235.

Sehr geehrte Kreisvertreter, bitte denken Sie an die Zusendung der Termine für die Heimattreffen 2010!



Bremen

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 250929, Fax (0421) 250188, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Geschäftsführer: Günter Högemann, Am Heidberg 32, 28865 Lilienthal Telefon (04298) 3712, Fax (04398) 4682 22, E-Mail: g.hoegemann@-online.de

Bremen – Die Geschäftsstelle befindet sich in der Parkstr. 4, 28209 Bremen, Telefon (0421) 3469718.

Bremerhaven – Freitag, 28. Mai, 14.30 Uhr, Kulturnachmittag im Barlach-Haus. Luise Wolfram hat ihr Erscheinen zugesagt. Sie wird einen Vortrag über ihr Leben als Pastorengattin in der evangelischen Gemeinde Königsberg halten. Titel: „Störche kennen keine Grenzen“. Anmeldungen bis zum 19. Mai bei Marita Jachens-Paul, Telefon (0471) 86176. – Für den Zeitraum vom 6. bis 13. August ist eine Reise nach Nikolaiken und Elbing geplant. Besucht werden Stargard, Deutsch-Krone, Schneidemühl (1x Übernachtung), Bromberg, Thorn, Sensburg (3x Übernachtungen), Nikolaiken, Kruttinnen, Eckertsdorf, Lötzen, Steinort, Rastenburg, Bartenstein, Frauenburg, Cadinen, Elbing (2x Übernachtungen), Oberländischer Kanal, Buchwalde, Marienburg, Tiegenhof, Danzig, Karthaus, Stolp, Köslin (1x Übernachtung), Naugard, Stettin und Kolbaskowo (Grenze). Die Reise kostet pro Person 799 Euro / DZ beziehungsweise 985 Euro / EZ. An-

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 16



Preussisch Eylau

www.preussisch-eylau.de. Kreisvertreter: Rüdiger Herzberg, Brandenburger Straße 11 a, 37412 Herzberg, Tel. (05521) 998792, Fax (05521) 999611, E-Mail: r.b.herzberg@t-online.de; Kartei, Buchversand und Preußisch Eylauer Heimatmuseum im Kreishaus Verden (Aller): Manfred Klein, Breslauer Str. 101, 25421 Pinneberg, Tel. (04101) 200989, Fax (04101) 511938, E-Mail: manfred.klein.rositten@malle-tech.de.

Rücktritt – Der stellvertretende Vorsitzende Gerd Birth ist von seinen Ämtern als stellvertretender Vorsitzender, Schriftleiter und Referent für Heimatbrief und Archiv sowie als Bezirksvertreter für den Bezirk Wildenhof / Canditten zurückgetreten. Der geschäftsführende Vorstand hat in seiner Sitzung am 16. April 2010 gemäß § 8 Abs. 4 der Satzung der Kreisgemeinschaft Carola Schäfer geb. Eichstädt kommissarisch als stellvertretende Vorsitzende der Kreisgemeinschaft eingesetzt. Carola Schäfer wird den Vorsitzenden in seinen Aufgaben unterstützen. Da sie in Verden wohnt und der überwiegende Teil des Schriftverkehrs nunmehr über die Geschäftsstelle in Verden abgewickelt wird, hat sie sich bereit erklärt, dem Leiter der Geschäftsstelle, Manfred Klein, bei den bevorstehenden Arbeiten hilfreich zur Seite zu stehen. Bei unseren Partnern – der Stadt Verden und dem Landkreis Verden – ist Frau Schäfer aufgrund ihrer beruflichen und ehrenamtlichen Tätigkeiten bekannt und geschätzt.

Heimatbrief – Unser Heimatbrief „Preußisch Eylauer Kreisblatt“ Nr. 89 wurde von einem Redaktionsbeirat mit Sitz in unserer Geschäftsstelle in Verden erstellt und wird voraussichtlich einige Tage vor Pfingsten versandt. Gesammelte Beiträge, Mitteilungen und so weiter senden Sie bitte direkt an die Geschäftsstelle Kreisgemeinschaft Pr. Eylau, Lindhooper Straße 67, 27283 Verden.

Informationsbroschüre

Hamburg – Im September 2009 tagte unter der Leitung von Bundesvorstandsmitglied Gottfried Hufenbach der 7. Deutsch-Polnische Kommunalpolitische Kongress in Frankfurt an der Oder zu dem Thema „Deutsche und Polen – Nachbarn in Europa“. Die Redebeiträge der Referenten wurden nun in einer zweisprachigen Broschüre (deutsch und polnisch) veröffentlicht. Neben den Grußworten des Oberbürgermeisters von Frankfurt/Oder Patzelt und des Bürgermeisters von Słubice Bodciacki enthält die Broschüre Beiträge zur Vermittlerrolle des Collegiums Polonicum zwischen Deutschland und Polen, Krzysytof Wojciechowski, und zur engen Zusammenarbeit der Nachbarn in der Euroregion Pro Europa Viadrina, Tobias Seyfarth. Annette Bauer stellt die Europa-Universität Viadrina und Kinga Hartmann-Wóycicka die Entstehungsgeschichte und den Inhalt des Geschichtslehrbuches „Geschichte verstehen – Zukunft gestalten“ vor. Dem Thema „Zwischen gestern und morgen – Deutsche und Polen in Europa“ widmet sich der Journalist Dietrich Schröder.

Interessenten wenden sich bitte an die Landsmannschaft Ostpreußen, Christiane Rinser, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, Fax (040) 41400826 E-Mail: rinser@ostpreussen.de



Und meine Seele spannte
weit ihre Flügel aus,
flog durch die stillen Lande
als flöge sie nach Haus.
J. v. Eichendorff

Wir trauern unendlich um unsere über alles geliebte Mami, Omi, Schwester, Tante und Großtante

Rose-Marie von Grumbkow

Rittergut Adl. Eichen – Ostpreußen
* 21. Oktober 1920 † 17. April 2010
Trägerin der Bismarck-Medaillen in Silber und Gold
Du hast den Verlust der Heimat Ostpreußen nie überwinden können.

Deine Töchter
Sabine von Wissell, geb. von Grumbkow, mit Thilo
Rose-Marie von Grumbkow jun.
werden die Erinnerung wach halten,

ebenso Deine Geschwister
Familie Monika Schwerdtfeger
Familie Inge Rolshoven
Familie Brigitte Quäck
Familie Peter Dawert

Traueranschrift: Rose-Marie von Grumbkow jun., Hindenburgstraße 15–17, 45127 Essen

Die Beerdigung hat im Familien- und Freundeskreis stattgefunden.

Anstelle von zugedachten Kränzen und Blumen bitten wir im Sinne von Mami um eine Spende an die Kreisgemeinschaft Wehlau e. V., Konto-Nr. 111 000 2092 bei der Sparkasse Syke, BLZ 291 517 00, Stichwort: Beerdigung Rose-Marie von Grumbkow sen.

Mit Dankbarkeit und Trauer haben wir Abschied genommen von unserer Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Urgroßmutter, Schwägerin, Tante und Cousine

Helene Ida Krüger

geb. Schulz
* 7. November 1907 † 19. März 2010

Nach der Geburt in Schwarzstein/Kr. Rastenburg, waren ihre Lebensstationen Thorn/Westpr., Königsberg/Pr. und Hameln. Von 1934 bis 1937 wirkte sie als Gewerbelehrerin an der Ostpreußischen Mädchengewerbeschule in Königsberg.

Gleichzeitig gedenken wir unseres Vaters

Willibald Alfred Krüger

geb. 1897 in Thorn-Mocker,
seit Januar 1945 vermisst an der Ostfront.

Im Namen aller Angehörigen
Manfred W. Krüger Brunhilde Krüger

Traueranschrift: Neumarkter Allee 22, 31787 Hameln

Auferstehung ist unser Glaube,
Wiedersehen unsere Hoffnung,
Gedenken unsere Liebe.
Augustinus



In Liebe und Dankbarkeit haben wir Abschied genommen

Horst Pancritius

Hauptmann a. D.
* 30. Oktober 1918 † 28. Januar 2010
Kaimelskrug (Schilleningken) Freising
Kreis Gumbinnen

In stiller Trauer

Otto Pancritius mit Ehefrau Heidi
Kinder und Enkelkinder

Gabi Pancritius mit Ehemann
Georg Mitterpleininger

Im Namen aller Angehörigen

85356 Freising, Wiesenthalstraße 45

Ein Lebenskreis hat sich geschlossen.
In Liebe und Dankbarkeit nehmen wir Abschied von

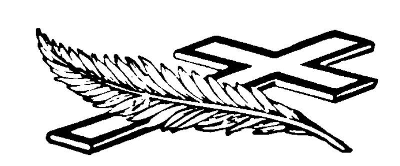
Gerhard Neumann

* 22. 2. 1926 † 20. 4. 2010

Siegmar und Uta Köpcke
Axel und Gabriela Paul
Cornelia Paul
seine Enkelkinder
und alle, die ihm nahestanden

Groß Laasch, im April 2010

Die Trauerfeier fand am Donnerstag, dem 22. April 2010, um 15.00 Uhr in Groß Laasch statt. Die Urnenbeisetzung erfolgte im engsten Familienkreis zu einem späteren Zeitpunkt.



Landsmannschaftl. Arbeit

Fortsetzung von Seite 17

meldungen ab sofort bei Klaus Eichholz, Telefon (04744) 5063, oder Bernhard Tessarzik, Telefon (04703) 1612.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Hans Günter Schattling, Helgolandstr. 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

LANDESGRUPPE

Donnerstag, 13. Mai, 9 Uhr, **Tagesfahrt der Landesgruppe ins Alte Land** (Obstblüte). Abfahrtszeiten: Harburg Bahnhof 9 Uhr, Hamburg ZOB 9.30 Uhr, Transfer zu den Landungsbrücken. Reiseverlauf: Hafenrundfahrt durch den Hamburger Hafen und die Speicherstadt nach Finkenwerder. Ab Finkenwerder Landungsbrücken, Busfahrt vorbei an den Airbus-Werken, zum Mittagessen nach Jork. Wahlweise Scholle oder Fleisch. Anschließend Rundfahrt mit Reiseleiterin in Altländertracht durch das Alte Land. Nachmittags Kaffee und Kuchen auf einem Obsthof. Leistungen: Busfahrt, Hafenrundfahrt Hamburger Hafen, Speicherstadt nach Finkenwerden, Mittagessen, Rundfahrt durch das Alte Land (Gästeführerin), Kaffee und Kuchen. Fahrpreis für Mitglieder der Landesgruppe 42 Euro, Fahrpreis für Gäste 52 Euro. Anmeldungen bei K. Wien, Telefon (040) 30067092, oder bei den Gruppenleitern, bis spätestens 10. Mai.

HEIMATKREISGRUPPEN



Insterburg – Mittwoch, 5. Mai, 13 Uhr, gemütliches Beisammensein und Gedankenaustausch im Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123-125. Gäste sind herzlich willkommen. Nähere Informationen sind bei Manfred Samel, Telefon und Fax (040) 587585, zu bekommen.



Sensburg – Sonnabend, 16. Mai, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zum gemütlichen Beisammensein im Polizeisportheim, Sternschanze 4, 20357 Hamburg. Gäste sind herzlich willkommen.

BEZIRKSGRUPPE

Billstedt – Dienstag, 4. Mai, 14.30 Uhr, Kulturveranstaltung der Gruppe im Café Winter, Möllner Landstraße 202, 22120 Hamburg, nahe Bahnstation U3 Steinfurter Allee. Gäste sind herzlich willkommen. Nähere Informationen bei Amelie Papiz, Telefon (040) 73926017.



HESSEN

Vorsitzende: Dietmar Strauß, Jahnstraße 19, 68623 Lampertheim, Tel. (06206) 4851.

Darmstadt – Sonnabend, 15. Mai, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Luise-Büchner-Haus / Bürgerhaus Am See, Grundstraße 10 (EKZ), Darmstadt-Neu-Kranichstein. Nach der Kaffeetafel geht es mit musikalischer Begleitung und Gesang in den Frühling.

Frankfurt – Bei der letzten sehr gut besuchten Zusammenkunft der Gruppe erinnerte Gerlinde Groß an die zwei Geburtstage der Gruppe: den 14. August 1898 sowie den 5. November 1949. Anschließend berichteten vier Frauen von ihren Erlebnissen und Schicksalen in der Nachkriegszeit. Erlebte Zeit, so bizarr und unbegreiflich, wie es nur das Leben schreiben kann. Hannelore Neumann: Waisenkind aus Königsberg, Waise in der DDR, nach dem Fall der Mauer das Leben in Westdeutschland, weitersuchen nach der eigenen Identität und Wurzeln in Wien; Brigitte Ofner: sudetendeutsche Schicksalsgefährtin, ein Flüchtlingskind im neuen Zuhause Hessen; Halina Jaszczenko: aus Oberschlesien, deren deutscher Name Elfriede Katharina Scholz war, ein 15-jähriges Mädchen in einem polnischen Gefangenenlager; und Lilly Becking: eine Deutsche aus Russland, geb. 1958, berichtet über die unmenschlichen Geschehnisse bei der Ausreise aus der Sowjetunion nach Westdeutschland, in das Land ihrer Vorfahren. Alle vier Damen ließen die Jahre der Schrecknisse wieder aufleben, und nahmen die Teilnehmer mit auf ihre persönlichen Schicksals- und Lebenswege. Musikalisch führte Meike Bohn mit Gesang sowie Gitarren- und Klavierspiel durch den Nachmittag. Natürlich kam auch das Plachandern nicht zu kurz, und so verlebte man zusammen ein paar gesellige Stunden.

Gießen – Freitag, 14. Mai, 15 Uhr, Treffen der Gruppe in der Mohrunger Stube, Kongresshalle Gießen. Es wird Muttertag gefeiert. Dazu gibt es frisch gebackene Waffeln und Erdbeeren. – Die letzte Versammlung stand im Zeichen des Frühlings. Gartenbauingenieur Gerhard Bock, in Kooperative mit der Gruppe der Schlesier, hielt einen Diavortrag über Blumen, Sträucher und Bäumen. Vom Blütenstempel, Exoten, Blumenbeeten sowie Bäume aller Wuchsarten und Alleen waren es prachtvolle Aufnahmen. Der Referent war bereits Ausrichter der Gartenschau in Fürth und zeigte auch hiervon sehr eindrucksvolle Bilder. Mit gemeinsam gesungenen Frühlingsliedern und einem Umtrunk dankte die Vorsitzende Erika Schmidt dem Vortragenden.

Hanau – Mittwoch, 12. Mai, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Café Menges.

Kassel – Dienstag, 11. Mai, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Restaurant Alt Süsterfeld, Eifelweg. Ab 15.30 Uhr, spricht Egmond Prill über: „Die schleichende Islamisierung".

Wetzlar – Montag, 10. Mai, 18 Uhr, Treffen der Gruppe in den Wetzlarer Grillstuben, Stoppelberger Hohl 128. Vortrag von Pfarrer Dieter Nebeling: „Das Königsberger Krankenhaus der Barmherzigkeit gestern und heute". – Beim letzten Treffen erinnerte die Kulturbeauftragte Karla Weyland mit ihrer Präsentation von Postwertzeichen an Ostpreußen. Über die deutsche Ostprovinz habe Thomas Mann (1875–1955) einst geschrieben: „man solle sich um Ostpreußen kümmern – nicht nur politisch und allenfalls wirtschaftlich, sondern mit den Sinnen, dem Herzen". Bis in die Gegenwart hinein beschäftigen sich Postverwaltungen in Deutschland, Polen, Russland, Litauen, im Vatikan und selbst in arabischen Ländern mit der Kulturgeschichte des rund 39700 Quadratkilometer großen Siedlungsgebiets der Prussen und später des Deutschen Ordens. Zur Veranschaulichung zeigte Karla Weyland Briefmarken aus ihrer umfangreichen Sammlung. Die besondere Bedeutung Ostpreußens für die Aufnahme von protestantischen Glaubensflüchtlingen aus Frankreich, den Niederlanden und Österreich im 17. und 18. Jahrhundert wie den Hugenotten, den Mennoniten und den Salzburgern zeige sich auf zahlreichen Gedenkmarken, berichtet sie. Eine besondere Aufmerksamkeit verdiende eine Marke aus dem Jahr 1990, mit der die Deutsche Bundespost an die Verabschiedung der „Charta der deutschen Heimatvertriebenen" aus dem Jahr 1950 mit deren Aufruf an alle Völker zu einem versöhnlichen Zusammenleben erinnert hat.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Bezirksgruppe Lüneburg – Zu ihrer diesjährigen Jahreshauptversammlung lud die Bezirksgruppe Lüneburg der Landsmannschaft Ostpreußen die Delegierten der örtlichen Gruppen und Vertreterinnen der Frauengruppen nach Winsen (Luhe) ein. Die Begrüßung übernahmen der Bezirksgruppenvorsitzende, Manfred Kirrinnis, und Hans-Dieter Kossack, Vorsitzender der Gruppe Winsen (Luhe). Dr. Barbara Loeffke übermittelte als deren Vorsitzende die Grüße der Landesgruppe Niedersachsen der Landsmannschaft Ostpreußen. Mit der Totenehrung, vorgetragen von der Leiterin der Frauengruppen Ute Plettau, wurde in einer Gedenkminute der Verstorbenen gedacht. Im folgenden Vorstands- und Geschäftsbericht ging Manfred Kirrinnis auf die Aktivitäten des zurückliegenden Jahres ein. Ausgiebig behandelt und diskutiert wurde ein Fragebogen der Kulturstiftung der Deutschen Vertriebenen. Der Schatzmeister, Walter Osten, stellte im Kassenbericht Einnahmen, Ausgaben und Vermögensbestand vor. Die von Erich Wander und Regina Tödter vorgenommene Kassenprüfung hat keine Beanstandungen ergeben. Der Antrag auf Entlastung wurde daher von der Versammlung einstimmig angenommen. Eine Wiederwahl gab es für Kassenprüfer Erich Wander, dessen Amtszeit in diesem Jahr abgelaufen war. Der Vorsitzende, Manfred Kirrinnis, dankte der Leiterin der Frauengruppen, Ute Plettau, für ihre geleistete Arbeit mit einem Buchpräsent. Aufgrund ihres Wegzuges aus Niedersachsen wird Ute Plettau zur Jahreshauptversammlung im nächsten Jahr ihr Amt aufgeben. Eingebettet war die diesjährige Jahreshauptversammlung in die Ostpreußische Kulturwoche in Winsen (Luhe), organisiert von der dortigen Landsmannschaft anlässlich ihres 60-jährigen Bestehens. Die Delegierten nahmen dazu eigens an der Eröffnung der Ausstellung „Ostpreußen gestern und heute und seine Menschen in Winsen (Luhe)" in der Bürgerhalle des Rathauses teil.

Göttingen – Dienstag, 11. Mai, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe in der „Junkerschänke", Barfüßerstraße 5. Zusammen werden Frühlingslieder gesungen, Musik mach Brigitte Bernd. – Dienstag, 18. Mai, Gruppenfahrt nach Gifhorn. Die Kosten für Mittagessen, Busfahrt und Eintritt für Flößerspaß und Mühlenpark betragen 35 Euro. Anmeldungen bis zum 1. Mai bei Werner Erdmann, Holtenser Landstraße 75, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 63675. – Vom 25. Juni bis 3. Juli veranstaltet die Gruppe eine neuntägige Reise nach Masuren. Der Preis beträgt 399 Euro (110 Euro EZ-Zuschlag) und umfasst acht Übernachtungen mit HP in Hotels der Mittelklasse, eine Fahrt zum Sommerfest in Allenstein, einen Besuch der Feierlichkeiten zum 20-jährigen Bestehen der Deutschen Volksgruppe in Bischofsburg, eine Rundfahrt in Masuren sowie weitere Rundfahrten im Ermland. In den acht Übernachtungen sind jeweils Zwischenübernachtungen auf der Hin- und Rückreise enthalten. Zustiegsmöglichkeiten außerhalb von Göttingen sind in Seesen, Salzgitter, Braunschweig und an der BAB 2 Richtung Berlin gegeben. Anmeldungen bis zum 1. Mai an Werner Erdmann, Holtenser Landstraße 75, 37079 Göttingen. – Donnerstag, 5. August, 14.30 Uhr, Grillnachmittag im Holtenser Forst. Es wird ein Bus für die Hin- und Rückfahrt eingesetzt. Anmeldungen bis zum 27. Juli bei Werner Erdmann, Holtenser Landstraße 75, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 63675. – Sonnabend, 4. September, findet der alljährliche Ökumenische Gottesdienst in Friedland wieder statt.

Helmstedt – Donnerstag, 6. Mai, 8.30 Uhr, Treffen der Gruppe zur wöchentlichen Wassergymnastik im Hallenbad. Weitere Auskünfte erteilt Helga Anders, Telefon (05351) 9111. – Donnerstag, 20. Mai, 8.30 Uhr, Treffen der Gruppe zur wöchentlichen Wassergymnastik im Hallenbad. Weitere Auskünfte erteilt Helga Anders, Telefon (05351) 9111.

Holzminden – Donnerstag, 13. Mai, Orchideenwanderung zum Burgberg mit Einkehr in den „Felsenkeller" um 16 Uhr. – Heimat bedeutet Verpflichtung. Ein Blick zurück muss auch immer ein Blick nach vorne sein. Und in diesem Sinne lud der Vorsitzende, Lothar Brzezinski, alle Mitglieder zur Jahreshauptversammlung ein. Leider lichten sich altersbedingt die Reihen, heute zählt der Verein dennoch 58 Mitglieder aus Holzminden und den benachbarten Orten – doch das ist der Lauf der Zeit. So konnte der Vorsitzende an eine Vielfalt landsmannschaftlicher Aktivitäten aus 2009 erinnern, an denen auch Nichtostpreußen teilnahmen. Gut besucht war das Königsberger-Klops-Essen; sehr

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 19

Ostpreußenchor

Hamburg – Ein Jubiläumskonzert gibt der Ostpreußenchor Hamburg am Sonntag, 9. Mai, 15 Uhr, in der St.-Gabriel-Kirche, Hartzlohplatz 17, anlässlich seines 60-jährigen Bestehens. Der Eintritt ist frei. Die Kirche kann mit dem Hamburger Verkehrsverbund (HVV) von Barmbek mit der Linie 172 oder 7 bis zur Station Hartzloh erreicht werden. Von hier aus sind es rund sieben Minuten Fußweg. Weitere Informationen erteilt Ilse Schmidt, Telefon (040) 2543935.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 19

gut kam der Vortag über den Schutz älterer Bürger an. Fest im Programm ist längst die Orchideenwanderung mit anschließendem Kaffeetrinken. Auf der Jahreshauptversammlung verlas Brigitte Ehrenberg den Kassenbericht, die Kassenprüfer bestätigten die überaus gut geführte Kasse. Wie gewohnt wurde dem gesamten Vorstand einstimmig Entlastung erteilt. Renate Bohn ließ die Busreise nach Ostfriesland 2009 photographisch noch einmal Revue passieren. Eine Abordnung des Vereins besuchte die Gedenkfeier „60 Jahre Durchgangslager Friedland“. Oswald Rasch verwandelte einen Kaffeenachmittag in eine spannende Frage- und Antwortstunde. Hans Henke berichtete in seinem Bildvortrag über seine 7. Heimatreise nach Nordostpreußen. Die Weihnachtsfeier im „Felsenkeller“ wurde in der Paulikirche eingeleitet mit einem Ostpreußischen Gottesdienst, gehalten von Pastor i.R. Günther Grigoleit. Er ist uns ein Segen; denn welcher Ostpreußenverein kann schon einen waschechten Ostpreußischen Pastor vorweisen? Leider ist der Chor, einst die „Säule in der Landsmannschaft“, mächtig geschrumpft und so ist Oswald Rasch auf seinem Keyboard unter der Regie von Chorleiterin Gisela Ehrenberg eine echte Bereicherung. Dem Vorsitzenden wurde ein blumiger Dank für die bisherige Vereinsarbeit überreicht. Blumen gab es auch für die Ehrenamtlichen, die zum Wohle des Vereins tätig waren. Renate Bohn erzählte die Geschichte von einem aus der Kiepe gehopsten und unter den Küchenschrank gekullerten Kartoffelchen.

Oldenburg – Die Frauengruppe traf sich zu ihrer monatlichen Versammlung. Drei Damen hatten für jeden von uns ein Frühlingspräsent gebastelt, einen riesigen Schokoladen-Marienkäfer, krabbelnd aus einem Nest. Im Anschluss an Kaffee und Kuchen sahen sich die versammelten 50 Personen den ersten Teil des Films „Ostpreußen-Reise 1937“ an, mit unschätzbaren Filmaufnahmen aus Westpreußen und Ostpreußen vor dem Zweiten Weltkrieg. Im Mai macht die Gruppe gemeinsam mit dem BdV Kreisverband Oldenburg-Stadt einen Halbtagesausflug zum Haus Deutsch Krone nach Bad Essen (12. Mai).

Osnabrück – Dienstag, 11. Mai, 16.45 Uhr, Kegeln im Hotel Ibis, Blumenhaller Weg 152.

Rinteln – Donnerstag, 6. Mai, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Hotel Stadt Kassel, Klosterstraße 42, Rinteln. „Lesung ostpreußischer Schwankgeschichten“ von Siegfried Gehrke. Neben Mitgliedern und Freunden sind interessierte Gäste ebenfalls herzlich willkommen. Weitere Informationen gibt es bei Ralf-Peter Wunderlich, Telefon (05751) 3071 oder Joachim Rebuschat, Telefon (05751) 5386. – Die Reise „Königsberger Provinz“ im Mai ist restlos ausgebucht. Wer eventuell Interesse an einer ähnlichen Reise im nächsten Jahr hat, kann zur unverbindlichen Zusendung der Reiseankündigung Adresse und Telefonnummer Joachim Rebuschat, Alte Todenmanner Straße 1, 31737 Rinteln, E-Mail: j.rebuschat@web.de, mitteilen.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstr. 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bielefeld – Montag, 3. Mai, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe in der Wilhelmstraße 13, 6. Stock. – Donnerstag, 6. Mai, 15 Uhr, Gesprächskreis der Königsberger und Freunde der ostpreußischen Hauptstadt in der Wilhelmstraße 13, 6. Stock. – Die Ostpreußische Mundharmonika-Gruppe trifft sich in unregelmäßigen Abständen. Informationen bei Bruno Wendig, Telefon (05241) 56933. – Sonnabend, 15. Mai, 15 Uhr, „Frühlingsfest“ in der Gaststätte Sprungmann, Osnabrücker Straße 65, Bielefeld.

Bonn – Vom 14. bis 22. August plant die Gruppe eine neuntägige Reise nach Königsberg. Start ist in Bonn, Zustiege entlang der BAB Bonn–Köln–Dortmund–Hannover–Berlin sind nach Absprache möglich. Zwischenübernachtung im Großraum Posen. Weiterfahrt über Marienburg, Elbing, Frauenburg, Braunsberg, die polnisch-russische Grenze nach Königsberg. Ein interessantes Programm erwartet Sie. Reisepreis pro Person im DZ ab 40 Personen: 685 Euro (zuzüglich 50 Euro für das Visum), ab 30 Personen: 745 Euro (zuzüglich 50 Euro für das Visum), EZ-Zuschlag für die gesamte Reise beträgt 150 Euro. Anmeldungen bei Manfred Ruhnau, 53757 Sankt Augustin, Telefon (02241) 311395. Reiseunterlagen werden schnellstens zugeschickt.

Düsseldorf – Sonnabend, 8. Mai, 19 Uhr, „Ost trifft West“ – 10. Düsseldorfer Nacht der Museen (Ende 24 Uhr). – Freitag, 14. Mai, 18 Uhr, „Stammtisch“ im Restaurant Lauren’s, Bismarckstraße 62.

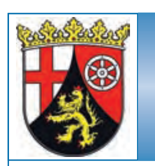
Gütersloh – Sonntag, 2. Mai, 8 Uhr, Busfahrt zum Marienwallfahrtsort Werl. Dort findet um 10.15 Uhr der Gottesdienst in der Basilika statt. Anmeldungen und Informationen bei Josef Block, Telefon (05241) 34841. Der Fahrpreis beträgt 12 Euro pro Person. Zusteigmöglichkeiten: 8 Uhr Kahlertstraße / Ecke Magnolienweg, 8.05 Uhr Marktplatz, 8.10 Uhr B61 / Ecke Grenzweg, 8.15 Uhr, Café Raschke, 8.20 Uhr Gaststätte Roggenkamp, 8.35 Uhr Verlerstraße / Markant Supermarkt. – Montag, 3. Mai, 15 Uhr, Treffen vom Ostpreußischen Singkreis in der Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13. Kontakt und Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343.

Haltern – Donnerstag, 6. Mai, 15 Uhr, Treffen der Gruppe.

Köln – Dienstag, 4. Mai, 14 Uhr, Heimatnachmittag im Kolpinghotel, großer Saal, St. Apern, Helenenstraße 32, Köln. Unter dem Motto: „Der Mai, der Mai, der lustige Mai“ wird der Muttertag thematisiert, außerdem ein Konzert der „Deutschen aus Russland“ – dieses finanziert sich auf freiwilliger Basis. Gäste herzlich willkommen.

Leverkusen – Sonnabend, 8. Mai, traditionelles Blumenfest im Bergischen Land mit Wahl der Blumenkönigin – nach uraltem, heimatlichem Brauch. Vorbereitet ist ein abwechslungsreiches, schönes Programm mit Liedern, Spielen, Tänzen aus der Romantik von den Kulturgruppen. Die neue Blumenkönigin wird gekrönt mit der Krone aus 1000 Blüten. Anmeldungen ab sofort bei Frau Pelka, Telefon (0214) 95763.

Lüdenscheid – Vom 29. Mai bis 8. Juni führt die Gruppe eine elftägige Reise nach Ostpreußen durch. Die Reise geht in den südlichen und nördlichen Teil unserer Heimat bis auf die Kurische Nehrung nach Rossitten und auf Wunsch aller Teilnehmer auch nach Nidden und Schwarzort. Interessierte Landsleute und Gäste, die die Sehenswürdigkeiten unserer Heimat kennenlernen möchten, melden sich bitte umgehend bei Dieter Mayer oder Waltraud Lange, Telefon (02351) 81942, an.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Kaiserslautern – Sonnabend, 1. Mai, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe in der Heimatstube, Lutzerstraße 20, Kaiserslautern.

Ludwigshafen – Freitag, 7. Mai, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zur Muttertagsfeier mit Kaffee und Kuchen im Haus der AWO, Forsterstraße, Ludwigshafen-Gartenstadt.

Mainz – Freitag, 30. April, 13 Uhr, Treffen der Gruppe zum Kartenspielen im Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz. – Freitag, 7. Mai, 13 Uhr, Treffen der Gruppe zum Kartenspielen im Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz.

Neustadt an der Weinstraße – Sonnabend, 15. Mai, 15 Uhr, Treffen der Gruppe in der Heimatstube, Fröbelstraße 26. Man freut sich auf die Interpretation zweier Balladen Agnes Miegels („Die Frauen von Nidden“ und „Der Traum der Kriemhild“).



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Bruno Trimkowski, Hans-Löscher-Straße 28, 39108 Magdeburg, Telefon (0391) 7331129.

Aschersleben – Mittwoch, 5. Mai, 14 Uhr, Treffen der Frauengruppe im „Bestehornhaus“.

Dessau – Montag, 10. Mai, 14 Uhr, Treffen der Gruppe im „Krötenhof“.

Giersleben – Donnerstag, 6. Mai, 14 Uhr, Treffen der Frauengruppe in der „Alten Schule“.

Magdeburg – Dienstag, 4. Mai, 16.30 Uhr, Treffen des Vorstandes in der Sportgaststätte Post, Spielhagenstraße. – Freitag, 7. Mai, 15 Uhr, Singproben im TuS Neustadt. – Sonntag, 9. Mai, 14 Uhr, Treffen zum Muttertag in der Sportgaststätte Post, Spielhagenstraße.

Tangermünde – Busreise im Sommer 2010 nach Ostpreußen, ins Baltikum und nach St. Petersburg. Dr. Günter Lange plant auch in diesem Jahr wieder eine mehrtägige Reise, vom 9. bis 21. Juli 2010 wird es mit dem Bus über Ostpreußen nach Litauen, Lettland, Estland und Helsinki gehen. Von dort mit der Fähre nach Rostock. Jeweils ein bis zwei Tage Übernachtung sind geplant: in Danzig, Königsberg, Insterburg, Wilna, Riga, Reval, St. Petersburg mit Stadtführungen. Der Preis beträgt etwa 1300 Euro (Übernachtung, HP), abhängig von der Teilnehmerzahl. Nähere Auskünfte unter Telefon (039322) 3760.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Neumünster – Mittwoch, 12. Mai, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Restaurant am Kantplatz. Horst Lelleck bringt Fürst Pückler und dessen Zeit in Erinnerung, unter dem Motto: „Menschen, die Geschichte(n) machten“. – Im April konnten viele Mitglieder und Gäste begrüßt werden. Man hatte zu einem literarischen Masuren-Nachmittag eingeladen. Brigitte Profé begrüßte alle Anwesenden. Es wurden die Geburtstage verlesen, den Geburtstagskindern gratuliert und mit dem Lied „Was frag’ ich viel nach Geld und Gut“ bedacht. Hajo Westphal las aus den „Masurischen Geschichten“ „So zärtlich war Suleyken“ von Siegfried Lenz vor und berichtete über Leben und Werk des bekannten Schriftstellers aus Lyck. Dem Autor – ohne Zweifel einer der begabtesten Erzähler der Schriftstellergeneration – ist mit diesem Band etwas sehr Eigentümliches und literarisch Reizvolles gelungen. In diesen Geschichten entdeckt man viele masurische Eigenschaften – diese durchtriebene Schläue und tapsige Zärtlichkeit. In ihrer Pointe sind die Geschichten manchmal sehr witzig, manchmal ganz unscheinbar, eben wie es kommt, aber in einer bezaubernden quicklebendigen Manier erzählt und richtig gesprochen – eben aus dem in Masuren gebürtigen Herrchen. Aber wo liegt Suleyken? Eben in Masuren! Aber die Landkarte weist es nicht auf – und doch ist es masurisch – sagt man mal so, wie der Autor. Durch Hajo Westphalens anschauliches und lebendiges Erzählen und Lesen erlebten die Teilnehmer einen heiteren Nachmittag. Danke Hajo.

Heimatliteratur

Hamburg – „Mein Lied – Mein Land. Lieder der Ost- und Westpreußen“. Das ost- und westpreußische Liederheft „Mein Lied – Mein Land“ (Zusammenstellung und Sätze: Herbert Wilhelmi) ist ab sofort wieder lieferbar. Das Büchlein umfaßt ca. 150 Seiten und wird gegen eine Schutzgebühr von 5 Euro / Stück zuzüglich Verpackungs- und Versandkosten abgegeben. Nachdruck der Broschüre „Die Prußen“ – Auf vielfachen Wunsch hat die Landsmannschaft Ostpreußen die Broschüre „Die Prußen“ von Walter Görlitz nachdrucken lassen. Das Heft umfaßt 40 Seiten und wird gegen eine Schutzgebühr von 2 Euro / Stück zuzüglich Verpackungs- und Versandkosten abgegeben. Bei Abnahme von mindestens zehn Heften werden Verpackung und Versand nicht in Rechnung gestellt.

Bestellungen nimmt entgegen: Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Ute Vollmer-Rupprecht, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 4140080, Fax (040) 41400819, E-Mail: vollmer@ostpreussen.de

Alle – auf den Seiten »Glückwünsche und Heimatarbeit« – abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Mehr als Baugeschichte

Laudatio zur Verleihung des Gierschke-Dornburg-Preises

Wulf Dietrich Wagner wurde am 10. Mai 1969 in Mannheim geboren. Er wuchs in Oedingen auf und besuchte das Gymnasium in Bonn-Bad Godesberg. Bereits als Schüler begann er mit seinen Forschungen zu pommerschen und ostpreußischen Bauernhöfen und Gutshäusern und veröffentliche erste Ergebnisse in den Periodika der ostdeutschen Kreisgemeinschaften. Nach dem Abitur und der Bundeswehr nahm er 1989 sein Architekturstudium an der Technischen Hochschule in Karlsruhe auf, das er 1996 mit einer selbstgewählten Diplomarbeit zum Wiederaufbau der Dominsel in Königsberg erfolgreich abschloss. 1995 erfolgte sein Umzug nach Berlin. Eine Anstellung als Architekt in einem großen Ingenieurbüro gab er nach kurzer Zeit wieder auf, um sich fortan ausschließlich seinen grundlegenden Forschungen zur ostpreußischen Gütergeschichte widmen zu können. Dies geschah und geschieht unter Zurückstellung eigener wirtschaftlicher Interessen. In der Wochenzeitung *Das Ostpreußenblatt* und in den Heimatbriefen der ostpreußischen Kreisgemeinschaften veröffentlichte Wagner Aufrufe, in denen er die Bewohner der Güter – vom adeligen Rittergutsbesitzer bis hin zu den Instleuten – aufrief, ihm Informationen über das alltägliche Leben auf den Gütern und insbesondere über die Inneneinrichtungen der Häuser zu übermitteln. Auf dieser Grundlage fertigte er maßstabsgetreue Rekonstruktionszeichnungen an, die mit ihren detaillierten Hinweisen zur Inneneinrichtung und zum Haushalt ein getreues und in dieser Form vollkommen neues Bild der hohen Wohnkultur in den ostpreußischen Gutshäusern vermittelte. Aus Anlass des Preußenjahres 2001 konnte er erstmals einem größeren Publikum mit der Ausstellung „Stationen einer Krönungsreise – Schlösser und Gutshäuser in Ostpreußen" und dem gleichnamigen gedruckten Katalog die Ergebnisse seiner Forschungen vorstellen. 2005 erschien sein im Auftrag der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil angefertigtes über 500 Seiten starkes Buch „Die Güter des Kreises Heiligenbeil" und 2008 und 2009 seine zweibändige Publikation „Kultur im ländlichen Ostpreußen. Menschen, Geschichte und Güter im Kreis Gerdauen". Es gibt wohl keine Region im deutschsprachigen Raum, deren Gütergeschichte so umfassend und exemplarisch erforscht ist wie die ostpreußische. Zusätzlich widmete er sich im Rahmen seiner Promotion der Erforschung des Königsberger Stadtschlosses. Eine erweiterte Fassung der Dissertation ist 2008 als Buch erschienen. Der 1. Band, herausgegeben von der Stadtgemeinschaft Königsberg und der Stiftung Königsberg im Stifterverband für die deutsche Wissenschaft, behandelt die Zeit von 1255 bis 1740, also von der Gründung bis zum Regierungsende Friedrich Wilhelms I. An diesem umfangreichen Werk, dessen zweiter Band kurz vor der Drucklegung steht, ist zweierlei bemerkenswert. Zum einem ist es hervorzuheben, dass es Wagner erreicht hat, von einem Gebäude, von dem seit über 40 Jahren oberhalb der Erdoberfläche so gut wie nichts mehr zu sehen ist, ein lebendiges Bild zu vermitteln, indem er die umfangreiche Aktenüberlieferung im Geheimen Preußischen Staatsarchiv in Berlin und den Planbestand der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten ausgewertet hat. Zum anderen hat er nicht nur eine architekturgeschichtliche Darstellung verfasst, sondern den architektonischen Werdegang des Gebäudes mit den Ereignissen der ostpreußischen Geschichte verbunden. Dies ist ihm überzeugend gelungen, weil er stets nach der Funktion der von ihm behandelten Bauteile und Räumlichkeiten gefragt hat. Entstanden ist ein Werk, das für die Baugeschichte Ostpreußens einen großen Fortschritt darstellt und für die politische Geschichte, für die Verwaltung von Hof und Land wie für das kulturelle Leben neue Erkenntnisse erzielt hat.



Preisträger Wulf D. Wagner Bild: Pawlik

Die „Dr. Herbert und Marga Gierschke-Stiftung" verleiht Herrn Dr. Wulf D. Wagner in Anerkennung seiner herausragenden Verdienste zur Erforschung der ostpreußische Baugeschichte den Gierschke-Dornburg-Preis 2010.

Der Abdruck des Festvortrags von Prof. Harald Seubert auf der Jubiläumsfeier »60 Jahre *PAZ*« wird in einer der kommenden Ausgaben fortgesetzt.

»Preis ist ein Segen«

Geld fließt in weitere Forschung – Der Dank von Wulf Wagner

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde meiner Arbeit,

ich danke der Gierschke-Dornburg-Stiftung und persönlich dem Ehepaar Gierschke sehr herzlich für die Verleihung dieses Kulturpreises.

Wenn man sich über zehn Jahre mit dem weiten Thema der ostpreußischen Baukultur befasst, und dies auf freiberuflicher Basis, so kommt ein solcher Preis einem Segen gleich. Er hilft für Monate, Monate die ganz der weiteren Forschung gewidmet sein werden – und so ist dieser Preis vor allem eine Verpflichtung.

Große Arbeiten stehen noch aus und ich hoffe, dass sie mir in den nächsten Jahren möglich gemacht werden:

Erstens: eine große kreisübergreifende Gütergeschichte Ostpreußens im Lexikon-Stil mit mindestens 1000 Häusern,

Zweitens: eine Erfassung der Güter des hochinteressanten Kreises Samland bei Königsberg und beispielhaft eines Kreises in Masuren und eines im so genannten „litthauischen" Osten der Provinz, die alle drei eine andere Güterstruktur hatten als die bisher bearbeiteten Kreise Heiligenbeil und Gerdauen,

Drittens: eine umfassende Sammlung der Baugeschichte der Stadt Königsberg.

Das Material im Archiv ist unermesslich, das Wissen im Privatbesitz noch lange nicht ausgeschöpft. Die Verleihung des Gierschke-Dornburg-Preises weckt in mir die Hoffnung, dass ich zusammen mit den Ostpreußen und den Freunden dieses kulturgeschichtlich bedeutenden Landes auch diese Werke noch meistern werde.

Damit nochmals meinen herzlichsten Dank!

Gegen das Vergessen

Gierschke-Stiftung: 1000 Jahre Leistung und Leiden der Deutschen

Die Dr. Herbert und Marga Gierschke-Stiftung wurde 1999 von Oberst a.D. Dr. Herbert Gierschke und seiner Ehefrau Marga ins Leben gerufen.

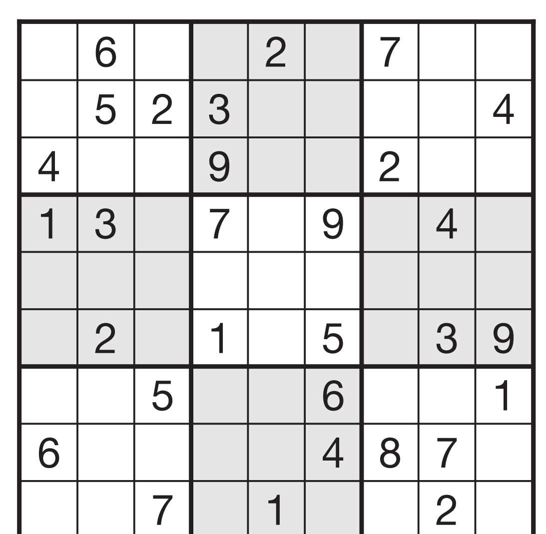
Zweck der Stiftung ist die Förderung von Wissenschaft und Forschung durch die Verleihung eines Geldpreises für wissenschaftliche Arbeiten. Der Gierschke-Dornburg-Preis wird in aller Regel im dreijährlichen Rhythmus zum Rahmenthema „Die deutsche Siedlungs-, Wirtschafts- und Kulturgeschichte in Europa ostwärts der allgemeinen Linie Kiel–Elbe–Saale–Böhmerwald–Triest in der Zeitspanne vom deutschen König Heinrich I. (919–936) bis zu den Verträgen von Versailles und St. Germain im Jahre 1919 und deren nationale und gesamteuropäische Bedeutung" verliehen. Die Stiftung möchte dazu beitragen, dass die gewaltigen 1000-jährigen Leistungen und Leiden der Deutschen im Osten Europas in der Geschichtswissenschaft nicht vergessen werden und aus dem historischen Zusammenwirken der Staaten und Völker in Osteuropa immer wieder Lehren für die Zukunft gezogen werden. Getreu den Worten Gottfried Kellers: „Achte jedes Mannes Vaterland, aber das deine liebe!" Der Name des Preises bezieht sich auf die Dornburg. Die Stadt Dornburg a.d. Saale mit ihren drei Schlössern, darunter eine alte Kaiserpfalz, war bereits im 10. Jahrhundert Austragungsort mehrerer Reichstage unter Otto I. Goethe hat sich dort gern aufgehalten. Im 19. Jahrhundert war der leibliche Urgroßvater des Stifters mütterlicherseits, Peter August Vogt, in Dornburg Landkammerrat und Domänenpächter. Auf Wunsch des Stifterehepaares verfügt die Landsmannschaft Ostpreußen seit 2004 über das Vorschlagsrecht für die Auszeichnung und stellt den Stiftungsvorstand.

Die Stiftung ist unter anderem auch in Erinnerung an einen engen ostpreußischen Verwandten errichtet worden, der Großbauer m Kreis Goldap war und nach der Flucht den Gierschkes beim Aufbau ihres landwirtschaftlichen Betriebes in Thüringen sehr geholfen hat. Das Stifterehepaar unterstützt die gemeinnützige Arbeit der LO wie auch der Stiftung „Zukunft für Ostpreußen" seit Jahren durch großzügige Zuwendungen. *S.H.*



Das Ehepaar Gierschke Bild: privat

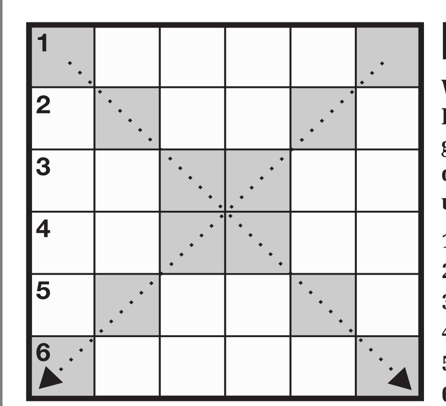
Sudoku



	6			2		7		
	5	2	3					4
4			9			2		
1	3		7		9		4	
	2		1		5		3	9
		5			6			1
6					4	8	7	
		7		1			2	

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel



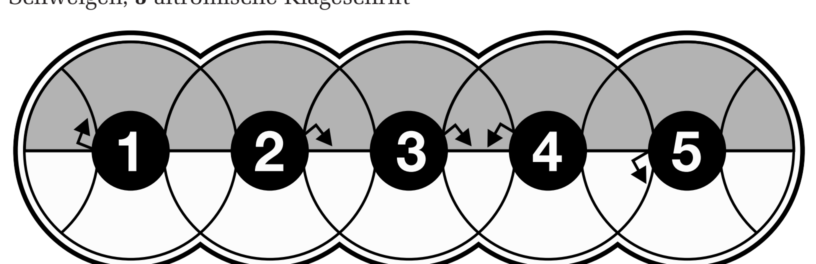
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Malerutensilien.

1 ungezwungen; nachlässig
2 kristallisches Mineral
3 langer Stock, Stab
4 protestantischer Geistlicher
5 rau und fast tonlos (Stimme)
6 Erquickung

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte eine Bezeichnung für einen unverheirateten Mann.

1 Sohn; jüngerer Teilhaber, **2** belanglos, wenig, **3** enge Holztreppe, **4** Ruhe Schweigen, **5** altrömische Klageschrift



So ist's richtig:

Diagonalrätsel: 1. salopp, 2. Apatit, 3. Stange, 4. Pastor, 5. heiser, 6. Labsal – Spatel, Pinsel

Kreiskette: 1. Junior, 2. gering, 3. Stiege, 4. Stille, 5. Libell – Junggeselle

Sudoku:

PAZ10_17

Nachhilfe für »Generation Pommes«

Ausstellung in Berlin lädt zu einer kulinarischen Entdeckungsreise ein – Essen als kommunikatives Ereignis

Ob beim privaten Kaffeeklatsch oder Sonntagsbraten, beim Party-Buffet oder Gala-Dinner – Anlässe zum Essen sind auch immer solche zum Reden. Das Museum für Kommunikation Berlin lädt ein zu einer kulinarischen Entdeckungsreise durch die Kulturgeschichte des Essens.

Essen stiftet Gemeinschaft, leitet Beziehungen und Freundschaften ein, schließlich geht Liebe bekanntlich durch den Magen. Und zunehmend wird nicht nur das Essen, sondern schon die Vorbereitung, das Kochen, Anlass zur Kommunikation, wie auch die zahlreichen Sendeformate rund ums Thema Kochen zeigen.

Die Ausstellung „kochen, essen, reden – satt?" beleuchtet das Essen als soziales und kommunikatives Ereignis: von der Feuerstelle zum Sternerestaurant, vom Abendmahl zur Kochshow. Sie blickt zurück in die Geschichte, präsentiert Darstellungen in Kunst und Literatur

Alltägliche Rituale und unterhaltsame Anekdoten präsentiert

ebenso wie alltägliche Rituale, unterhaltsame Anekdoten und mediengeschichtliche Vergleiche. In insgesamt fünf Abteilungen wird das Thema von allen Seiten betrachtet.

Die Mahlzeit zu Hause bringt ganz unterschiedliche Tischgesellschaften hervor – von der alltäglichen Mahlzeit bis zum „Dinner for one". Entsprechend verändert sich die Kommunikation: von der lockeren Unterhaltung in der Familie bis hin zum Schweigen vor dem Fernseher. Dieser ist mittlerweile zum festen Teilnehmer der Tischgesellschaft geworden. Die Mahlzeit in den eigenen vier Wänden ist ursprünglich Sinnbild für die Familie. Hier sollen Kinder erzogen werden und lernen, sich in die Gemeinschaft zu integrieren.



Nicht nur in Berlin beliebt: Die Wurstbude bietet Herzhaftes und Deftiges. Bild: Hasso Segschneider

Über Jahrhunderte hinweg war für Reisende der Besuch eines Wirtshauses eher ein notwendiges Übel. Erst mit den Restaurants, die nach der Französischen Revolution von den nun arbeitslosen Köchen des Adels eröffnet wurden, entwickelte sich daraus ein gezielt gesuchtes Erlebnis. Ob im Sternelokal oder in der Pizzeria, auswärts essen ist meistens ein Erlebnis oder zumindest eine kleine Flucht aus dem Alltag, die häufig private und sehr persönliche Gespräche ermöglicht. Ein besonderes Erlebnis war es, im 1928 eröffneten „Haus Vaterland" am Potsdamer Platz zu speisen. Zwölf Restaurantbetriebe, ein Großstadtcafé und ein Lichtspieltheater boten insgesamt 8000 Sitzplätze. Fundstücke aus der Ruine des Restaurant-Gebäudes zeugen noch heute vom Glanz der Erlebnisgastronomie der 1920er Jahre.

Ein ganz andere Atmosphäre bieten die Kantinen, in denen Millionen von Werktätigen ihr täglich Brot bekommen, aber auch eine halbe Stunde, auf die man sich jeden Arbeitstag freuen kann, weil hier das Gespräch mit den Kollegen im Vordergrund steht.

Das Essen im Freien war schon in der Antike beliebt. Den Begriff „Picknick" gibt es jedoch erst seit dem 17. Jahrhundert. Die Freiluftschlemmereien waren eine beliebte Freizeitbeschäftigung des französischen und englischen Adels. Auch Johann Wolfgang von Goethe liebte es, im Freien zu speisen. Der Korb, den er gerne gut gefüllt zum „Picknick" mitnahm, ist jetzt erstmalig in einer Ausstellung zu sehen.

Der Imbiss, das schnelle Essen unterwegs, gehört heute zu unserem Alltag. Das „Draußen" ist hier allerdings weniger die romantische Natur, sondern die Hektik der Straße. Man isst oft schnell im Stehen, mit den Händen und vor den Augen der Öffentlichkeit. Zu Beginn waren es vor allem die Fabrikarbeiter, die sich auf dem Weg zur oder von der Arbeit etwas Warmes zu Essen holten – erst bei den so genannten „Wurstmaxen" und später an den festen Buden.

Bereits im Mittelalter gab es Orte der schnellen Verköstigung. Eines der berühmtesten Beispiele ist das Nürnberger „Bratwurstglöcklein" aus dem 14. Jahrhundert. Es gilt als Mutter aller deutschen Garküchen und Urherd der Nürnberger Rostbratwürstchen. Dass die Nürnberger Würste so klein sind, hat man der Legende zufolge den cleveren Wirten des 15. Jahrhunderts zu verdanken: Die fingerdicken Würstchen nämlich konnte man nach der Sperrstunde besser durchs Schlüsselloch reichen und so die strengen Vorschriften umgehen.

Neben dem öffentlichen Essen ist heutzutage auch das öffentliche Vorbereiten und Kochen beliebt. Johann Lafer, Tim Mälzer und Co. machen es vor und die ganze Nation schaut gebannt zu, wie sie Eierkuchen wenden oder Schnitzel braten. Urvater aller Fernsehköche ist Clemens Wilmenrod, der ab Februar 1953 bis Mai 1964 in der Sendung „Clemens Wilmenrod bittet zu Tisch" auftrat. Er begeisterte die Fernseh-Öffentlichkeit mit Dosengemüse, Fertigsoßen und Ketchup. Wenn er ein Kabeljaurezept vorstellte, war Kabeljau für die nächsten Tage in vielen Fischgeschäften ausverkauft. Dabei hatte „Don Clemente" nicht einmal eine Ausbildung als Koch, sondern war gelernter Schauspieler.

Den ersten Profi-Koch sah man erst 1972 in der Sendung „Drehscheibe". „Ich habe da schon mal etwas vorbereitet", säuselte Max Inzinger in die Kamera, und schon ging es los. „Richtig essen" und gesundes Essen werden ebenfalls in der Ausstellung thematisiert. Aktuelle Schulprojekte wollen die „Generation Pommes" einstimmen auf die soziale Bedeutung von Essen und Kochen. *PAZ*

Die Ausstellung „kochen, essen, reden – satt?" im Berliner Museum für Kommunikation, Leipziger Straße 16, ist bis zum 29. August dienstags von 9 bis 20 Uhr, montags bis freitags von 9 bis 17 Uhr, am Wochenende von 10 bis 18 Uhr geöffnet, Eintritt 3 /1,50 Euro, Kinder bis 15 Jahre frei.

FÜR SIE PROBIERT

Blüten und Wildkräuter

Die milden Temperaturen des Frühlings lassen auch das Grün wieder in Feld und Flur sprießen. Blumen und Wildkräuter blühen und gedeihen nicht nur für das Auge des Betrachters, sondern auch für erfindungsreiche Köche. Die gehaltvollen, mineral- und vitalstoffreichen Kräuter sind Natur pur und geben Kraft für den ganzen Tag. Von Bärlauch über Giersch bis Schafgarbe reicht das Angebot der Natur, das in der Wildkräuterküche verwandt werden kann. Bärlauch mit dem zarten Geschmack nach Knoblauch wird in Suppen, Klößchen oder als Brotfüllung verarbeitet, Brennessel in Risotto. Kräutermischungen bereichern Salat und Suppen gleichermaßen. Nachzulesen in dem kleinen Kochbuch „Wildkräuterküche".



Der Band „Blüten für die Küche" ist zweigeteilt: Gartenbuch und Kochbuch. Die zwei Fachfrauen geben ihr Wissen weiter und machen neugierig auf die Verwendung von Blüten in der abwechslungsreichen Küche. Meist werden die Blüten nur als Farbtupfer auf bekannten Gerichten verwendet, manchmal aber auch als Aromengeber. *os*



***„Wildkräuterküche"**, Fona Verlag im Walter Hädecke Verlag, Weil der Stadt 2010, 58 Seiten, 33 Farbfotos, gebunden, 6,95 Euro.*
***Erica Bänziger, Ruth Bossardt: „Blüten für die Küche – Warenkunde und Genussrezepte"**, Walter Hädekke Verlag, 143 Seiten, 94 Farbfotos, gebunden, 22,80 Euro.*

Ein Paradies für Leckermäuler

In Hamburg gibt es die einzige Desserterie Deutschlands – Dort werden die Gäste mit allerlei süßen Köstlichkeiten verwöhnt

Für welchen Hauptgang haben Sie sich entschieden", fragt Sibylle, die freundliche Bedienung des „Prinsessan", „Den flüssigen Schokoladenkuchen mit karamellisierten Bananen und Curryeis kann ich sehr empfehlen. Aber auch die Kaffee-Kardamon-Mousse ist sehr lecker." Manchen Gästen, die sich in dem kleinen, aber feinen Restaurant am Hamburger Hofweg niederlassen, um einen Happen zu essen, erscheint dieses Speisenangebot zunächst etwas seltsam. Doch sie befinden sich hier in der einzigen Desserterie Deutschlands, in der sich alles

Süße Sünden auch als Augenweide

um den Nachtisch dreht. Sechs Drei-Gang-Menüs stehen jeweils zur Auswahl. Der erste Gang wechselt täglich. Heute gibt es ein leichtes „Amuse Bouche" – einen Appetitanreger – aus Apfel mit Safran. Als Hauptgang wählen wir die Variationen der gebrannten Crème mit Erdbeer-Litchi-Sorbet, Nougat, Campari und Orangensorbet. Den Abschluss bilden drei hausgemachte Petits Fours, die auf der Zunge zergehen. Der Dessertwein – ein 2006 Muskat Ottonel Auslese aus dem Burgenland – rundet das einzigartige Menü ab. Da die Anordnung dieser Abfolge süßer Sünden eine Augenweide ist, bekommt man fast ein schlechtes Gewissen bei der Zerstörung der Kunstwerke.

Inzwischen hat sich das an eine gemütliche Wohnküche erinnernde Lokal bis auf den letzten Platz gefüllt. Die Gäste fühlen sich in diesem Ambiente aus weiß lackierten Stühlen, bequemen Sitzbänken und blanken Tischen offensichtlich wohl. Den Mittelpunkt bildet die offene Küchenbar, die jedem Gast erlaubt, von seinem Hochsitz aus der Zubereitung seiner Speisen zuzusehen. Alles hier ist blitzsauber, ohne einen Anflug von Sterilität, und mutet skandinavisch an. „Der Chef ist kein Schwede, hat aber eine Schwäche für das Land", erklärt eine Bedienung und weist auf die an einem Holzbalken befestigte blau-gelbe schwedische Flagge hin. Ein Faible hat der Gründer dieser neuen Nische der Gastronomie auch für Amerika. Während eines Aufenthaltes in New York entdeckte Roman Witt, seines Zeichens erfolgreicher Agenturbesitzer und Marketingspezialist, eine Desserterie, notierte ein paar Spezialitäten und entschloss sich, ein ähnliches Unternehmen in Hamburg zu gründen. Dieses entwickelte sich innerhalb kurzer Zeit zu einem echten Renner. Selbst Menschen, die sehr genau auf ihre Linie achten, entscheiden sich dafür, einmal nicht auf die Waage zu steigen. Diesen Schlemmertag wollen sie ohne Reue in vollen Zügen genießen. Carpe diem – nutze den Tag – sagten schon die alten Römer. Der amerikanische Schriftsteller Mark Twain brachte es auf den Punkt: „Gib jedem Tag die Chance, der schönste deines Lebens zu werden." Er prangt in großen Lettern an der Stirnwand des „Prinsessan".



Ungewöhnliches Restaurant: Süßspeisen ohne Ende Bild: Buhr

Auch jenen, die gegen soviel Krokant, Sauerkirsch-Sorbet oder Original New Yorker Cheesecake nicht ankommen oder denen gar der berühmte „süße Zahn" fehlt, kann geholfen werden. Denn an den Wochenenden wird von 9 bis 14 Uhr auch ein leckeres Frühstück geboten, genauer gesagt, sechs verschiedene Varianten, die sich – nomen est omen – an den vermuteten Vorlieben von europäischen Prinzessinnen orientieren. Während das Frühstück Máxima der Niederlande eine Auswahl exquisi-

Schokobier nicht für jeden Geschmack

ter Biokäsesorten beinhaltet, bietet das „petit déjeuner" von Carla Bruni (Frankreichs First Lady wird hier in den Rang einer königlichen Hoheit erhoben) ein schlichtes Croissant mit Butter und hausgemachter Marmelade. Frühstück de Luxe mit Lachs und Freilandeiern hingegen bekommen Gäste, die sich für das Gedeck der Mette-Marit von Norwegen entscheiden. Der Einfallsreichtum des „Prinsessan"-Teams rund um ihren Chef Roman Witt scheint keine Grenzen zu kennen. Seit einiger Zeit wird hier auch ein Drei-Gang-Menü mit Käse als Hauptspeise angeboten – Amuse-Bouche, ein Bio-Käseteller vom Feinsten, sowie die obligatorischen „trois petits fours" zum Nachtisch. Neben Caramel Macchiato, einem die Sinne betörenden Getränk mit Sirup und Caramelsauce, verführt eine Vielzahl von Kakaokreationen zum Sündigen. Während „Drachenherz" durch seinen durchkomponierten Geschmack aus Ginseng und Bergamotte besticht, erinnert die orientalische Würze von „Sinnermann – Zimt aus Java" an einen Zaubertrunk aus Tausendundeinenacht.

Die Gäste sind anspruchsvoll und geben sich nicht mit Mittelmäßigem zufrieden, weiß einer, der ganz in der Nähe wohnt und regelmäßig mit seiner Frau hier einkehrt. Nur mit einer Spezialität dieses ungewöhnlichen Café-Restaurants kann sich der distinguierte Herr nicht anfreunden – dem Schokobier. Da hält er sich doch lieber an ein kühles Pils, das es hier selbstverständlich auch gibt. Aber, wiegelt er ab, es soll tatsächlich eine Reihe männlicher Leckermäulchen geben, die ein Fläschchen Schokoladenbier einfach unwiderstehlich finden!

Uta Buhr

Fontane ermittelt

Mord im historischen Berlin



Die Idee erscheint auf den ersten Blick ziemlich spleenig, obschon historische Kriminalromane mit Lokalkolorit seit langem angesagt sind: Erneut lässt der auf diesem Feld bewanderte Autor Frank Goyke in seinem zuletzt erschienenen Buch mit dem Titel „Schneegestöber" den Schriftsteller Theodor Fontane als passionierten Privatermittler agieren, also als eine Art von Miss Marple im Berlin der Gründerzeit. Tatsächlich hat sich Fontane eingehend mit Kriminalfällen befasst, was in einigen seiner Werke zum Ausdruck kommt. Diesmal gilt es, zwei Mordfälle aufzuklären. Goyke hat die Handlung in den Februar und März des Jahres 1874 verlegt. Realitätsnähe wird erzeugt, indem die politischen Ereignisse jener historischen Epoche in den Handlungsablauf einbezogen werden. Abwechslung gibt es für den Leser durch Szenen aus dem Alltagsleben der Familie Fontane. Anfangs versucht Emilie Fontane noch, ihren Mann davon abzuhalten, auf eigene Faust und gegen den Willen der Kriminalpolizei Nachforschungen anzustellen. Doch schließlich nimmt sie die Rolle als Begleiterin ihres Gatten mit Interesse wahr.

Wochenlang hat es immer wieder geschneit in jenem Winter 1873/74. Dichtes Schneegestöber herrscht auch am frühen Abend des 22. Februar 1874, als der erste Mord geschieht. Gerade haben Fontanes eine Soiree in der Wohnung von Wangenheims in der Königin-Augusta-Straße verlassen, als Theodor Fontane im Schein der Gaslaterne einen auf dem Trottoir liegenden Mann erblickt. Neben ihm ist der Schnee blutrot verfärbt. Der gerufene Arzt stellt fest, dass der Tote erdolcht wurde. Fontanes Freund, Freiherr von Wangenheim, identifiziert ihn als Rittmeister a. D. Johann Friedrich von Stepanitz, Sohn eines Zuckerrübengutsbesitzers aus der Küstriner Gegend. Der Verwandte seiner Frau war zu Lebzeiten Mitarbeiter des Kgl. Preuß. Statistischen Bureaus. Auch war der Ermordete im Jahre 1862 Mitglied einer hochkarätigen Ostasien-Delegation, die im Auftrag der preußischen Regierung eine politische Mission erfüllte.

Umgehend nimmt Fontane anderntags seine Besuche bei den Kontaktpersonen des Ermordeten auf. Vor dem Hintergrund des im Reich tobenden Kulturkampfs geht der Verdacht bald in eine weitere Richtung, die über Schulden und eine geheime Affäre hinausgeht. Der Bruder des Ermordeten, Rudolf von Stepanitz, kommt ins Spiel. Er publiziert Pamphlete und wurde vom Reichskanzler Bismarck wegen Beleidigung verklagt.

Echter Fontane von Kriminalfällen angetan

Autor Goyke kann insbesondere mit gelungenen Milieuschilderungen punkten. Doch es gibt einen Wermutstropfen: Zwar wird er es aus bestimmten Gründen vermieden haben, einige Personen „berlinern" zu lassen, dennoch vermisst man den Berliner Dialekt, so bei dem Gespräch zwischen Fontane und dem ehemaligen Dienstmädchen des Johann Friedrich von Stepanitz. Diese antwortet ihm wie eine gebildete Dame in wohlgesetzten Worten, so auf die Frage, ob der Rittmeister Schulden gehabt hätte: „Das kann ich nicht beurteilen" anstatt, wie zu erwarten wäre, mit den schlichten Worten: „Det weeß ick nich." *D. Jestrzemski*

***Frank Goyke: „Schneegestöber – Theodor Fontane und der Brudermord"**, be.bra, Berlin 2009, kartoniert, 270 Seiten, 9,95 Euro*

Im Nachhinein vergewaltigt

Absurdes Zerrbild über sexuelle Gewalt durch Wehrmachtssoldaten

Wenn im Verlauf von Kriegen fremde Heere das Gebiet des Gegners betreten, kommt es zu „sexuellen Begegnungen" zwischen Männern und Frauen der verschiedenen Lager. Unter diesem Begriff fasst die junge Historikerin Regina Mühlhäuser in ihrem jüngst erschienenen Buch „Eroberungen – Sexuelle Gewalttaten und intime Beziehungen deutscher Soldaten in der Sowjetunion 1941 bis 1945" so unterschiedliche Tatbestände zusammen wie sexuelle Folter und Vergewaltigungen bis zu einvernehmlichen Liebesbeziehungen.

Sie will belegen, dass die deutschen Truppen in großem Umfang Frauen und Mädchen zu Opfern machten. Da Wehrmachtsgerichte nur 5349 Verurteilungen wegen Sittlichkeitsdelikten aussprachen bei rund zehn Millionen deutschen Soldaten an der Ostfront, mutmaßt sie, solche Delikte seien nicht verfolgt worden – doch hier „begründet" nur die eine Unterstellung die andere. Tatsächlich gab es nicht nur das wiederholt ausgesprochene Verbot von sexuellen Beziehungen mit der sowjetischen Zivilbevölkerung, sondern auch den zu Beginn des Feldzuges erteilten Befehl, dass Wehrmachtsgerichte einschreiten müssen gegen „schwere Taten, die auf geschlechtlicher Hemmungslosigkeit beruhen ... oder ein Anzeichen dafür sind, dass die Truppe zu verwildern droht".

Dass die überwiegende Mehrheit der ehemaligen Soldaten stets bestritt, irgendwelche Vergewaltigungen erlebt zu haben, ist für die Autorin jedoch nur ein Beweis für deren Schuldgefühle.

Die Autorin, die aus dem Umkreis von Jan Philipp Reemtsma, dem Initiator und Financier der „Anti-Wehrmachtsausstellung", kommt und deren Buch auch in seinem Verlag herauskam, führt Beispiele aus Urteilen deutscher Militärgerichte auf, nimmt aber in ihre Beweisführung auch Erzählungen, Gerüchte und offenkundig direkt aus der sowjetischen Gräuelpropaganda stammende Schilderungen auf. Da ist die Rede davon, dass deutsche Soldaten russische Frauen nackt auf Tische nagelten, um sie zu vergewaltigen, dass sie Mädchen zwangen, nackt auf dem Marktplatz zu tanzen, um sie anschließend zu vergewaltigen und zu erschießen.

Sowjetische Propaganda locker mit eingestreut

Dass solche Fälle vor dem Nürnberger Kriegsverbrechertribunal nicht zur Sprache kamen, beeindruckt Frau Mühlhäuser keineswegs. Sie nimmt es in bemerkenswerter Unkenntnis der Entschlossenheit der Siegermächte, auch weit geringere deutsche Kriegsverbrechen zu ahnden, kurzerhand als Beleg dafür, dass Männer immer im Einverständnis miteinander stehen, wenn es um Vergehen gegen Frauen geht – gewiss eine der schwächsten Passagen des ganzen Buches.

Mühlhauser räumt ein, dass die Quellenlage für ihre These „schwierig" sei. Immerhin, so die Autorin, seien die Sexualdelikte nicht „von oben" angeordnet worden. Solche Gewalttaten seien zwar nicht legal gewesen, doch habe man sie von deutscher Seite aus erlaubt, wogegen allerdings die auch von ihr zitierten Urteile sprechen. Das Ausmaß der sexuellen Gewalt deutscher Soldaten könne „bis heute nicht annähernd realistisch beantwortet werden", so die Verfasserin. Was sie aber nicht von der auf dem Schutzumschlag abgedruckten Behauptung abhält, solche Verbrechen seien „ein weit verbreitetes Phänomen" gewesen. Unglaublich ist die Behauptung, die deutsche Seite habe in der letzten Phase des Krieges „sexuelle Gewalttaten gegen deutsche Frauen und Mädchen regelrecht heraufbeschworen, um die Männer an der Front zum Durchhalten zu mobilisieren". Das es anders war, ist tausendfach belegt.

Hans-Joachim von Leesen

***Regina Mühlhäuser: „Eroberungen – Sexuelle Gewalttaten und intime Beziehungen deutscher Soldaten in der Sowjetunion 1941 bis 1945"**, Hamburger Edition HIS, Hamburg 2010, gebunden, 416 Seiten, 32 Euro*

Als Reform getarnte Revolution

Mainzer Theologe rechnet mit dem Bologna-Prozess ab

Seit 1999 in Bologna die Schaffung eines „europäischen Hochschulraumes" und eines „Europas des Wissens" angekündigt wurde, geht es mit den deutschen Universitäten steil bergab. Auf Betreiben der Kultusminister- und der Hochschulrektorenkonferenz hat die Planwirtschaft im Hochschulbereich Einzug gehalten. Ziel ist nicht mehr die Wahrheitsfindung, sondern die Vermittlung des in der Praxis nachgefragten Wissens, nicht Bildung, sondern Ausbildung, nicht Kritikfähigkeit, sondern Produktion von Werktätigen.

Nur zögernd hat sich eine Gegenbewegung formiert. Der bemerkenswerteste Protest war bisher der, dass der Mainzer Theologe Marius Reiser im letzten Jahr seine Professur niederlegte, weil er unter Bologna-Bedingungen nicht arbeiten wollte. Nunmehr hat Reiser ein Buch hinterhergeschoben, in dem er mit der neueren Hochschulpolitik abrechnet: „Bologna: Anfang und Ende der Universität". Auf 160 Seiten wird hier das ganze Sündenregister der als Reform getarnten Revolution aufgelistet: die verdeckte Aushöhlung der Hochschulautonomie, die Ersetzung von Freiheit durch umfassende Kontrolle, die Verdrängung fundierten Wissens durch vordergründiges Knowhow, die „Modularisierung" genannte Zerstückelung aller Studieninhalte, die Reduzierung des Lernstoffs auf den Prüfungsstoff, die Aufblähung nutzloser Verwaltungstätigkeit, kurz: der Austausch des Humboldtschen Traumes von Bildung und Freiheit gegen einen mit viel Talmiglanz verbrämten zweckrationalen Alptraum.

Wer die Vergangenheit nicht verklärt, weiß, dass die Universitäten stets eine Doppelaufgabe zu bewältigen hatten: Wahrheitssuche auf der einen Seite, Berufsvorbereitung auf der anderen. Dementsprechend waren sie darauf ausgerichtet, sowohl die Persönlichkeit der Studenten zu bilden als auch diese zu nützlichen Gliedern der Gesellschaft zu machen. Verglichen damit kennt die Universität heute nur noch ein Ziel: die Modellierung möglichst vieler Leute zu einer wirtschaftlich verwertbaren Massenware. Zu Recht hält Reiser dem entgegen: „Der Utilitarismus ist zu einer Geisteskrankheit geworden, die auch vor der Universität nicht mehr Halt macht. Wo er jedoch zur Herrschaft gelangt, ist es mit der Universität endgültig vorbei."

Dem lässt sich wenig hinzufügen. Es sei denn dies, dass wir in einer Zeit leben, in der nicht nur die Universitäten, sondern auch andere kulturelle Errungenschaften in einem kollektiven Wahn zerstört werden. *Johann Braun*

***Marius Reiser: „Bologna: Anfang und Ende der Universität"**, Verlag Deutscher Hochschulverband, Bonn 2010, 160 Seiten, 14,90 Euro*

Ganze Denkkulturen erschlossen

Philosophen über Moral, Sittlichkeit, Kunst, Literatur



In den derzeitigen Geisteswissenschaften ist kaum etwas so verpönt wie der Begriff des Geistes selbst. Deshalb spricht man seit langem von Kulturwissenschaften. Grundlagen und Grundfragen werden bei der Jagd um Forschungsgelder und Aufmerksamkeit für Nischen-Kompetenz zunehmend unkenntlich gemacht. Der Eindruck, dass die Geistlosigkeit programmatisch geworden ist, ist kaum von der Hand zu weisen.

Umso mehr Beachtung verdienen vor diesem Hintergrund die sechs Bände, die das Philosophenpaar Edith und Klaus Düsing unter Mitwirkung des Wiener Ordinarius für Philosophie, Hans-Dieter Klein, gerade zum Begriff des Geistes vorgelegt hat. Tiefer zu den Quellen kann man gar nicht gehen als mit der Frage nach dem Geist. Unter den Beiträgern sind renommierte Philosophen, Theologen, Literatur- und Kunsthistoriker, unter anderem Eberhard Jüngel, Wolfhart Pannenberg, Henning Ottmann, Wolfgang Janke, Xavier Tilliette.

In den Bänden verbinden sich, zumeist hoch renommierte, Forscher zu einem vielstimmigen Konzert, das doch zugleich eine klare Grundmelodie erkennen lässt: In Zwiesprache mit der großen abendländischen Tradition von mehr als 2000 Jahren wird ein großes Denkgespräch geführt, das in der Sache den Bogen von Grundfragen der Moral, Sittlichkeit und politischen Philosophie über Geist, Gedächtnis und Kunst, Geist und Literatur bis in das Verhältnis Vernunft und Glauben spannt. Ein eigener besonders gehaltvoller Band widmet sich Geist und Heiligem Geist. Er wird zur Durchmessung des Verhältnisses von Glaube und Vernunft. Doch auch den beiden Formen der Liebe, Eros und Agape und Geist und Seele bis in tiefenpsychologische Tiefen sind eigene Bänder gewidmet. Kenntnisreich und (fast immer) ins Zentrum führend, werden die großen Stimmen zwischen Platon, dem biblischen Zeugnis und der Moderne: Nietzsche, Heidegger, Freud sichtbar gemacht.

Dieses Werk ist ein großer, positiver Protest gegen die Geschichtsvergessenheit und den Reduktionismus, der in heutiger akademischer Wissenschaft allzu oft Dogma ist. Es zeigt auch schon im Stil eine große Achtung vor der Überlieferung, die eigene Gedanken keineswegs beschneidet, sondern inspiriert. Erst im Licht ihrer Geschichte werden Begriffe sprechend und erhellend.

Protest gegen Geschichtsvergessenheit und Reduktionismus

Unzeitgemäß ist das Unternehmen auch darin, dass die Autoren die geistige Situation der eigenen Zeit, etwa das Menschenbild der Neuro- und Biowissenschaften, an der Tradition messen und sich nicht umgekehrt über das Frühere erheben. Durchgehend fragen sie selbst nach der letzten Wahrheit ihres Themas.

Damit eignen sich diese Bände hervorragend dazu, einer jüngeren Generation Maßstäbe und Denkkultur zu vermitteln. Sie erschließen souverän ganze Denkwelten und eignen sich hervorragend zur Einführung in weiterführendes Text- und Sachstudium. Wenn man sich in sie vertieft, wird deutlich, dass wir erst wieder lernen müssen, über Freiheit – des Einzelnen und des Gemeinwesens – auf dem Niveau zu sprechen, das uns der biblisch christliche oder der philosophische Freiheitsbegriff vorgeben. Nur scheinbar also dokumentieren die Bände esoterische Spitzenforschung, in Wahrheit enthalten sie Einsichten, die eine „Revolution der Denkart" und damit auch öffentlicher Debatten herbeiführen könnten.

Dass die Platonische Idee des Guten, der Kantische und Fichtesche Gedanke des „Reichs der Zweck", aber auch das Dogma vom dreieinigen Gott auch in unserer akademischen Kultur kaum mehr vorkommt, sagt nur etwas gegen die eigene Zeit. Goethe fordert mit Recht, sich vor 3000 Jahren Rechenschaft abzulegen, sonst bleibe man unerfahren – in allen Lebenslagen. Dazu haben Edith und Klaus Düsing, jenseits der Mainstream-Wissenschaft, einen wegweisenden Beitrag geleistet. *Harald Seubert*

***Edith und Klaus Düsing, Hans-Dieter Klein (Hrsg.): „Geist und ...“**, Reihe mit sechs Bänden, Königshausen und Neumann, Würzburg 2006 bis 2010, je um die 25 bis 50 Euro*

Wie Treibgut

Orientierungslos nach Vertreibung



„Nicht nur Hertha und ihre Mutter und Tante und Familie Starost sind unterwegs. Hunderttausende sind es, die sich aus dem Zufluchtsgebiet West wieder auf den Weg in das Fluchtgebiet Ost machen ... Noch wissen sie nicht, was sich in den Gebieten östlich von Oder und Neiße wirklich abspielt. Und sie wissen schon gar nicht ..., wie die Siegermächte Russland, England und USA längst über ihr Schicksal entschieden haben." Immer wieder leitet Lutz Radtke in seinem Buch „Treibgut der Geschichte" von den Erlebnissen der 15-jährigen Hertha auf die allgemeinen historischen Entwicklungen über. Durch die Verquickung einer Geschichtsdarstellung mit dem individuellen Schicksal des mit Mutter und Tante aus Deutsch-Eylau vertriebenen Mädchens macht der Autor deutlich, welche Folgen die historischen Entscheidungen gegen Ende und nach dem Zweiten Weltkrieg auf die Menschen hatten. Und Radtke brauchte Hertha nicht erfinden, denn es gibt sie wirklich.

Und angenehmerweise kommentiert der Autor die Geschichte und Ereignisse nicht groß. Er lässt die Fakten für sich sprechen. Nur an einigen Stellen erklärt er, warum Hertha und ihre Familie aus heutiger Sicht irrational handelten. So weist er darauf hin, dass, als die kleine Familie nach geglückter Flucht in Mecklenburg-Vorpommern eine Unterkunft hat, es keineswegs abwegig war, nach Kriegsende wieder gen Ostpreußen zurückzuziehen und sich den damit verbundenen Gefahren auszusetzen. Die Menschen damals wussten schlicht nicht, dass ihre Heimat nicht mehr zu Deutschland gehören sollte. Zeitungen oder öffentliche Stellen, die sie darüber hätten informieren können, gab es kaum, so dass Millionen Heimatvertriebene unorganisiert, ratlos, hungernd und oft krank durch die Mitte Europas zogen.

Letztendlich kamen Hertha und ihre Familie nie wieder in Deutsch-Eylau an. Gut 200 Kilometer von ihrem Heimatort entfernt in Stolp endet die beschwerliche, von Krätze, Läusen, Hunger und Müdigkeit geprägte Heimreise. *Bel*

***Lutz Radtke: „Treibgut der Geschichte"**, BoD, Norderstedt 2009, gebunden, 152 Seiten, 23,60 Euro*

Arno Surminski

Frühlingsausverkauf

Angebot nur gültig, so lange der Vorrat reicht!



statt € 16,95 nur € 10,95

Die Kinder von Moorhusen
Geb., 198 Seiten m. Zeichnungen
Best.-Nr.: 1039



Der Winter der Tiere Erzählungen
Geb., 222 Seiten
Best.-Nr.: 1657

statt € 18,00 nur € 12,95



Gruschelke und Engelmannke
Geb., 244 Seiten
Best.-Nr.: 5990

statt € 16,95 nur € 12,95

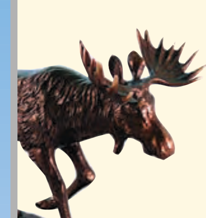


Vaterland ohne Väter
Geb., 455 Seiten
Best.-Nr.: 3926

statt € 22,00 nur € 16,95

Elch-Standbild





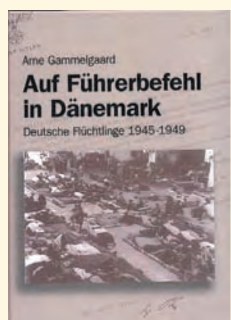
Wunderschöne Darstellung gehend im Winterfell
Metallguß, bronziert, auf Metallplinthe,
Höhe: 16 cm,
Breite: ca. 21 cm,
Gewicht: 1,3 kg
Best.-Nr.: 6627

€ 99,95

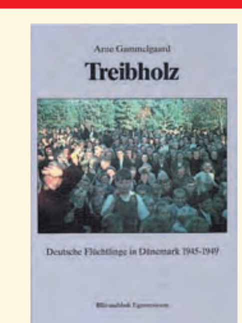
Deutsche Flüchtlinge in Dänemark



Leif Guldmann Ipsen
Menschen hinter Stacheldraht
Flüchtlinglager in Oksböl 1945–1949
Geb., 133 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 1719, € 29,95



Aren Gammelgaard
Auf Führerbefehl in Dänemark
Dtsch. Flüchtlinge 1945–1949
Geb., 242 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 5173, € 35,00



Arne Gammelgaard
Treibholz
Deutsche Flüchtlinge in Dänemark 1945–49
Geb., 160 Seiten
Best.-Nr.: 1823, € 24,95

Helmut Schnatz
Der Luftangriff auf Swinemünde
Dokumentation einer Tragödie
Geb., 192 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 6924,
statt € 24,90 nur noch € 14,95

Standbild Friedrich II.

Wunderschöne detailgetreue Darstellung
Metallguß bronziert auf Mamorsockel,
Höhe: 27 cm, Gewicht: 2,4 kg
Best.-Nr.: 4036

€ 149,95



Doennigs Kochbuch
Der Küchen- Klassiker aus Ostpreußen mit mehr als 1500 Rezepten
Geb., 632 Seiten
Best.-Nr.: 1354, € 19,95





statt früher € 15,90 nur noch € 7,95

Harald Saul
Unvergessliche Küche Ostpreußen
Geb. Buch, 128 Seiten
Best.-Nr.: 6820



lesensWERT!

Die Buchempfehlung des Preußischen Mediendienstes!

Oliver Rieckmann empfiehlt...



Daniel Schönpflug
Luise von Preußen – Königin der Herzen
Das Buch zur gleichnamigen Fernsehproduktion für Arte/NDR August Wilhelm Schlegel nannte sie eine "Königin der Herzen". Während Napoleons Armeen die Throne in Europa zum Wanken brachten, gelang es Luise von Preußen, die Untertanen für die Monarchie zu begeistern. Als Preußens Waffen längst vor dem Kaiser der Franzosen kapituliert hatten, trat Luise ihm persönlich entgegen. Daniel Schönpflug erzählt das Leben der jungen Königin, die schon mit 34 Jahren starb, in einer hinreißend geschriebenen Biographie. Luises Leben verging im Rhythmus jenes großen Theaters der Macht, dessen tieferer Sinn es war, den Status der ersten Familie des Reiches unentwegt sichtbar und erfahrbar zu machen. Das Geheimnis von Luises Erfolg war die Energie, Hingabe und Brillanz, mit der sie ihre Rolle spielte. In einer Ära radikaler Umbrüche durch die Französische Revolution und Napoleon stand sie für eine behutsame Erneuerung der Monarchie. Doch als Napoleon 1806 Preußen vernichtend geschlagen hatte, brach nicht nur das Königreich, sondern auch Luises Leben zusammen. Einfühlsam und historisch genau zeichnet dieses Buch ein neues Bild der Königin, die wie keine andere in der Erinnerung der Deutschen lebendig geblieben ist.

Geb., 268 Seiten
mit Abbildungen
Best.-Nr.: 6941

€19,95

General Otto Lasch
So fiel Königsberg
Geb.,160 Seiten (mit 8 militärischen Lageskizzen) + 16 Bilderseiten
Best.-Nr.: 1318, € 16,80

Dieckert / Großmann
Der Kampf um Ostpreußen
Geb., 264 Seiten (mit 14 militärischen Lageskizzen) und 24 Bildseiten
Best.-Nr.: 1472, € 19,80

Heimatklänge aus Ostpreußen

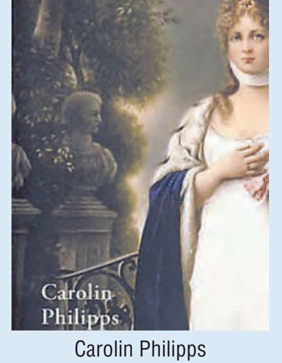
Lieder, Gedichte und Schmunzelgeschichten mit Agnes Miegel, Marion Lindt, Ruth Geede und Dr. Alfred Lau

CD

Die schönsten Lieder und Tänze aus der alten deutschen Provinz Ostpreußen verbinden sich auf diesem Tonträger mit wunderbaren Schmunzelgeschichten in ostpreußischem Dialekt, mit humorvollen Vertellkes und nostalgisch-wehmütigen Gedichten zu einem unvergeßlichen Reigen aus ostpreußischen Heimatklängen.Für viele Ostpreußen ist dieses Hörerlebnis eine akustische Wiederbegegnung mit unvergessenen Interpreten wie Marion Lindt, Ruth Geede und dem gebürtigen Insterburger Dr. Alfred Lau. Und auch die Stimme Agnes Miegels, der Königsberger Dichterin, die von ihren Landsleuten den Ehrentitel „Mutter Ostpreußen" erhielt, ist zu hören. Mit ihrem Gedicht „Es war ein Land" gab sie dem Zauber der Erinnerung an das „Land der dunklen Wälder und kristallnen Seen" den wohl schönsten lyrischen Ton. So finden auf dieser CD Musik und Wort zu einer klanglichen Einheit, die heimatliches Erinnern und Bewahren verbinden und auch den Nachgeborenen Freude am Neuentdecken der ostpreußischen Kultur geben möchte.

Aus dem Inhalt: Land der dunklen Wälder – Ostpreußenlied (Brust/Hannighofer), Bergedorfer Kammerchor, 1:50, Brief an den treulosen Heinrich / Sprecherin. Marion Lindt, 2:45, Goldaper Kirmestanz (Volksweise), 0:48, De Brautschau / Sprecher: Dr. Alfred Lau, 3:07, Anke von Tharaw (Silcher / Dach), Karl-Horst Schröder, Bariton, 2:11, u.v.m

Gesamtlaufzeit: 1:17:25
Best.-Nr.: 6770, € 12,95





Carolin Philipps
Luise- Die Königin und ihre Schwester
Kart., 457 Seiten mit Abbildunge
Best.-Nr.: 6942, € 12,95



Gabi Köpp
Warum war ich bloß ein Mädchen?
Das Trauma einer Flucht 1945
Geb., 158 Seiten
Best.-Nr.: 6905, € 16,95

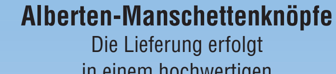
Michael Grandt
Der Staatsbankrott kommt!
Gebunden, 384 Seiten
Best.-Nr.: 6940, € 19,80



Prof. Dr. Alfred de Zayas
50 Thesen zur Vertreibung
Kart., 52 Seiten
Best.-Nr.: 6635, € 7,00

Armin Fuhrer / Heinz Schön
Erich Koch - Hitlers brauner Zar
Geb., 248 Seiten
Best.-Nr.: 6913, € 24,90

Geschenkartikel

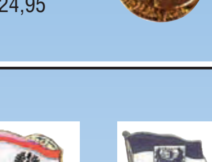




Albertus klein
vergoldet, massive Ausführung an Nadel mit Sicherung,
Höhe 20 mm, Breite: 17 mm (ohne Nadel)
Best.-Nr.: 6645, € 4,95



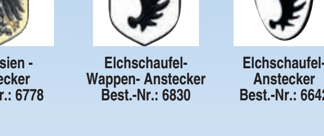
Albertus groß
vergoldet, massive Ausführung an Nadel mit Sicherung,
Höhe 32 mm,
Breite: 28 mm (ohne Nadel)
Best.-Nr.: 6644,
€ 6,95



Alberten-Manschettenknöpfe
Die Lieferung erfolgt in einem hochwertigen Geschenkkarton
Best.-Nr.: 6831, € 24,95







Ostpreußen-Provinz-Anstecker Best.-Nr.: 5889
Ostpreußen-Elchschaufel-Anstecker Best.-Nr.: 6055
Königsberg-Anstecker Best.-Nr.: 6056
Westpreußen-Anstecker Best.-Nr.: 6504
Sudetenland-Anstecker Best.-Nr.: 6880
Schlesien - Anstecker Best.-Nr.: 6778
Elchschaufel-Wappen- Anstecker Best.-Nr.: 6830
Elchschaufel-Anstecker Best.-Nr.: 6642









Preußenadler-Flaggen-Anstecker Best.-Nr.: 6722
Preußen-Anstecker Best.-Nr.: 6057
Pommern - Anstecker Best.-Nr.: 6928

Je Anstecker nur € 2,95

Abzeichen Volksabstimmung Ostpreußen



Replik eines Originalabzeichens
Inschrift: Abstimmung: Ost- und Westpreußen 11.7. 1920
Durchmesser: 25 mm an Nadel mit Sicherungshülse
Best.-Nr.: 6925, € 6,95

Pommern Schlüsselanhänger





Pommern Schlüsselanhänger
Best.-Nr.: 6929, € 5,95

Zogen einst fünf wilde Schwäne

Endlich wieder lieferbar!

24 Lieder aus Ostpreußen

Die vorliegende CD mit einer Auswahl der schönsten ostpreußischen Lieder schließt eine schon lange vorhandene Lücke. Kunstlied- bzw. sinfoniegewohnte Berufsmusiker, stellten ihre künstlerische Konzerterfahrung in den anspruchsvollen Dienst der Darstellung des vorliegenden Liedgutes, und zwar mit einer Hingabe, die in diesem Ausmaß überraschend und für den Wert der Musik wohl bezeichnend war.

Lieder: 1. Ännchen von Tharau, 2. Die Erde braucht Regen, 3. Sag, wohin fährst du, 4. Hab' ein Gärtlein, 5. Reiter, schmuck und fein, 6. Das Feld ist weiß, 7. Wir kommen herein, 8. Leute, steht auf, 9. Ach, Voader, leewste Voader, 10. Ging ein Weiblein Nüsse schütteln, 11. Es dunkelt schon in der Heide, 12. Abends treten Elche aus den Dünen, 13. Laßt uns all nach Hause gehen, 14, Zeit zu gehen ist's, 15. Zogen einst fünf wilde Schwäne, 16. An des Haffes anderem Strand, 17. 0 käm das Morgenrot herauf, 18. Et wär emoal twee Schwestre jung, 19. Es stand am Ran ein Hirtenkind, 20. Gehn will ich, 21. Land der dunklen Wälder, 22. Freiheit, die ich meine, 23. Der Vogel singt, 24. Eine Birke seh ich stehen



CD

Best.-Nr.: 6934
Hörproben finden Sie auch meiner Internetseite

€ 12,95



Horst Schüler
Workuta – Erinnerung ohne Angst
Geb., 256 Seiten
mit Abbildungen
Best.-Nr.: 1015, € 9,95



Zuckerlöffel Ostpreußen-Elchschaufel
Vergoldeter Sammellöffel mit der Elchschaufel. Die Lieferung erfolgt in einem Kunststoff- Etui
Best.-Nr.: 6926

Best.-Nr.: 6926 nur € 12,95



statt € 19,90 nur € 9,95*

Ingeborg Jacobs
Freiwild/Das Schicksal deutscher Frauen 1945
Geb., 230 Seiten
Best.-Nr.: 6701

*Mängelexemplare

PMD Preußischer Mediendienst

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preußischer Mediendienst
Mendelssohnstraße 12 · 04109 Leipzig · Tel. (03 41) 6 04 97 11 · Fax (03 41) 6 04 97 12
Lieferung gegen Rechnung. Achtung! Die Versandkostenpauschale beträgt nur € 2.50*, ab einem Bestellwert von € 70.00 ist die Lieferung versandkostenfrei *nur gültig bei Versand innerhalb Deutschland ohne Inseln. Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, DVDs und MCs sind vom Umtausch ausgeschlossen

17/10

Bestellcoupon

Menge	Best.- Nr.	Titel	Preis

Vorname: Name:
Straße/Nr.: Telefon:
PLZ/Ort:
Ort/Datum: Unterschrift:

Über 1500 weitere Artikel finden Sie auch in unserem Internetshop www.preussischer-mediendienst.de

MELDUNGEN

Zur Entbindung in die USA

Ankara – Entbindungsreisen in die USA sind der neue Trend bei türkischen Mittelschichtfamilien. Immer mehr Reiseveranstalter bieten Flug, Unterkunft, Krankenhausaufenthalt und auf Wunsch auch türkischsprachige Hebammen ab 20000 Dollar an. Jedes auf US-Boden geborene Kind erhält nämlich die US-Staatsbürgerschaft und kann somit ohne Visum in fast alle Länder reisen. Anders als die deutsche kann die US-Staatsbürgerschaft ohne Einschränkungen neben der türkischen existieren. *Bel*

Warnung vor Außerirdischen

London – Der weltbekannte Astrophysiker Stephen Hawking hält es mathematisch für ausgemacht, dass es in fernen Galaxien Leben gibt. Er warnt jedoch vor dem Versuch, mit Außerirdischen Kontakt aufzunehmen: „Wenn uns Außerirdische besuchen, wird das genauso sein wie die Landung von Christoph Columbus in Amerika", so der Brite. Und das sei für die Eingeborenen nicht sehr gut ausgegangen. *H.H.*

ZUR PERSON

Lesen statt Sozialarbeit

Schon 15 Heranwachsende hat der Fuldaer Jugendrichter **Christoph Mangelsdorf** seit Januar zu dieser ungewöhnlichen Strafe verdonnert, aber die Medien bekamen erst Ende April Wind davon und waren fasziniert: Der 47-jährige Richter, der als ausgewogen und lebensnah gilt, verurteilt so manchen Ersttäter zum Bücherlesen. „Die Grundidee, dieses Lesen, was darüber schreiben und danach ein Gespräch darüber führen, das gibt es schon", betont Mangelsdorf, dennoch hat sein Tun eine Diskussion entfacht.

Sein Kollege Wolfgang Löffler, Präsident des Kasseler Landgerichts und Experte in Sachen Jugendstrafrecht, gibt zu bedenken, dass es schwer zu prüfen sei, ob ein Jugendlicher den ihm aufgetragenen Text über das Buch selbst verfasst habe. Er ist der Meinung, dass Jugendliche, die eine Straftat im Straßenverkehr begangen hätten, zum Beispiel an einem Verkehrssicherheitstraining teilnehmen sollten, und bei Gewalttaten komme ein Anti-Aggressionstraining in Betracht.



Doch auch Mangelsdorf passt seine Strafe dem Vergehen an, denn das Thema des Buches ist auf die Tat hin ausgesucht. Bei der Jugendhilfe gibt es dann für die entsprechenden Titel Buchpaten, die den Erkenntnisgewinn des Straftäters nach der Lektüre überprüfen. „Die Fragen beschäftigen sich meistens damit, was bedeutet mir das, was ich da gelesen habe, was hat das mit meinem Leben zu tun, wie hätte ich in dieser Situation gehandelt, was könnte man vielleicht in meinem Leben ändern, damit das nicht passiert, was in dem Buch sich dann ereignet hat", erklärt der Richter den Sinn der Strafe. Mangelsdorf hofft, bei einigen jugendlichen Delinquenten auf diesem Weg mehr Einsicht und Erkenntnis zu erreichen als mit Sozialstunden. *Bel*



Zeichnung: Mohr

Kasperle ist wieder da!

Wie die Wirtschaft wirklich funktioniert, was eine Erfolgsgeschichte kostet, und wieso die Polen noch ärmer dran sind als wir / Der Wochenrückblick mit Hans Heckel

Bei Karstadt stehen 4000 Stellen auf der Kippe. Da würde ich gern helfen, aber wie? So kurz nach dem Urlaub ist leider die Kasse klamm und meine „Konsumlaune" entsprechend im Keller. Wie jedoch hilft man einem Einzelhändler anders als mit einem Einkauf? Die Lösung für dieses Dilemma kam ganz unverhofft letzten Sonntag aus dem Fernseher geschossen. Bei Anne Will saß Renate Künast und gestattete uns tiefe Einblicke in die wirtschaftlichen Zusammenhänge. Und ganz nebenbei, ohne es zu ahnen, präsentierte sie mir dabei eine Lösung für mein Karstadt-Problem.

Die Grünen-Prominente belehrte die übellaunigen deutschen Steuerzahler nämlich, dass auch sie etwas von der Griechenlandhilfe hätten, weil die Griechen ja so viele deutsche Produkte kaufen. Sprich: Nur wenn wir denen unser Geld geben, können die auch unsere Sachen importieren.

So läuft das also! So funktioniert Wirtschaft, von der alle profitieren. Ich bin gleich zu Karstadt gelaufen und habe die erstbeste Verkäuferin gefragt, ob sie mir nicht 200 Euro aus ihrer Privatschatulle geben könnte. Einen Großteil davon würde ich ganz bestimmt bei Karstadt ausgeben und damit ihren Arbeitsplatz sichern. So wäre uns beiden gedient, das hätte ich bei Renate Künast gelernt. Wenn sie mir nämlich kein Geld gäbe, dann könne ich auch nichts kaufen und dann solle sie sich nicht wundern, wenn's schlecht laufe im Laden.

Wie die Frau reagiert hat? Gar nicht, weil ich in Wahrheit gar nicht die Traute hatte, einen solchen Quatsch auf Kosten der ohnehin bangen Karstadt-Mitarbeiter durchzuziehen. Ehrlich gesagt, hab ich nicht mal ernsthaft dran gedacht. Renate Künast ist da aus ganz anderem Holz, die traut sich: Damit deutsche Unternehmen weiter nach Griechenland exportieren können, müssen deren Mitarbeiter zuerst ihre Steuermilliarden nach Athen überweisen lassen. Die Bundesregierung tarnt das Ganze ein wenig, damit es nicht zu „unnötigen Emotionen" kommt. Daher läuft das Geschenk des Verkäufers an den Käufer unter „KfW-Kredit".

Der Wirtschaftsweise Thomas Straubhaar will diese Art von gegenseitiger Unterstützung gleich in ein festes Gerüst von Dauerzahlungen fassen: „Es geht kein Weg daran vorbei, dass die Währungsunion durch einen gesamteuropäischen Transferstaat ergänzt werden muss", sagte er dem „Manager-Magazin". Der eine oder der andere müsse halt die Zeche zahlen dafür, dass der Euro überlebt. Denn der Euro sei ja eine Erfolgsgeschichte, so Straubhaar. Der Schweizer, der in Hamburg das Weltwirtschafts-Institut leitet, lässt keinen Zweifel, auf wen die Zeche zurollt: auf die Holländer, die Österreicher und uns vor allem.

Ob es wirklich so kommt? Die Erfahrung spricht dafür. Wir erinnern uns an die müde Mauligkeit, mit der sich die Deutschen ihre D-Mark haben abknöpfen lassen. Solche Leute lassen sich in einer „Transferunion" auch das letzte Hemd vom Leib reißen, ohne groß Trara zu machen.

> Renate Künast: Der Käufer kann nur kaufen, wenn der Verkäufer den Käufer dafür auch bezahlt

Angela Merkel traut der Schafsköpfigkeit ihrer Deutschen jedoch nicht so ganz. Täglich treibt sie die Furcht um, die Wähler könnten schlecht gelaunt zu den Urnen in NRW schreiten. Da können wir sie allerdings beruhigen: Die Grenze zwischen Euro-Freunden und Euro-Gegnern verlief noch nie zwischen den großen Parteien, sondern zwischen den Parteien hier und der Mehrheit des Volks dort. SPD oder Grüne hängen genauso drin wie Union und Liberale.

Was die SPD nun wieder heftig wurmt. Unruhig wälzen sich die Sozialdemokraten im Bett, wenn sie nachts von ihren schwärmerischen Euro-Elogen aus den 90ern heimgesucht werden. Wie bloß kann man da aus den Euro-Folgen nun Pfeile gegen Schwarz-Gelb schnitzen, ohne sich die Finger aufzuschlitzen am eigenen Geschwätz von gestern? Irgendwas haben sie doch gefunden: Die Banken, die sich mit den hochverzinsten hellenischen Staatsanleihen eingedeckt hätten, müssten auch mit ran, schnarrt Frank-Walter Steinmeier. Ja! Die Banken sollen blechen, das klingt sehr sozial, das wird Stimmen bringen. Tatsächlich sitzen deutsche Geldhäuser und Versicherungen auf Griechenbonds über 43 Milliarden Euro. In Wahrheit würden wir gar nicht Griechenland retten, sondern diese Banken, wird gelästert.

Aber wer sind diese Banken eigentlich? Den Teil lässt Steinmeier lieber weg, und das aus gutem Grund. Denn die meisten Griechenanleihen hat die legendäre Hypo Real Estate gebunkert, welche sein Parteifreund und damaliger Finanzminister Peer Steinbrück ums Verrecken verstaatlichen wollte, was er auch schaffte. Mit weitem Abstand folgt die von Steinbrück teilverstaatlichte Commerzbank. Zudem sind da noch ein paar Landesbanken (wie könnten die auch fehlen, wenn's um windige Risiko-Investitionen geht). Soll heißen: Wenn die Banken „mit an den Tisch" der Griechenhelfer sollen, dann müsste Finanzminister Schäuble ein paar Stellvertreter mitbringen, um nicht ständig mit sich selbst verhandeln zu müssen. An der Rechnungsadresse „Deutscher Steuerzahler" würde sich so gut wie gar nichts ändern. Aber klingt halt gut: „Die Banken sollen zahlen!"

Das beunruhigt die Wahlstrategin Merkel, der das alles gerade sehr ungelegen kommt. Hätten die Griechen nicht wenigstens bis nach der NRW-Wahl warten können mit ihrem Brandbrief? Eben noch hatte deren Finanzminister Giorgos Papakonstantinou fest zugesagt, dass bis zum 15. Mai gar nichts passieren würde. Stunden später hieß es „Alles kehrt!" und Athen funkte SOS.

Damit nicht genug: Kurz nachdem Steinmeier zur Attacke auf die Banken geblasen hatte, stolzierte ein quietschfideler Josef Ackermann über die Bühne und winkte uns mit 2,8 Milliarden Quartalsgewinn zu! Hätte nicht wenigstens der noch ein paar Tage still bleiben können, wenn schon die Griechen den Weg zum Klo nicht geschafft haben? Nein, alles noch vor der Wahl! Das nennt man Pech im Unglück.

Pech im Unglück, da teilt die Kanzlerin immerhin das Schicksal ihres Volkes. Zwar stemmt Deutschland den Löwenanteil der Hilfen, mit denen die Griechenanleihen gestützt werden. Doch Hauptprofiteur der Aktion sind französische Banken (76 Milliarden Euro an Griechenbonds) und Schweizer (64 Milliarden). Letztere tragen gar nichts bei, weil sie ja nicht im Euro sind. Die deutschen Steuerzahler haben also die ehrenvolle Aufgabe, französische und schweizerische Geldinstitute vor dem Verlust ihrer Milliarden zu schützen.

„Aber es ist ja alles nur geliehen! Das Geld wird zurückgezahlt, Griechenland hat immer zurückgezahlt, immer, immer!", besänftigen uns unsere Politiker, wobei ihre Stimmen von Tag zu Tag flauer klingen, wenn sie das sagen. „Und außerdem profitiert schließlich kein anderes Volk von der europäischen Integration so sehr wie ..." – nein, das will ich jetzt wirklich nicht mehr hören, sonst gehe ich doch noch zu Karstadt.

Na! Nun mal nicht so pessimistisch, Geld ist nicht alles und anderen geht es noch derber an den Kragen als den Deutschen. Kaum, dass sie ihren tragisch verstorbenen Präsidenten beerdigt haben, müssen unsere polnischen Nachbarn den nächsten Schlag einstecken: Jaroslaw Kaczynski will seinen toten Bruder beerben und Präsident werden. Mit Grausen erinnert sich der erwachsene Teil der polnischen Wählerschaft an die Zeit, als die beiden unter den Künstlernamen „Die polnischen Kartoffeln" oder „Die Gebrüder Kasperle" die Welt zum Lachen brachten, der eine, Jaroslaw, als Premier und Lech als Präsident. Jaroslaw redet nun pathetisch von einer „Mission", die er zuende bringen müsse. Er würde also genauso weitermachen wie damals, wenn er am 20. Juni gewinnt.

Aber der wird es eh nicht, sagen die Wahlforscher in Warschau. Wirklich? Machen wir uns nichts vor: In Europa geht derzeit einfach alles schief, was nur schiefgehen kann. Armes Polen.

ZITATE

In seiner Ausgabe vom 19. April lässt der „Spiegel" mehrere Bundeswehrangehörige zu Wort kommen. So sagt der 30-jährige ***Hauptmann Jan S.*** *aus dem* ***Feldlager Kundus****:*

„Der Gegner nutzt unsere Schwäche, dass wir gut sichtbar sind, gnadenlos aus. Am Anfang wollten wir noch etwas erreichen, dem Gegner vielleicht ein Stück des Raumes wegnehmen. Doch nach dem Tod meiner Männer [am Karfreitag] fragen wir uns manchmal, ob es das noch wert ist. Warum unser Leben riskieren, wenn die Taliban doch gleich wiederkommen, sobald wir weg sind."

Der Wirtschaftsprofessor und frühzeitige Euro-Skeptiker ***Joachim Starbatty*** *hält die Milliardenkredite für* ***Griechenland*** *offenbar schon für* ***verloren****. Der „Frankfurter Allgemeinen" (22. April) sagte er:*

„Irgendwann muss die Wahrheit auf den Tisch. Griechenland ist nicht mehr in der Lage, seine Schulden zurückzuzahlen ... Es ist das eingetreten, wovor die Kritiker immer gewarnt haben. Nun wird aus der Währungsunion eine Haftungsgemeinschaft und Inflationsunion."

Ein anderer Sachsenspiegel

„Wenn die Börsenkurse fallen" –
dies Gedicht gefiel fast allen,
doch natürlich gab's ein paar,
denen es zu deutlich war.

Denn in Klartext stand beschrieben,
was mit Tücke sie getrieben:
Selber hatten ungeniert
sie den Absturz arrangiert!

Anfangs waren's Namenlose,
die verdienten an der Schose,
weil zumeist, wer Namen nennt,
sich die Zunge arg verbrennt.

Und nach Lage der Gesetze
gilt Kritik da gleich als Hetze:
Ehe du's begriffen hast,
sitzt dafür du schon im Knast.

Aber lässt nach faulen Wetten
keck man sich vom Staate retten,
sonst verfemt als Ungetüm,
bleibt man halt nicht anonym.

Kommt dann raus, dass unverfroren
nur zum Schein man Geld verloren,
ruft das klarerweis' spontan
Bonus-Neider auf den Plan!

Ernsthaft Ungemach erwachsen
ist jedoch den Goldman-Sachsen,
weil's die Börsenaufsicht glatt
dem Gericht gemeldet hat.

Fahnder wühlen nun in Akten
auf der Jagd nach heiklen Fakten,
und nicht minder bringen Stress
die Verhöre im Kongress:

Zwar sind dort nur Mandatare,
denen man durch all die Jahre
Wahlkampfspenden überwies,
nicht zu kleine ohnedies.

Dass die trotzdem jetzt es wagen,
ihre Gönner zu befragen,
ist daher schon irgendwie
Hochverrat und Anarchie!

Ja, als Gipfel der Affäre
klagen gar die Aktionäre
und sie reden von Betrug –
wähnen sich dank Schaden klug!

Aber sind nicht Großbetrüger
in der Regel noch viel klüger?
Bleibt egal, denn zahlen dann
darf's wie stets der kleine Mann ...

Pannonicus